

Informationen

zur politischen Bildung 236

3. Quartal 1992



Die Sowjetunion 1953–1991



zur politischen Bildung

Vorbemerkung	1
Kollektive Führung: Malenkov · Bulganin · Chruschtschow	1
Veränderungen des Herrschaftssystems	1
„Neuer Kurs“ in der Wirtschaft	1
Reorganisation der Machtstrukturen	2
„Taufwetter“ im kulturellen Bereich	2
Chruschtschows Neuland-Programm	2
Chruschtschows Aufstieg	3
Generalabrechnung mit Stalin	3
Außenpolitische Neuorientierung	4
Chruschtschows Außenpolitik	5
„Friedliche Koexistenz“	5
Offensive Deutschlandpolitik	5
Arrangement mit den USA?	5
Mauerbau und Kubakrise	6
Wirtschaftliche Rückschläge und innenpolitischer Wandel	6
Widersprüchliche Wirtschaftspolitik	6
Mißerfolge in der Landwirtschaft	7
Wandel des innenpolitischen Klimas	7
Anfänge einer oppositionellen Bewegung	8
Chruschtschows Sturz	8
Verlust an politischem Ansehen	8
Konflikt mit China	8
Chruschtschow von allen Ämtern entbunden	9
Bilanz der Ära Chruschtschows	10
Die Ära Breschnew: Innenpolitik	10
Festigung der Parteiherrschaft	10
Wirtschafts- und Sozialpolitik	13
Bildungspolitik	15
Dissidentenbewegung	16
Nationalitäten- und Religionspolitik	19
Offene Russifizierungspolitik	19
Die Verfassungsdiskussion von 1977	20
Außenpolitik unter Breschnew	21
Abrüstungs- und Entspannungspolitik	21
Die Politik gegenüber den sozialistischen „Bruderländern“	22
Sowjetische Außenpolitik in der Dritten Welt	24
Übergang: Andropow und Tschernenko	26
Tiefgreifende Krise des Sowjetsystems	26
Generationswechsel: Gorbatschows Machtantritt	27
Aufstieg Gorbatschows	27
Entscheidung über den künftigen Kurs	27
Perestrojka in der Innenpolitik	28
Alte und neue Kräfte	28
Dynamischer Wandlungsprozeß	28
„Glasnost“, „Demokratisierung“ oder Rechtsstaat?	29
Das Ende der KPdSKU	30
Neue Bewegungen und Parteien	31
Das Aufbegehren der Nationalitäten	31
Zerfall der Sowjetunion	32
Gründung souveräner Staaten	32
Marktwirtschaft oder neuer Sozialismus?	33
Die Revolution der Außenpolitik	35
Abrüstung und Sicherheit	36
Zusammenbruch des Sowjetsystems in Osteuropa	37
Bilanz und Ausblick	39
Zeittafel	40
Literaturhinweise	41
Das Thema im Unterricht	42

1
1
1
1
2
2
2
3
3
4
5
5
5
5
6
6
6
7
7
8
8
8
8
9
10
10
10
13
15
16
19
19
20
21
21
22
24
26
26
27
27
27
28
28
28
29
30
31
31
32
32
33
35
36
37
39
40
41
42

[illegible]

-1-

Vorbemerkung

Am frühen Morgen des 6. März 1953 eröffnete der Moskauer Rundfunk sein Programm mit einem langen, dumpfen Trommelwirbel, dem die Nationalhymne folgte. Danach verlas ein Sprecher ein ausführliches Kommuniqué, in dem das Zentralkomitee der KPdSU, der Ministerrat der UdSSR und das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR „im Gefühl tiefsten Schmerzes“ den Tod Stalins – „am 5. März 1953 um 21 Uhr 50 nach schwerer Krankheit“ – bekanntgaben: „Das Herz von Iosif Wissarionowitsch Stalin, des Kampfgefährten Lenins und genialen Fortsetzers seines Werkes, des weisen Führers und Erziehers der Kommunistischen Partei und des Sowjetvolkes“,

so hieß es in der Verlautbarung, „hat aufgehört zu schlagen“.

Während kommunistische Funktionäre aus aller Welt nicht müde wurden, in Resolutionen und Erklärungen ihren „unendlichen Schmerz“ über das Ableben „des Führers und Lehrers der Werktätigen der ganzen Welt“ zu bekunden, keimte bei vielen Sowjetbürgern, vor allem bei den politischen Häftlingen in den zahlreichen Lagern des „Archipel Gulag“, aber auch unter den Bewohnern in den Staaten des sowjetischen Einflusses Ostmittel- und Südosteuropas, nicht zuletzt im deutschen Teilstaat DDR, Hoffnung auf. Der plötzliche Ausfall

der Symbolfigur für ein menschen- und menschenrechtsverachtendes Unterdrückungssystem schien die Perspektive zu eröffnen, daß nunmehr „die unbeschränkte Terrordiktatur in der Geschichte des sowjetischen Regimes“ (Alexander Nekrich) einem Ende entgegengehen könne.

Die Aufstellung der Prominenz bei der Totenwache für Stalin signalisiert die Rangfolge. Stalin am nächsten ist links Malenkov, nach außen hin gefolgt von Berija, Woroschilow und Molotow, rechts Bulganin, dann Chruschtschow, Kaganowitsch und Mikojan. Es handelt sich höchstwahrscheinlich um eine Montage; es gibt auch andere Kombinationen.



Alexander Fischer

Kollektive Führung: Malenkow · Bulganin · Chruschtschow

Veränderungen des Herrschaftssystems

Nach dem Tode Stalins war in der Sowjetunion nur eine begrenzte Abkehr von den Prinzipien des bisher existierenden Herrschaftssystems zu beobachten. Veränderungen ergaben sich zunächst auf der Ebene der Partei, als die nach dem XIX. Parteitag von 1952 noch vom Diktator selbst vorgenommene Umstrukturierung rückgängig gemacht und das höchste Parteigremium, das Präsidium des Zentralkomitees, eine Art Politbüro, auf zehn Mitglieder und vier Kandidaten reduziert wurde.

In Ermangelung einer präzisen Nachfolgeregelung trat als Spitze des Sowjetstaates an die Stelle der Diktatur eines einzelnen eine kollektive Führung. Als deren Repräsentanten müssen in erster Linie gelten: der Stalin-Vertraute Georgij M. Malenkow, der am 6. März 1953 zum Vorsitzenden des Ministerrates ernannt worden war; sodann sein –

neben Wjatscheslaw M. Molotow, Nikolaj A. Bulganin und Lasar M. Kaganowitsch – Stellvertreter Lawrentij P. Berija, Innenminister und Geheimdienstchef; und schließlich Nikita S. Chruschtschow, der noch im März Malenkows bisherige Position im Sekretariat des Zentralkomitees einnahm und damit maßgeblichen Einfluß auf den Parteiapparat errang. Ohne weitreichende Bedeutung blieb, daß für Nikolaj M. Schwernik Marschall Kliment E. Woroschilow, ein alter Mitstreiter Lenins, als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR das Amt des Staatsoberhauptes übernahm.

Ausschaltung Berijas

Die „Zweckgemeinschaft Malenkow-Berija-Chruschtschow“ sah sich rasch in heftige Rivalitätskämpfe verwickelt. Ihre wesentlichen Ursachen lagen zum einen in dem Bestreben Berijas nach Durchsetzung einer Alleinherrschaft nach dem Vorbild Stalins, zum anderen in der Absicht Chruschtschows, diesen Plan zu durchkreuzen. Dem taktisch geschickt operierenden ZK-Sekretär war es bei

der Neuordnung der Moskauer Führungsorgane gelungen, das Vertrauen der Armee zu gewinnen und den ihm gewogenen Nikolaj A. Bulganin als Verteidigungsminister an deren Spitze zu setzen. Anfang Juli 1953 gelang es unter dem Schutz zweier Panzerdivisionen, die kurzfristig nach Moskau verlegt worden waren, Berija anläßlich einer gemeinsamen Sitzung der Präsidien des Zentralkomitees der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR zu verhaften. Mit der Ausschaltung des Geheimdienstchefs, der wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und am 23. Dezember 1953 hingerichtet wurde, und seiner engsten Mitarbeiter ging die Macht an eine neue „Zweckgemeinschaft“ über, der Malenkow, Chruschtschow und Bulganin angehörten. In ihr, deren Existenz wesentlich der entscheidenden Rolle der Armee bei der Ausschaltung Berijas zu verdanken war, spielte der dynamische Chruschtschow als Vertreter des Parteiapparates sogleich eine dominierende Rolle.

„Neuer Kurs“ in der Wirtschaft

Für den Sowjetbürger bedeutsam waren Maßnahmen, die als Politik des „Neuen Kurses“ vom Vorsitzenden des Ministerrates, G.M. Malenkow, eingeleitet wurden. Sie galten insbesondere der Behebung der

Krise in der Landwirtschaft, deren kritische Situation der Chruschtschow-Biograph Roy Medwedew mit einem Satz so charakterisierte: „Das Land produzierte nicht genug Getreide, und die Viehzucht war in kläglichem Zustand.“ Auch als „stille Entstalinisierung“ bezeichnet, war das politische Vorgehen der neuen Führung in erster Linie darauf ausgerichtet, den Wünschen der Bevölkerung nach einer besseren Versorgung mit Lebensmitteln und Konsumgütern zu entsprechen. Dabei entstand der Eindruck, als solle der seit dem Beginn der Industrialisierungsphase ausgangs der 20er Jahre stets unumstrittene Vorrang der Schwerindustrie aufgegeben werden, um den seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gestiegenen zivilisatorischen Bedürfnissen weiter Bevölkerungskreise entgegenkommen zu können. „Unsere Regierung“, so hatte Malenkow am 15. März 1953 vor dem Obersten Sowjet erklärt, „sieht es als eine gesetzliche Verpflichtung an, sich unermüdlich um das Wohl des Volkes, um die maximale Befriedigung seiner materiellen und kulturellen Bedürfnisse zu kümmern.“ Dementsprechend rief er wenig später dazu auf, „in den nächsten zwei bis drei Jahren zu erreichen, daß unser Land einen Überfluß an Nahrungsmitteln für die Bevölkerung und an Rohstoffen für die Leichtindustrie produziert“.

Dieses ehrgeizige Vorhaben setzte energische Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft voraus, der nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges erhebliche fiskalische – und damit produktionshemmende – Belastungen auferlegt worden waren. Lohnerhöhungen für die bisher miserabel bezahlten Kollektivbauern, die Erhöhung der Ankaufpreise für die Überschüsse der landwirtschaftlichen Erzeugung und steuerliche Entlastungen für die private Nebenerwerbswirtschaft der Arbeiter und Bauern sorgten nunmehr dafür, die landwirtschaftliche Produktion so zu steigern, daß wenigstens in den Dörfern und in den Städten ländlicher Regionen der akute Lebensmittelmangel aufhörte.

Reorganisation der Machtstrukturen

Zu den innenpolitisch maßgeblichen Veränderungen nach dem Tode Stalins gehörte die Reorganisation des Innenministeriums, aus dessen Zuständigkeit der Staatssicherheitsdienst, das sogenannte Komitee für Staatssicherheit (KGB), herausgelöst wurde. Beide Institutionen waren seitdem nur in streng begrenztem Rahmen zu Ermittlungen berechtigt: das Innenministerium in kriminellen Fällen, das KGB in Angelegenheiten der Staatssicherheit. Eine Aufwertung erfuhr die – unter Stalin den Organen des NKWD unterstellte – Staatsanwaltschaft, die nur noch dem Zentralkomitee der KPdSU Rechenschaft schuldig war und der die Vollstreckungsmaßnahmen auf allen Ebenen übertragen wurden. Überhaupt gewannen die Organe der Rechtsprechung an Bedeutung, während die Staatssicherheitsorgane an Einfluß verloren. So wurden die „Sonderausschüsse“ – außergerichtliche Ge-

heimtribunale, die bei Anklagen zum Beispiel wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit“ oder „antisowjetischer Agitation“ ihre Urteile auch in Abwesenheit des Angeklagten fällen konnten – ebenso abgeschafft wie die sogenannten Sonderabteilungen in Behörden, Institutionen und Betrieben ohne militärische oder geheime Aufgabenstellung, deren Funktion in der Überwachung der Mitarbeiter bestanden hatte. Damit wurde das unter Stalin ausgebaute Spitzelsystem, „das die früheren Staatssicherheitsorgane auch in der kleinsten Zelle des gesellschaftlichen Organismus unterhalten hatten“ (Roy Medwedew), zumindest zeitweilig außer Kraft gesetzt.

Wenn auch die Grundprinzipien des von Lenin begründeten und von Stalin zur Perfektion entwickelten sowjetischen Herrschaftssystems unangetastet blieben, so wirkte doch vor allem die Verurteilung und Hinrichtung Berijas in der Bevölkerung befreiend. Die Folge war eine Welle von Beschwerden, die sich gegen in den beiden vergangenen Jahrzehnten erlittene stalinistische Willkürakte richtete. In einzelnen Lagern des „Archipel GULag“ steigerte sich der Protest sogar bis hin zu Streiks und Aufständen. Die Flut von Anträgen, Forderungen, Bitten und Beschwerden an die Institutionen von Partei und Staat erreichte schließlich ein solches Ausmaß, daß vorsichtige Schritte zu einer Rehabilitierung der Opfer stalinistischen Terrors eingeleitet werden mußten. Noch im Jahre 1953 wurden von den acht bis neun Millionen Lagerinsassen 4000, bis 1955 weitere 12 000 Gefangene entlassen.

„Tauwetter“ im kulturellen Bereich

Im kulturellen Bereich ergab sich nach Stalins Tod eine solch bemerkenswerte Lockerung der bisherigen Fixierung auf die dogmatischen Prinzipien der KPdSU, daß ge-

mein hin von einer – nach dem Titel eines Romans von Ilja Ehrenburg benannten – „Tauwetter“-Periode gesprochen wurde. In ihr sahen sich Positionen des altstalinistischen Konservatismus alsbald nonkonformistischen Haltungen in Literatur, Kunst, Musik, Theater und Film gegenüber. Kurzfristig konnte sich sogar eine gewisse Meinungsvielfalt ausbilden, die sich zum Beispiel auf dem 2. Schriftstellerkongreß vom Dezember 1954 und in der Gründung einer Reihe von neuen literarischen Zeitschriften (darunter „Junost“, „Newa“) auch öffentlich artikuliert. Aus Furcht vor einer Ausdehnung der auf kulturellem Gebiet relativ weit vorgekommenen Liberalisierungstendenzen auf andere gesellschaftliche Bereiche sah sich die Partei- und Staatsführung jedoch rasch veranlaßt, den spontan entstandenen Nonkonformismus wieder zurückzudämmen und unter Kontrolle zu nehmen. Ein Mittel dazu waren die 1956 gestifteten, hochdotierten Leninpreise, deren Verleihung unter strenger Aufsicht der Partei erfolgte.

Chruschtschows Neuland-Programm

Für die weitere innenpolitische Entwicklung sind wirtschaftliche Fragen von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Dabei geriet die von Malenkow eingeleitete volkswirtschaftliche Neuorientierung zunehmend in die Kritik. Die Maßnahmen zur Produktionssteigerung in der Landwirtschaft, so die Senkung der Belastung durch Abgaben und die Erhöhung der Ankaufpreise für die produzierten Überschüsse, führten zwar dazu, daß der Mangel an Lebensmitteln in den ländlichen Regionen beseitigt wurde. Die für die Versorgung der Städte erforderliche deutliche Steigerung der Getreideproduktion wurde jedoch nicht erreicht.

Daraufhin drang vor allem Chruschtschow immer energischer darauf, unerschlossene

Tauwetter: „Iwan, ich glaube, der Wind hat umgeschlagen.“





Chruschtschow spricht auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956. Es ist die berühmte „Geheimrede“, in der er mit Stalin abrechnet.

oder wenig genutzte Böden in Dürregebieten vor allem Sibiriens und Kasachstans urbar zu machen. Anfang März 1954 billigte ein ZK-Plenum in Moskau einen von ihm erstatteten Bericht „Über die weitere Vergrößerung der Getreideproduktion und die Urbarmachung von Neu- und Brachland“ und beschloß die Kultivierung von 13 Millionen Hektar Neuland, von denen schon im Jahre 1955 zusätzliche 20 Millionen Tonnen Getreide eingebracht werden sollten. Darüber hinaus verschafften sich die Militärs, die ihre Interessen durch die von Malenkov verfügte Bevorzugung der Konsumgüterindustrie nicht ausreichend vertreten sahen, in zunehmendem Maße Gehör. Sie erblickten in der Schwerindustrie „die Grundlage der Verteidigungsfähigkeit des Landes“ (N. A. Bulganin) und meldeten dementsprechend ihre Forderungen nach Berücksichtigung rüstungspolitischer

Gesichtspunkte in der volkswirtschaftlichen Planung an.

Auf dem ZK-Plenum im Januar 1955 geriet Malenkov wegen seiner Wirtschafts- und auch wegen seiner Landwirtschaftspolitik in die Kritik. Unter dem Druck der widerstrebenden Interessen trat er am 8. Februar 1955 vom Posten des Vorsitzenden des Ministerrates zurück. In seiner Erklärung für diesen Schritt gab er „selbstkritisch“ zu, Fehler gemacht zu haben, die er damit begründete, auf das Amt des Regierungschefs nicht genügend vorbereitet gewesen zu sein. Auf Vorschlag Chruschtschows übernahm der bisherige Verteidigungsminister Bulganin den Posten des Ministerratsvorsitzenden, während Malenkov auf die unbedeutende Position des Ministers für Kraftwerkbau abgeschoben wurde, jedoch weiterhin ZK-Mitglied blieb.

Alexander Fischer

Chruschtschows Aufstieg

Die überraschende Veränderung in der sowjetischen Staatsführung vom Februar 1955 rückte endgültig den seit September 1953 als Ersten Sekretär des ZK der KPdSU amtierenden N. S. Chruschtschow in den Vordergrund. Gestützt auf seinen zeitweiligen Bundesgenossen Marschall Schukow, den Repräsentanten der Armee in der sowjetischen Führungsspitze, gelang es ihm im Sommer 1957, die gegen seine innen- und wirtschaftspolitischen Reformen opponierenden Stalinisten Molotow, Malenkov und Kaganowitsch aus dem ZK zu entfernen.

Nach weiteren internen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Bulganin seines Amtes enthoben, später auch aus dem ZK und aus der Partei ausgeschlossen wurde, wählte der Oberste Sowjet am 27. März 1958 den Parteichef auch zum Vorsitzenden des Ministerrates. Damit erwies sich der dynamische Chruschtschow als jene Persönlichkeit, die zum ersten Male seit Stalins Tod die Führung von Partei und Staat wieder in einer Hand vereinigte. Er wolle, so versprach der neue „starke Mann“ der Sowjetunion, seinem Volke und seiner Partei „treu ergeben dienen“

sowie beim „Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft in unserem Lande“ sein Leben nicht schonen.

Chruschtschows Karriere

N. S. Chruschtschow, ein ehemaliger enger Gefolgsmann Stalins, stammte aus dem ukrainischen Kalinowka im Gouvernement Kursk, wo er am 17. (5.) April 1894 in einer Bergarbeiterfamilie geboren wurde. Nach deren Übersiedlung in das Donezbecken absolvierte er eine Lehre als Maschinenschlosser und arbeitete danach als Monteur und Mechaniker. Seit 1918 Mitglied der Kommunistischen Partei, besuchte er – nach Teilnahme am Bürgerkrieg in den Reihen der Roten Armee (1918–1920) – die Arbeiterfakultät des Donez-Technikums in Jusowka. Im Jahre 1925 begann Chruschtschow seine Karriere als hauptamtlicher Parteifunktionär, zunächst in der Ukraine, später in Moskau. Seit 1934 Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU (B), wird er im Jahre darauf Erster Sekretär des Moskauer Gebietspartei-Komitees. 1938 zum Kandidaten des Politbüros gewählt, erfolgte im selben Jahre seine Ernennung zum Parteichef der Ukraine, wo er sich beim Abschluß der blutigen „Säuberungen“ in der Partei und beim Aufbau eines neuen Parteiapparates „bewährte“. Seit dem XVIII. Parteitag von 1939 Vollmitglied des Politbüros, des höchsten Parteigremiums, hatte Chruschtschow während des „Großen Vaterländischen Krieges“ Funktionen in der Roten Armee inne, unter anderem als Mitglied des Kriegsrates der Südwestfront, der Stalingrader und der 1. Ukrainischen Front, zuletzt im Range eines Generalleutnants, ehe er 1944 wieder sein Amt als Parteichef der Ukraine einnehmen konnte. 1949 wurde er von Stalin erneut zum Parteichef von Moskau ernannt, gleichzeitig gehörte er dem Sekretariat des ZK der KPdSU (B) an. Dort wurde er ein Jahr später für den Bereich der Landwirtschaft verantwortlich und propagierte – zunächst vergeblich – die Bildung von Großkolchosen und Agrostädten.

Generalabrechnung mit Stalin

Chruschtschow gab auf wirtschaftlichem Gebiet im Gegensatz zu Malenkov zwar der Schwerindustrie wieder den Vorrang, trieb jedoch auf dem XX. Parteitag der KPdSU von 1956 auch den Entstalinisierungsprozeß maßgeblich voran. Die grundlegende Bedeutung seiner damaligen – zunächst offiziell nicht veröffentlichten, nur von amerikanischer Seite zugänglich gemachten, aber authentischen – Geheimrede vom 25. Februar 1956 für die weitere innen- und außenpolitische Entwicklung der Sowjetunion ist bis heute unbestritten. Chruschtschows „Generalabrechnung“ prangerte, untermauert von zahlreichen Beispielen, die machtgeilige, despotische und terroristische Innenpolitik Stalins an, versuchte aber auch, dessen Unfähigkeit in der Außenpolitik nachzuweisen und die Kriegführung des Diktators lächerlich zu machen. Anscheinend wollte die Parteiführung mit dieser Schocktherapie das in der Ära Stalins verlorengegangene Ver-

trauensverhältnis zwischen Regierung und Bevölkerung wiederherstellen. Auch eine unter Chruschtschow nunmehr gängig werdende verstärkte Berufung auf Lenin konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß entscheidende Grundlagen der stalinistischen Herrschaft weiterhin unangetastet blieben: Nach wie vor gehörten zum Beispiel die Einparteiherrschaft, das Fehlen der bürgerlichen Grundrechte, der bürokratische Zentralismus und ein parteiamtlich kontrolliertes Wahlsystem zu den wesentlichen Merkmalen des Sowjetstaates.

Außenpolitische Neuorientierung

Chruschtschows Zugeständnis aus dem Jahre 1955, daß es verschiedene Wege zum Sozialismus geben könne, war nicht nur als versöhnliche Geste gegenüber Titos Jugoslawien gedacht, sondern sollte auch eine Brücke zu den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien des Westens sowie zu den jungen nationalen und sozialen Bewegungen in den Ländern der entstehenden „Dritten Welt“ schlagen. Der halbherzige Versuch blieb ebenso ohne Erfolg wie die im April 1956 verfügte Auflösung des unter Stalin 1947 gegründeten „Kommunistischen Informationsbüros“ (Kominform). Dagegen trug die einsetzende Auflockerung der innen- und außenpolitischen Atmosphäre dazu bei, in den Ländern des sowjetischen Einflußbereiches in Ostmittel- und Südosteuropa freiheitliche Regungen zu ermutigen. In Polen kam es im Juni 1956 zu Arbeiterunruhen, die schnell blutig unterdrückt wurden (siehe *Informationen der politischen Bildung* Nr. 225 „Ostmitteleuropa und Südosteuropa“, S. 30 f. und Nr. 142/143 „Deutsche und Polen“, S. 53 f.). Sie führten aber dazu, daß eine neue Parteiführung unter den Nationalkommunisten Wladyslaw Gomulka eingesetzt wurde, die eine Reihe von Reformen vornahm („Frühling im Oktober“). Gomulka gelang es, die Sowjetunion von der Bundesstreue Polens zu überzeugen und sie dazu zu bringen, den direkten Zugriff zu lockern. Seit 1949 war Sowjetmarschall Konstantin Rokossowski polnischer Verteidigungsminister gewesen. Er trat nun zurück und schied auch aus dem Politbüro der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei aus.

In Ungarn führte die Ablösung der stalinistischen Parteiführung im Sommer 1956 zur Entstehung einer antikommunistischen und antisowjetischen Freiheitsbewegung. Deren Forderungen nach politischer Unabhängigkeit, Abzug der sowjetischen Truppen und einem Mehrparteiensystem „erschreckten die sowjetische Führung zu Tode“ (Alexander Nekrich). Die brutale Intervention der Roten Armee vom November 1956 gegen die von der Arbeiterschaft und den Intellektuellen Ungarns getragene Regierung Imre Nagy machte unmißverständlich deutlich, daß Chruschtschow nicht bereit war, den unverkennbaren Liberalisierungstendenzen im ostmittel- und südosteuropäischen Einflußbereich Moskaus („Ostblock“) Freiraum zu gewähren.



In der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November 1961 wurde die Tafel mit den Namen Lenins und Stalins vom Portal des Mausoleums am Roten Platz entfernt und durch eine Tafel ersetzt, die nur noch den Namen Lenins trug. Auf dem unmittelbar davor beendeten 22. Parteitag hatte die KPdSU beschlossen:

„1. Das Mausoleum auf dem Roten Platz an der Kremllauer, geschaffen zur Verewigung des Andenkens an Wladimir Iljitsch Lenin, den unsterblichen Gründer der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, den Führer und Lehrer der Werktätigen der Welt, künftig zu benennen: Mausoleum Wladimir Iljitsch Lenin.

2. Es wird als unangemessen angesehen, den Sarkophag mit den sterblichen Überresten I. W. Stalins weiterhin im Mausoleum aufzubewahren. Die schwerwiegenden Verletzungen des Leninschen Vermächtnisses durch Stalin, der Mißbrauch der Macht, die Massenrepressionen gegen ehrliche Sowjetmenschen und andere Handlungen in der Periode des Personenkults machen es unmöglich, das Grab mit seinem Leichnam im Lenin-Mausoleum zu belassen.“

Chruschtschows Außenpolitik

„Friedliche Koexistenz“

Es spricht vieles dafür, daß es die Moskauer Führungsspitze nach Stalin zur wirksamen Sicherung ihrer außenpolitischen Interessen als vordringlich ansah, zwischen Ost und West ein Rüstungsgleichgewicht herzustellen. Solange dieses Ziel aus Moskauer Sicht nicht erreicht war, verhielt sich die Sowjetunion unter der Parole der „friedlichen Koexistenz“ außenpolitisch zurückhaltend und kooperativ.

Kennzeichnend dafür waren eine – zumindest bis zum Juni-Aufstand 1953 in der DDR – „kompromißlerische“ Deutschlandpolitik und der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den kriegführenden Parteien in Korea. Mit seiner ersten offiziellen Auslandsreise in die Volksrepublik China im Herbst 1954 trug Chruschtschow zu einer erheblichen Verbesserung der Beziehungen zu diesem fernöstlichen Nachbarstaat bei, nicht zuletzt durch seine Zusagen umfangreicher wirtschaftlicher und technischer Entwicklungshilfe. Im Jahre 1955 stimmte die Sowjetunion der Unterzeichnung eines Staatsvertrages zu, der Österreich – bei immerwährender Neutralität – unabhängig und von den alliierten Besatzungstruppen frei werden ließ.

Als nicht minder bedeutsam erwies sich die partielle Aussöhnung mit Tito anlässlich des Besuches einer sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation in Belgrad Ende Mai/Anfang Juni 1955. Sie führte nicht nur zur Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen auf der Basis der Achtung der beiderseitigen Souveränität, der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität, der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, sondern bildete auch die Basis für eine Aufspaltung des Weltkommunismus mit den drei Zentren Moskau, Peking und Belgrad.

Die außenpolitische Zurückhaltung wurde in dem Moment aufgegeben, als man in Moskau das angestrebte Gleichgewicht mit der westlichen Vormacht, den Vereinigten Staaten von Amerika, Mitte der 50er Jahre für erreicht hielt. Das Gleichziehen mit den USA zehn Jahre nach Kriegsende, das sich allerdings nur auf das Gebiet der Kernwaffenproduktion bezog, war die Basis, von der aus die Moskauer Regierung nach dem Gipfeltreffen von Genf im Sommer 1955 eine neue Konzeption ihrer Außenpolitik zu verwirklichen begann. Sie war gekennzeichnet durch eine Erweiterung ihres gesamtpolitischen Rahmens „vom kontinentalen Regionalismus in Europa und Asien zum politischen Interesse in allen Erdteilen“ (Gerhard Wettig).

Offensive

Deutschlandpolitik

Wie sich vor allem in der „deutschen Frage“ zeigte, glaubte der impulsive Chruschtschow, die Gunst des errungenen atomaren Gleichgewichts offensiv nutzen zu können. Die sowjetische Deutschlandpolitik stand seit 1955 im Zeichen der „Zwei-Staaten-Theorie“. Sie kam zum Ausdruck in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland – ein Ergebnis der Verhandlungen Bundeskanzler Adenauers im September 1955 in Moskau, in deren Verlauf auch die Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten erreicht wurde – und in dem Staatsvertrag mit der DDR vom 23. September 1955, in dem dieser die volle Souveränität eingeräumt wurde. In der Folge war die Sowjetunion um eine Aufwertung ihres Satellitenstaates DDR bemüht und demzufolge nicht bereit, westlichen Wiedervereinigungsvorschlägen – die am Grundprinzip freier Wahlen festhielten und auch sicherheitspolitische Interessen Moskaus zu berücksichtigen suchten – zuzustimmen. Vielmehr setzte Chruschtschow alles daran, durch eine Annexion der drei Westsektoren Berlins und eine Zementierung der deutschen Teilung die sowjetische Position in der Mitte Europas nachhaltig zu festigen. Zu diesem Zweck ließ er im November 1958 in mehreren Noten an die Westmächte erklären, daß sich die Sowjetunion nicht mehr an die internationalen Vereinba-

rungen über den Sonderstatus Berlins gebunden fühle, wenn nicht binnen eines halben Jahres Einvernehmen über die Umwandlung „Westberlins“ in eine „selbständige politische Einheit“ („Freie Stadt“) erzielt werde („Berlin-Ultimatum“). Zugleich drohte er wiederholt, mit der DDR einen Friedensvertrag abzuschließen. Zwar bewirkte die Standhaftigkeit der Westmächte, daß den sowjetischen Drohungen keine Taten folgten, jedoch gewannen im Verlauf des Berlin-Konflikts international jene Stimmen an Gewicht, die den Ost-West-Konflikt im wesentlichen auf die Erhaltung des Status quo reduziert wissen wollten.

Arrangement

mit den USA?

Chruschtschow blieb zwar, nicht zuletzt unter dem Eindruck vermeintlicher eigener Rüstungsüberlegenheit und unbestreitbarer Erfolge der sowjetischen Raketentechnik (Start des ersten künstlichen Erdsatelliten „Sputnik“ 1957), nach wie vor bereit, „jede für die Sowjetunion günstige Wendung dafür zu verwenden, um den ‚Kapitalismus‘ in seiner eigenen Sphäre zu bedrängen“ (Alexander Nekrich), ohne jedoch ein die sowjetische Weltmachtposition bestätigendes Arrangement mit der westlichen Führungsmacht USA auf Dauer auszuschließen. Der erste Besuch eines sowjetischen Regierungschefs in der „Neuen Welt“ im September 1959 erbrachte sogar eine kurzfristige atmosphärische Entspannung zwischen den beiden Weltmächten („Geist von Camp David“), die alle Interessenunterschiede und offenen Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West vorübergehend in den Hintergrund treten ließ.

Bundeskanzler Adenauer 1955 in Moskau. Links von Adenauer Bulganin, rechts von ihm Chruschtschow.



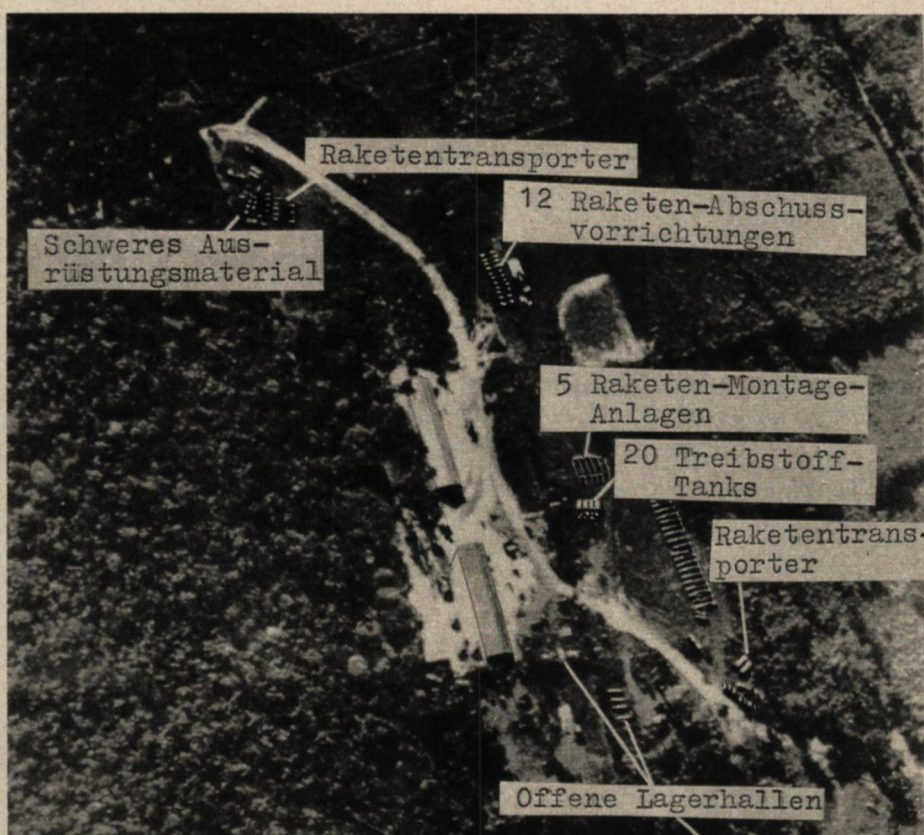
Als sich jedoch in Verhandlungen der Außenminister zeigte, daß Chruschtschow zum Beispiel eine Bereinigung der aus der Endphase des Zweiten Weltkrieges überkommenen „deutschen Frage“ vorwiegend zu Lasten des Westens vornehmen wollte, schwächte sich die allenthalben aufgekeimte Hoffnung auf eine Annäherung oder gar Verständigung zwischen Moskau und Washington rasch ab. Der Fehlschlag einer amerikanischen Luftaufklärung über der Sowjetunion, bei der im Mai 1960 ein Flugzeug vom Typ U 2 über sowjetischem Territorium abgeschossen wurde, bot Chruschtschow einen willkommenen Vorwand („provokatorische Politik gegenüber der Sowjetunion“) zum Rückzug von einer Annäherung an Washington. Das Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz im Mai, der Rückzug der sowjetischen Delegation von der Genfer Abrüstungskonferenz im Juni und der lautstarke Auftritt Chruschtschows vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 1960 waren nicht dazu angetan, das neuerlich gespannte Ost-West-Verhältnis aufzulockern.

Mauerbau und Kubakrise

Ein neuer Annäherungsversuch der beiden Weltmächte – das von beiden Seiten sorgfältig vorbereitete Treffen Chruschtschows mit dem neu gewählten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy im Juni 1961 in Wien – blieb in den wesentlichen Fragen (Status Berlins, Deutschlandfrage, Abrüstungsproblem) ohne die erhoffte Annäherung und erwies sich damit als Fehlschlag. Mit einem immer stärker anwachsenden Flüchtlingsstrom aus Ost-Berlin und der DDR in die Westsektoren Berlins konfrontiert (allein im Jahre 1961 bis zum Mauerbau: 155 402 registrierte Flüchtlinge), sah sich Chruschtschow gezwungen, der Forderung der DDR-Führung nach einer Abriegelung der „Frontstadt Westberlin“ und damit dem Bau der Berliner Mauer (13. August 1961) zuzustimmen.

Als Höhepunkt der Konfrontation zwischen den beiden Supermächten erwies sich die Krise um Kuba im Oktober 1962, die in erster Linie durch die Errichtung von Basen für sowjetische Mittelstreckenraketen auf dieser Insel „vor der amerikanischen Haustür“ ausgelöst wurde. Mit diesem offensiven Vorgehen schien der Konflikt zwischen den beiden Weltmächten programmiert, sogar ein dritter Weltkrieg mit dem Einsatz von Atomwaffen nicht mehr ausgeschlossen. Nur ein „besonnenes Krisenmanagement“ von amerikanischer wie von sowjetischer Seite verhinderte eine Katastrophe. Angesichts der entschlossenen Haltung des US-Präsidenten Kennedy, die sowjetische Provokation notfalls auch mit militärischen Mitteln zurückzuweisen, zeigte sich Chruschtschow bereit, die Raketenstellungen abzubauen und die Mittelstreckenwaffen von der Karibikinsel abzuziehen.

Nach dem fehlgeschlagenen Kuba-Abenteuer verschloß sich die Sowjetunion Schritten



Kuba-Krise. Einer der sowjetischen Raketenstützpunkte.

in Richtung auf eine internationale Entspannung nicht mehr. Das zeigte sich in ihrer Bereitschaft zum Abschluß eines Abkommens mit den USA und Großbritannien am 5. August 1963, das die drei Nuklearmächte verpflichtete, einen zeitweiligen Teststopp für Atom- und Wasserstoffbomben zu akzeptieren. Auch in der „deutschen Frage“ verzichtete Moskau darauf, weiterhin auf den Abschluß separater Friedensverträge mit den beiden deutschen Staaten zu drängen, um

den nicht allzu stabilen Status quo in der Mitte Europas nicht zu erschüttern. Eine lebhaftere Reisediplomatie, die Chruschtschow unter anderem nach Ägypten und Skandinavien führte, signalisierte aber ebenso wie eine massive sowjetische Unterstützung sogenannter nationaler Befreiungsbewegungen in Ländern der „Dritten Welt“, daß die Sowjetunion den Anspruch aufrechterhielt, als weltweit operierende Großmacht anerkannt zu werden.

Alexander Fischer

Wirtschaftliche Rückschläge und innenpolitischer Wandel

Widersprüchliche Wirtschaftspolitik

Der unbestreitbare Gewinn an Prestige und Einfluß auf außenpolitischem Gebiet konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Sowjetstaat im Inneren weiterhin mit erheblichen wirtschaftlichen Problemen konfrontiert war. Erklärungen Chruschtschows auf dem XXI. Parteitag der KPdSU von 1959, wonach die Sowjetgesellschaft nach dem „vollständigen“ und „endgültigen“ Sieg des Sozialismus in den „entfalteten Aufbau des Kommunismus“ eingetreten sei, konnten daran nichts ändern. In seiner Euphorie hatte er sich bei der Verabschiedung eines neu-

en Parteiprogramms auf dem XXII. Parteitag der KPdSU zwei Jahre später (1961) sogar dazu verstiegen, präzise Termine für jenen Zeitraum zu nennen, in dem die Sowjetunion an die Errichtung des Kommunismus, des vermeintlich höchsten Stadiums menschlicher Entwicklungsmöglichkeiten, gehen könne (siehe Programm der KPdSU von 1961, S. 7).

In der Praxis erwiesen sich diese Prophezeiungen rasch als illusionär. Die zahlreichen Reformmaßnahmen Chruschtschows deuteten eher darauf hin, daß die Erfordernisse einer modernen Industriegesellschaft zwangsläufig mit erheblichen Problemen verknüpft sind. Immer wieder ging es darum, dem wachsenden Bedürfnis der Bevölkerung nach Wohlstand entgegenzukommen, ohne

grundsätzliche Prinzipien des sowjetischen Herrschaftssystems, insbesondere die Allmacht der Kommunistischen Partei, aufzubauen. Natürlich sollte auch der Vorrang der Schwerindustrie beibehalten werden, ohne daß man aber auf einen weiteren Ausbau der Konsumgüterindustrie verzichten wollte, um den für westliche Verhältnisse immer noch bescheidenen Lebensstandard des normalen Sowjetbürgers endlich nachhaltig verbessern zu können. Das Dilemma ließ sich deswegen nicht befriedigend lösen, weil die Voraussetzungen für eine Verwirklichung der angestrebten volkswirtschaftlichen Zielvorstellung, hohe Produktivitätsraten in Industrie und Landwirtschaft, nicht gegeben waren. In der Industrieproduktion sank die Wachstumsrate, die seit 1959 ohnehin eine fallende Tendenz aufwies, im ersten Halbjahr 1964 ebenso wie in der Konsumgüterproduktion weiter beträchtlich.

Mißerfolge in der Landwirtschaft

Als die Achillesferse des sowjetischen Wirtschaftssystems erwies sich zum wiederholten Male der landwirtschaftliche Sektor. Chruschtschows Prognosen von 1960 bzw. 1962, die landwirtschaftliche Produktion in der UdSSR werde die der USA bis 1970 bzw. 1982 übertreffen, waren bereits bei ihrer Verkündung nichts als Traumgebilde. Die seit Mitte der fünfziger Jahre betriebene Kampagne zur Erschließung von Neu- und Brachland in Kasachstan und Sibirien zeitigte nicht die gewünschten Erfolge, und auch die Hoffnungen Chruschtschows, mit Hilfe eines verstärkten Anbaus von Mais („Königin der Feldpflanzen“) die Probleme bei der Versorgung mit Fleisch, Milch und anderen tierischen Erzeugnissen zu lösen, erfüllten sich nicht. Im Herbst 1963 konnte eine Hungerkatastrophe nur durch umfangreiche Weizenkäufe im „kapitalistischen“ Kanada verhindert werden. Die statistisch nachgewiesene Tatsache, daß auf den minimalen Eigenbesitz der Kollektivbauern, der nur 3,6 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ausmachte, 50 Prozent des Zuwachses der Rindviehzucht sowie 66 Prozent der Gesamtproduktion an Kartoffeln und Gemüse entfielen, läßt auf die Fragwürdigkeit des Gesamtsystems der landwirtschaftlichen Erzeugung schließen.

Wandel des innenpolitischen Klimas

Es ist unstrittig, daß im innenpolitischen Klima der Sowjetunion in der Ära Chruschtschow bedeutsame Veränderungen eintraten, deren Ausstrahlung bis in die achtziger Jahre reichte. Die schon 1953 begonnene Entlassung politischer Häftlinge wurde fortgesetzt sowie ihre Rehabilitierung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft relativ zügig vorangebracht. Immer häufiger traten einzelne Personen, in der Regel Mitglieder der Partei, dafür ein, die Wahrheit über die Verbrechen Stalins an das Licht zu bringen. Zu ihnen gehörten Pjotr I. Jakir, Histo-

Überfluß an Gütern

Aus dem Programm der KPdSU von 1961

Im nächsten Jahrzehnt (1961–1970) wird die Sowjetunion beim Aufbau der materiell-technischen Basis des Kommunismus die USA – das mächtigste und reichste Land des Kapitalismus – in der Produktion pro Kopf der Bevölkerung überflügeln; der Wohlstand, das Kulturniveau und das technische Entwicklungsniveau der Werktätigen werden bedeutend steigen; allen wird ein gutes Auskommen gesichert; alle Kollektivwirtschaften und Staatsgüter werden sich in hochproduktive Betriebe mit hohen Einkünften verwandeln; der Bedarf der Sowjetbürger an komfortablen Wohnungen wird im wesentlichen gedeckt werden; die schwere körperliche Arbeit wird verschwinden; die UdSSR wird zum Land mit dem kürzesten Arbeitstag.

Als Ergebnis des zweiten Jahrzehnts (1971–1980) wird die materiell-technische Basis des Kommunismus errichtet, die für die gesamte Bevölkerung einen Überfluß an materiellen und kulturellen Gütern sichert; die Sowjetgesellschaft wird unmittelbar darangehen, das Prinzip der Verteilung nach den Bedürfnissen zu verwirklichen, es wird sich der allmähliche Übergang zum einheitlichen Volkseigentum vollziehen. Somit wird in der UdSSR die kommunistische Gesellschaft im wesentlichen aufgebaut sein. Vollendet wird der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in der nachfolgenden Periode.

Der majestätische Bau des Kommunismus wird vom Sowjetvolk, von der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz in beharrlicher Arbeit errichtet. Je erfolgreicher ihre Arbeit, desto näher rückt das große Ziel: die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft.

Der Aufbau des Kommunismus in der UdSSR wird der größte Sieg der Menschheit in all den Jahrhunderten ihrer Geschichte sein. Jeder neue Schritt begeistert die werktätigen Massen aller Länder, ist eine gewaltige moralische Unterstützung des Kampfes aller Völker um ihre Befreiung vom sozialen und nationalen Joch und beschleunigt den Triumph der Ideen des Marxismus-Leninismus im Weltmaßstab.

Sobald das Sowjetvolk die Errungenschaften des Kommunismus genießt, werden neue Hunderte Millionen Menschen in der Welt sagen: „Wir sind für den Kommunismus!“ Nicht durch Krieg mit anderen Ländern, sondern durch das Beispiel einer vollkommeneren Organisation der Gesellschaft, durch den Aufschwung der Produktivkräfte, durch Schaffung all dessen, was der Mensch braucht, um in Glück und Wohlstand zu leben, gewinnen die Ideen des Kommunismus die Hirne und Herzen der Volksmassen.

Boris Meissner: Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961, Köln 1962, S. 187 ff.

Auf dem Sowchos „Krasnodarski“ in Kasachstan, einer der Neugründungen des Chruschtschowschen „Neuland“-Programms.



riker und Sohn eines im Jahre 1937 hingerichteten Armeeführers, und Pjotr G. Grigorenko, Generalmajor und Lehrstuhlinhaber an der Militärakademie. Vor allem unter Jugendlichen und Studenten kam es zur Bildung von Diskussionszirkeln und konspirativen Gruppen, in denen nicht nur über die Belastungen der Vergangenheit, sondern auch über notwendige Veränderungen in der Gegenwart und über die Gesellschaft der Zukunft nachgedacht wurde.

Anfänge einer oppositionellen Bewegung

Mit den – eher spontan entstehenden – Zirkeln der Intelligenzija, den illegalen, das Recht auf Selbstbestimmung einfordernden Gruppierungen einzelner Nationalitäten, wie beispielsweise in der Ukraine und in den baltischen Staaten, und der verbreiteten Untergrundliteratur bildeten sich

spätestens in den sechziger Jahren die Anfänge jener oppositionellen Bewegung aus, die in den folgenden Jahrzehnten dazu beitrug, vielfältige Alternativen zum Sowjetsystem entstehen zu lassen. Bei den Verantwortlichen von Partei und Staat führte das dazu, im kulturellen Bereich das eingeleitete „Tauwetter“ zu beenden und wieder ein raueres Klima zu bevorzugen. Diesem war es zuzuschreiben, daß der Schriftsteller Boris L. Pasternak („Doktor Schiwago“) im Jahre 1958 – unter anderem unter massiven Druck des „Volkszorns“ gesetzt – gezwungen wurde, den ihm zugesprochenen Nobelpreis für Literatur zurückzuweisen. Immerhin konnte aber auf persönliche Weisung Chruschtschows im Jahre 1962 in der Zeitschrift „Nowyj mir“ Alexander Solschenizyns Häftlingsbericht „Ein Tag im Leben des Iwan Denisowitsch“ erscheinen, nach dem Urteil des russischen Exilhistorikers Alexander Nekrich nicht nur ein Markstein in der russischen Literaturgeschichte, sondern auch ein Wendepunkt in der Geschichte Rußlands.

Alexander Fischer

Chruschtschows Sturz

Verlust an politischem Ansehen

Es waren nicht nur die offenkundigen Mißerfolge seiner ehrgeizigen Wirtschaftspolitik, die den Stern Chruschtschows langsam verblässen ließen. Mindestens ebenso entscheidend für seinen Verlust an politischem Ansehen waren die tiefgreifenden Veränderungen in der kommunistischen Weltbewegung. Zwei Konferenzen von Vertretern kommunistischer Parteien und Arbeiterparteien aus der ganzen Welt im November 1957 und im November 1960 in Moskau konnten die steigenden, den Interessen der KPdSU zuwiderlaufenden Tendenzen zur Aufspaltung des internationalen Kommunismus nicht mehr aufhalten. Palmiro Togliatti, der Führer der Kommunistischen Partei Italiens, verlieh dieser einsetzenden Differenzierung mit dem Begriff des „Polyzen-trismus“ zutreffend Ausdruck. Mit Beginn der sechziger Jahre spitzte sich der Konflikt zu, weil die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) immer unverhohlener die Führungsrolle der KPdSU in der kommunistischen Weltbewegung in Frage stellte.

Konflikt mit China

Das sowjetisch-chinesische Verhältnis ist im Grunde schon seit den Beschlüssen des XX. Parteitages der KPdSU von 1956, die von der chinesischen Parteiführung teilweise als „revisionistisch“ bewertet wurden, Belastungen ausgesetzt gewesen. Ernst-hafte ideologische Differenzen hatten sich im Sommer 1958 ergeben, als Peking die Einrichtung von „Volkskommunen“ bekannt-

gab. Mit ihrer Hilfe wollten die chinesischen Kommunisten den „Großen Sprung nach vorn“ wagen und, gleichsam an der Sowjetunion vorbeistürmend, das goldene Tor zum Zeitalter des Kommunismus als erste aufstoßen.

Chinesische Anspielungen auf die in den „ungleichen Verträgen“ mit dem Zarenreich Mitte des 19. Jahrhunderts verlorengegangenen Randprovinzen deuteten jedoch schon bald darauf hin, daß sich auch eine machtpolitische Rivalität anbahnte. Diese entzündete sich weniger an der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären, sondern vielmehr an der Enttäuschung Pekings über die offensichtliche Zurückhaltung Moskaus beim Aufbau eines chinesischen Atomwaffenpotentials. Chruschtschow zeigte sich in dieser Hinsicht wenig entgegenkommend: Zwar entstand mit sowjetischer Hilfe zwischen 1957 und 1959 ein erster chinesischer Atomreaktor, jedoch ließ die Sowjetunion darüber hinaus kein Interesse erkennen, dem chinesischen Rivalen die ungehinderte Verfügungsgewalt über Atomwaffen und damit den Zutritt zum exklusiven Klub der Atommächte zu verschaffen. Auch aus wirtschaftlichen Gründen um Rüstungsbegrenzung bemüht und darüber hinaus auf Gleichrangigkeit und auf Verständigung mit den USA bedacht, verhandelte die Sowjetunion jahrelang mit Washington über ein – schließlich am 10. Oktober 1963 in Kraft getretenes – Abkommen über die zeitweilige Beendigung atomarer Versuche in der Atmosphäre, im Weltall und unter Wasser („Teststoppabkommen“), ohne dabei die anders gelagerten Interessen Chinas zu berücksichtigen.

Vordergründig blieben im sowjetisch-chinesischen Konflikt jedoch die ideologischen Differenzen maßgeblich. Dabei ließ die chi-

Prawda über Chruschtschow: Selbstherrlichkeit und Personenkult

Wenn die Partei die schöpferische Aktivität der Massen konzentriert und auf das eine große Ziel hinlenkt, richtet sie sich nach einem genauen Kompaß – nach der aktivierenden marxistischen-leninistischen Theorie. Sie analysiert gründlich die vielschichtigen Vorgänge des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens und erarbeitet auf dieser Grundlage die richtigen Beschlüsse. Die Partei Lenins ist ein Feind des Subjektivismus und des Selbstlaufs im kommunistischen Aufbau. Wesensfremd sind ihr Projektenmacherei, verfrühte Schlußfolgerungen und überstürzte, wirklichkeitsfremde Beschlüsse und Handlungen, Prahlerei und Wortgeklingel, der Hang zum Administrieren und die Neigung, Ergebnisse der Wissenschaft und der praktischen Erfahrung zu ignorieren. Der Aufbau des Kommunismus ist ein lebendiges, schöpferisches Werk und verträgt es nicht, daß man mit Kanzleimethoden arbeitet, selbstherrlich Beschlüsse faßt und sich über die praktischen Erfahrungen der Massen hinwegsetzt.

In der Verwirklichung ihrer Generallinie stellt sich die Partei nach wie vor unversöhnlich und konsequent gegen Ideologie und Praxis des Persönlichkeitskults, der dem Marxismus-Leninismus und der ureigensten Natur unserer sozialistischen Ordnung fremd ist. Die Partei stützt sich in ihrer gesamten Tätigkeit auf die Leninschen Prinzipien der Partei- und Staatsführung.

Prawda, 17. Oktober 1964.

nesische Parteiführung keinen Zweifel daran, daß sie der sowjetischen Bruderpartei „revisionistische“ Tendenzen unterstellte, weil diese die Auffassung vertrat, Kriege seien vermeidbar und die Gefahr eines neuen Weltkrieges könne durch eine konsequente Politik der friedlichen Koexistenz und der internationalen Entspannung vermieden werden. Dagegen sah die chinesische Parteiführung in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wichtige „Sturmzonen der Weltrevolution“, die – auch auf die Gefahr eines Krieges hin – eine offensive Außenpolitik erforderlich machten. Die aus solchen Gegensätzen erwachsende Polemik zwischen KPCh und KPdSU – zunächst in vertraulichen Briefwechseln, später in offener Kontroverse ausgetragen – gewann zunehmend an Schärfe. Ein für Juli 1963 auf sowjetische Initiative hin anberaumtes Treffen auf höchster Ebene wurde von chinesischer Seite im Vorfeld mit „Vorschlägen zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ belastet, die alle bisher gegenüber Moskau erhobenen Vorwürfe zusammenfaßten und – den seinerzeit um eine Integration der sozialistischen Staatengemeinschaft im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bemühten – Chruschtschow des „Großmachtchauvinismus“ bezichtigten.

Das am 5. Juli 1963 in Moskau begonnene Treffen verlief in einer regelrecht feindseligen Atmosphäre und wurde nach vierzehntägiger Dauer auf chinesisches Drängen ergebnislos abgebrochen. Eine weitere Verschlechterung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen war die Folge: Der Handel zwischen beiden Staaten ging zurück; die wissenschaftlich-technischen und die kulturellen Beziehungen sanken auf ein Minimum; weitere sowjetische Spezialisten wurden aus China abgezogen. Nachdem schon im Jahre 1962 die letzten sowjetischen Konsulate auf chinesischem Boden geschlossen worden waren, kam es im November 1963 sogar zu Grenzwischenfällen. Der Bruch zwischen Peking und Moskau erschien als irreparabel, wenn von chinesischer Seite behauptet wurde:

„Unwiderlegbare Fakten beweisen, daß die von der sowjetischen Regierung betriebene Politik auf ein Bündnis mit den Kräften des Krieges gegen die Kräfte des Friedens hinführt, auf ein Bündnis mit dem Imperialismus gegen den Sozialismus, mit den Vereinigten Staaten gegen China, mit den Reaktionen aller Länder gegen die Völker der ganzen Welt.“

Chruschtschow von allen Ämtern entbunden

Noch am 17. April 1964 anlässlich seines 70. Geburtstages mit hohen Ehrungen überhäuft, so erhielt er beispielsweise den Ehrentitel „Held der Sowjetunion“, wurde



Aus Anlaß des 70. Geburtstages, am 17. April 1964, überreichte Breschnew dem Parteichef den Orden „Held der Sowjetunion“. Ein halbes Jahr später war Chruschtschow gestürzt.

Chruschtschow ein halbes Jahr später, auf einer Sitzung des ZK-Präsidiums am 13. Oktober 1964, zum Rücktritt aufgefordert. Den lange aufgestauten Unmut der Mitglieder dieses Gremiums faßte der Chefideologe Michail A. Suslow zusammen: Der Partei- und Regierungschef habe sich, so wurde ihm vorgeworfen, in seiner Arbeit Versäumnisse zu-

schulden kommen lassen, zudem überhastete Entscheidungen getroffen, vorschnell immer wieder Reformen in Industrie und Landwirtschaft veranlaßt und bürokratische Auswüchse in der Verwaltung gefördert. Auch Machtmißbrauch, Personenkult, Ämterpatronage und Vetternwirtschaft wurden ihm angelastet. Ohne Diskussion faßte das Gremium

Chruschtschow – ein Mann der Widersprüche

Chruschtschows Entmachtung beschloß das „gute Jahrzehnt“ in der Geschichte der sowjetischen Gesellschaft. Diese Jahre waren sozusagen eine Brücke zwischen der Stalinschen Epoche des unbeschränkten Terrors und der Diktatur des sowjetischen Konformismus. Es wäre falsch, Chruschtschow als „liberal“ oder „konservativ“, als „progressiv“ oder „reaktionär“ zu bezeichnen. Er vereinte alle diese Züge in sich. Er war ein widersprüchlicher Mensch. Widersprüchlich war übrigens auch die Zeit, in der er an der Macht war. Möglicherweise wollte Chruschtschow aufrichtig mit der stalinistischen Vergangenheit – seiner eigenen wie auch der des sowjetischen Regimes – brechen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die tragischen Terrorereignisse der dreißiger und die Hungersnot der vierziger Jahre in der Ukraine – dafür trug Chruschtschow die direkte Verantwortung – keine geringe Rolle dabei spielten, daß er ein menschliches Antlitz bewahrte.

Wie dem auch sei, Chruschtschow war jedenfalls die – wahrhaft gigantische – Aufgabe zugefallen, die Verbrechen des Stalinschen (sowjetischen) Regimes aufzudecken, Millionen von Häftlingen aus den Lagern zu befreien und andere Millionen posthum zu rehabilitieren. Auch die Rückkehr der wäh-

rend des Krieges nach Sibirien und Mittelasien verbannten Völker aus dem Nordkaukasus kann man ihm als Verdienst anrechnen. Unter Chruschtschow wurden die arbeiterfeindlichen Gesetze aufgehoben (wenn auch nicht vollständig – die Arbeitsbücher blieben bestehen), die Steuerlast verringert, das System der Sozialfürsorge verbessert, in weitem Umfang der Wohnungsbau angekurbelt und die Staatsanleihen abgeschafft. Der Gerechtigkeit halber muß man jedoch sagen, daß nur diejenigen Reformen Chruschtschows „funktionierten“, die nicht an den Grundlagen des Regimes rührten. Diese Grundlagen blieben jedenfalls unverändert. Dazu gehörte, daß die gesamte Staatsmacht auch weiterhin in den Händen der Parteibürokratie lag und der Apparat der Staatssicherheit – wenn auch mit beschränkten Befugnissen – und die Zensur erhalten blieben (...)

Jene Reformen Chruschtschows, die zum Ziel hatten, die Nahrungsmittelsituation und damit auch die Lage der elendsten Schicht in der sowjetischen Gesellschaft, der Bauernschaft, zu verbessern, waren wirr und inkonsequent. Anders konnten sie auch gar nicht sein, denn das Kolchossystem war nach wie vor ein unüberwindliches Hindernis zur Gesundung der Wirtschaft, zugleich aber auch

ein Grundpfeiler des Regimes. Die Versuche Chruschtschows, die Wirtschaftslenkung des Landes zu dezentralisieren, kollidierten mit der Praxis des zentralistischen Systems und waren deshalb zum Scheitern verurteilt (...)

Chruschtschow hatte Fenster in den Eisernen Vorhang geschlagen, aber die Berliner Mauer gebaut. Er hatte die friedliche Koexistenz verkündet, aber durch die Stationierung sowjetischer Raketen auf Kuba fast einen nuklearen Weltkrieg provoziert (...)

Chruschtschow war der einzige sowjetische Führer, der versuchte, in Einklang mit der Zeit zu stehen; doch dabei eilte er häufig zu rasch voran und trieb auch die anderen an, dann wieder fiel er zurück. Man sagte über ihn: Chruschtschow will einen Abgrund in zwei Sprüngen überqueren. Wahrscheinlich wurde er deshalb nicht an der Kremlmauer begraben, sondern auf dem Nowodewitschi-Friedhof.

Michael Heller/Alexander Nekrich: *Geschichte der Sowjetunion. Zweiter Band 1940–1980.* Athenäum Verlag, Königstein, S. 290 ff.

Die Historiker Michael Heller und Alexander Nekrich emigrierten in den sechziger Jahren aus der Sowjetunion. Heller lehrte später an der Sorbonne, Nekrich in den USA.

den noch in derselben Nacht auch vom Zentralkomitee der KPdSU bestätigten Beschluß, Chruschtschow von allen seinen Ämtern – „wegen seines vorgerückten Alters und seines Gesundheitszustandes“ – zu entbinden. Außerdem wurde festgelegt, in Zukunft die Ämter des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU und des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR wieder zu trennen. In einem telefonischen Gespräch mit seinem Vertrauten Anastas I. Mikojan ließ Chruschtschow nach der Sitzung erkennen, daß er sich in sein Schicksal zu fügen gedachte:

„Ich bin alt und müde. Sollen sie doch sehen, wie sie ohne mich zurechtkommen! Ich habe das Wichtigste erreicht. Die Beziehungen zwischen uns, der Führungsstil, haben sich drastisch verändert. Niemand hätte auch nur geträumt, Stalin zu sagen, er sei nicht mehr genehm, und ihm den Rücktritt vorzuschlagen. Nicht einmal ein weißer Fleck wäre von ihm übriggeblieben. Jetzt ist alles anders. Die Angst ist verschwunden, und wir können von gleich zu gleich miteinander sprechen. Das ist mein Beitrag. Ich werde nicht kämpfen.“

Bilanz der Ära Chruschtschows

Zweifellos sind unter Chruschtschow in der sowjetischen Gesellschaft für den einzelnen Bürger spürbare Veränderungen und Erleichterungen eingetreten, die eine Rückkehr zur stalinistischen Praxis der Despotie und des Terrors unmöglich machten. Nicht ohne Grund verwies ein ausländischer Beobachter, der französische Sowjetunionkenner Michel Tatu, im Hinblick auf den Sturz Chruschtschows darauf, daß noch zehn Jahre zuvor niemand habe ahnen können, auf welch „einfache und gewaltlose Weise“, nämlich durch eine Abstimmung, die Ablösung eines Parteichefs möglich sei.

Indessen ist nicht zu übersehen, daß weder der Wirtschafts- und Kulturpolitik noch der Außenpolitik Chruschtschows eine überzeugende neue Gesamtkonzeption zugrunde lag. Zwar wurde beispielsweise der größere Teil der politischen Gefangenen freigelassen und die Mehrzahl der sibirischen Straflager aufgelöst. Die Tatsache, daß die 1957 verkündete Neuordnung von Justizwesen und von Strafvollzug die berüchtigte Verbannung und andere Zwangsmaßnahmen zumindest dem Buchstaben nach nicht mehr kannte, deutete freilich keineswegs einen grundlegenden Wandel im sowjetischen Rechtsdenken an. Eher hatte sich die Einsicht durchgesetzt, daß man die Menschen in einer modernen Industriegesellschaft auf die Dauer nicht durch Massenterror regieren, geschweige denn zu hohen Arbeitsleistungen anspornen kann. Die neuen politisch-administrativen Zwänge, die den einzelnen Erleichterungen und Lockerungen parallel liefen und freiheitliche Regungen in der sowjetischen Gesellschaft unterbanden, verdeutlichen jedoch unmißverständlich, daß das sowjetische Herrschaftssystem auch unter Chruschtschow die gleiche Grundstruktur aufwies wie unter Lenin und Stalin.

Mechthild Lindemann

Die Ära Breschnew: Innenpolitik

Festigung der Parteiherrschaft

Chruschtschows Sturz am 14. Oktober 1964 schien zunächst keinen grundsätzlichen Kurswechsel der sowjetischen Politik nach sich zu ziehen. Nicht die Zielsetzungen des Ersten Sekretärs der KPdSU und Ministerpräsidenten waren es, die seine Absetzung herbeiführten, sondern sein Führungsstil. Seine „Popularitätshascherei, Spielerei und Kumpelhaftigkeit“, seine „Phantastereien“ und „leeren Träumereien“, schließlich seine ausgeprägte Neigung zum „Administrieren und Herumkommandieren“ hatten – so sahen es die Nachfolger – nicht nur dazu geführt, daß die UdSSR außenpolitisch an Prestige einbüßte, sondern sich auch innenpolitisch nachteilige Auswirkungen einstellten. Die Experimentierfreudigkeit Chruschtschows vermochte nicht zur Behebung der wirtschaftlichen und besonders der landwirtschaftlichen Probleme beizutragen. Vielmehr war die Zerrüttung auf dem agrarischen Sektor weiter fortgeschritten. Vor allem aber hatten die ständig wechselnden Direktiven und „Reformen“ der Parteiführung die Kader verunsichert und den Eindruck vermittelt, daß die KPdSU, die „führende Kraft der Arbeiterklasse“, zunehmend in die Orientierungslosigkeit steuerte.

Reines „Führungskollektiv“

Entsprechend konsequent präsentierten sich die Nachfolger mit einem veränderten Regierungstil. Das schon nach Stalins Tod verfochtene und 1961 im Parteistatut der KPdSU verankerte Prinzip der „kollektiven

Führung“ wurde wieder hervorgehoben. Diese kollektive Führung bestand aus Leonid I. Breschnew (1906–1982) als Erstem Sekretär der Kommunistischen Partei, Ministerpräsident Alexej N. Kossygin (1904–1980), ferner Nikolaj W. Podgornyj, der 1965 Vorsitzender des Obersten Sowjet und damit nominelles Staatsoberhaupt wurde, und dem Chefideologen der Partei, Michail A. Suslow (1902–1982). In ihr trat zunehmend Breschnew als „primus inter pares“ in Erscheinung. Er erreichte 1977 den Höhepunkt seiner Macht, als er nach dem Sturz von Podgornyj auch das Amt des Staatsoberhauptes übernehmen konnte.

Die neue Führung trat mit dem erklärten Ziel an, der in Partei und Gesellschaft verbreiteten Verunsicherung ein Ende zu bereiten und die Zügel wieder fest in die Hand der KPdSU zu verankern. Umgehend machte sie deutlich, daß sie illusionäre Fernziele aufzugeben und ihre Politik an den „objektiven“ Gegebenheiten auszurichten gedachte. Das Führungsgremium sollte sich durch Sachlichkeit, Realitätsnähe, Pflichtbewußtsein und Selbstkritik auszeichnen und so die Autorität der Partei stärken. Dies erschien als vorrangige Aufgabe nicht nur für die sowjetische Entwicklung, sondern für die kommunistische Bewegung insgesamt:

„Da die Sowjetunion als erste der ganzen Menschheit den Weg zum Kommunismus bahnt, ist jeder Beschluß der Partei und des Staates besonders verantwortungsvoll. Diese Beschlüsse müssen grundsätzlich abgewogen werden und den objektiven Gesetzmäßigkeiten, den realen Erfordernissen entsprechen. Realität ist ein Wesenszug der Politik der KPdSU.“

Am 1. Mai pflegten sich die Sowjetführer dem Volke zu zeigen. Podgornyj, Breschnew, Kossygin (von links) am Maifeiertag 1970.





Frauen bei Straßenbauarbeiten in Magnitogorsk.

Der Plan

Sechzig Jahre lang, seit die Kommandowirtschaft von Stalin durchgesetzt worden war, hatten Heerscharen von Bürokraten in Moskau jährliche Produktionspläne für jede Wirtschaftseinheit im Staat ausgearbeitet: für 46 000 Industriebetriebe, 50 000 Sowchosen und Kolchosen, 32 000 Baubrigaden sowie für mehrere hunderttausend andere Produktionsstätten, Lager, Kaufhäuser, Einzelhandelsgeschäfte, Reparaturwerkstätten, Vertriebszentren und ähnliches.

Diese Herkulesarbeit war unter der Federführung von Gosplan, dem Staatlichen Planungskomitee, organisiert worden. In der Stalin-Ära und dann unter Chruschtschow und Breschnew bekam das bloße Wort „Gosplan“ eine mystische Dimension, die Macht und Autorität bedeutete. In den Augen der sowjetischen Marxisten verkörperte sich im „Plan“ die wissenschaftliche, rationale Organisation der Macht des Staates. Er war die Formel, mit dem maximales Wachstum erreicht und der kapitalistische Westen überholt werden würde; er war der unfehlbare Organisationsmechanismus für Arbeitskräfte und Ressourcen eines riesigen Reiches; es war das zukunftsweisende Instrument, das ein koordiniertes Funktionieren der zweitgrößten Wirtschaftsmacht garantierte. „Plan“ stand für sowjetischen Sozialismus.

Im hochzentralisierten stalinistischen System kam dem Plan fast die Bedeutung eines Grundgesetzes zu.

Er wurde, nachdem Stalin 1928 die Fünfjahrespläne eingeführt hatte, zum Kompaß, an dem sich das Land orientierte, und „Plansollertüllung“ wurde zur nationalen Beschwörungsformel, unermüdlich wieder

holt in Reden, in der Presse, im Fernsehen. In den siebziger Jahren erzählte man mir, daß die Steigerung der Produktion um das Fünzigfache, der Aufbau der sowjetischen Industrie und der Aufstieg Rußlands von einem rückständigen Staat zu einer Supermacht den Fünfjahresplänen zu verdanken sei.

Der staatliche Plan kam vom Olymp Gosplan. Er wurde nach unten an verschiedenen Ministerien weitergegeben, von den Rängen der Ministerialbürokratien erweitert und verfeinert und dann den großen Industriekomplexen zugeleitet. Von dort gelangte er in die Abteilungen und Betriebe und so immer weiter hinab bis in die Niederungen der Hierarchie. Kurz, Gosplans Wort war Gesetz.

Leitende Angestellte der sowjetischen Industrie haben mir erzählt, daß der Plan in den Betrieben in Form überdimensionaler Bücher eintraf, die so groß, so dick und so voller Kleingedruckten waren wie das Telefonbuch Manhattans. Im Plan war bis ins kleinste Detail festgelegt, was der Betrieb zu produzieren hatte, die Höhe der Produktionskosten, die Art des Materials, die Preise, der Kundenkreis, die Produktionszeit, die Zahl der Arbeiter, die Höhe der Löhne usw. Es gab einen Produktions- und einen Lieferplan, einen für den Ausstoß und einen für die Beschaffung des für den Betrieb notwendigen Materials.

Hedrick Smith: Die neuen Russen, Rowohlt Verlag, Reinbek 1991, S. 249 ff.

Der Journalist Hedrick Smith war von 1971 bis 1975 Korrespondent der „New York Times“ in Moskau.

Breschnew

Verantwortlich für die Konsolidierung der KPdSU war der neue Parteichef Breschnew. Der aus dem ukrainischen Kamenskoje (Dneprodzschinsk) stammende Sohn eines Stahlarbeiters hatte im ukrainischen Parteiapparat Karriere gemacht. Er besaß Erfahrungen sowohl im landwirtschaftlichen als auch im industriellen Bereich und war seit 1952 ZK-Mitglied. Von 1960 bis 1963 Vorsitzender des Obersten Sowjet, war er 1963 ins Sekretariat des ZK der KPdSU zurückgekehrt und galt seitdem als einer der ersten Anwärter auf die Nachfolge Chruschtschows.

„Vertrauen in die Kader“

Seine ersten Schritte im Amt des Ersten Sekretärs waren darauf ausgerichtet, den durch die Maßnahmen seines Vorgängers verunsicherten Funktionären unter der Devise „Vertrauen in die Kader“ neues Selbstbewußtsein zu verleihen. Der XXIII. Parteitag (29. März bis 8. April 1966) schaffte das in Artikel 25 des Parteistatuts von 1961 verankerte Rotationsprinzip für leitende Funktionäre wieder ab, so daß diese nunmehr von sicheren Posten aus agieren konnten. Einer Straffung der Parteiorganisation dienten darüber hinaus die Aufhebung der 1962 beschlossenen Zweiteilung der KPdSU in einen industriellen und einen landwirtschaftlichen Zweig, die Erschwerung des Eintritts in die Partei und eine Verschärfung der Parteikontrolle. Mit der Umbenennung des Präsidiums in „Politbüro“ und der Wiedereinführung des unter Stalin verwendeten Titels „Generalsekretär“ knüpfte man bewußt an Traditionen der Stalin-Zeit an. Sie war fortan auch nicht mehr im Lichte der damaligen Verbrechen zu beurteilen, sondern die Erfolge der KPdSU beim Aufbau des Sozialismus in der damaligen Zeit sollten hervorgehoben werden. Dadurch wurden Legitimitätsproblemen der Partei und vor allem der Führungsmannschaft vorgebeugt, die ihren Aufstieg zu einem Gutteil im Schatten der „Säuberungen“ der dreißiger Jahre genommen hatte.

Die Weichen waren damit für eine Politik gestellt, die in erster Linie der Positionssicherung der Nomenklatura und der Wiederausrichtung des gesamten öffentlichen Lebens nach den Direktiven der Partei dienen sollte. Erstmals festgeschrieben wurde das Machtmonopol der KPdSU in Artikel 6 der neuen Verfassung von 1977:

„Die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems, der Kern ihres gesellschaftlichen Organisations ist die Kommunistische Partei der Sowjetunion. Die KPdSU ist für das Volk da und dient dem Volk. Ausgerüstet mit der marxistisch-leninistischen Lehre, bestimmt die Kommunistische Partei die allgemeine Perspektive der Entwicklung der Gesellschaft, die Linie der Innen- und Außenpolitik der UdSSR, leitet sie die große schöpferische Tätigkeit des Sowjetvolkes und verleiht seinem Kampf für den Sieg des Kommunismus planmäßigen, wissenschaftlich begründeten Charakter.“

Die Sowjetunion in den siebziger Jahren

Die „Nomenklatura“

Diese privilegierte Klasse umfaßt einen relativ kleinen, zahlenmäßig aber doch beachtlichen Teil der sowjetischen Gesellschaft – weit über eine Million Menschen, mit den Familienangehörigen wahrscheinlich mehrere Millionen. Ihre genaue Größe gehört zu den bestgehüteten sowjetischen Geheimnissen. Die Russen behaupten nämlich, daß es sie gar nicht gibt. Offiziell existieren nur zwei Klassen, nämlich Arbeiter und Bauern, und eine „Schicht“ von Angestellten, zu der auch die Intelligenz gehört. Die eigentliche privilegierte Klasse besteht aus den oberen Rängen der Intelligenz. Ihr Kern sind die Spitzenleute der KPdSU und der Regierung, die Politbürokratie, die das Land regiert, der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Parteipresse und des Propagandaapparats.

Das Nervenzentrum des Systems heißt in der sowjetischen Umgangssprache Nomenklatura; gemeint ist das geheime Namensregister der Leute an den Schalthebeln der Macht, die von den KP-Führern ausgesucht werden. Eine Nomenklatura gibt es praktisch auf allen Stufen der sowjetischen Hierarchie, vom Dorf bis zum Kreml. Ganz oben befindet sich die nomenklatura des Politbüros mit den Ministern, dem Vorsitzenden der Akademie der Wissenschaften, den leitenden Redakteuren der Prawda und der Iswestija, den Parteichefs der einzelnen Sowjetrepubliken, autonomen Gebieten und Nationalbezirken, den stellvertretenden Ministern der Schlüsselressorts, dem Botschafter in den USA und einigen anderen wichtigen Botschaftern und den Mitgliedern des Sekretariats des Zentralkomitees der KPdSU. Diese Posten werden von den sowjetischen Herrschern besetzt. Das Sekretariat des Zentralkomitees, eine Institution, die etwa dem Stab des Weißen Hauses vergleichbar ist, aber viel mehr Macht ausübt, sucht dann Leute für Tausende von anderen wichtigen Posten aus – niedrigeren, aber immer noch sehr wichtigen Posten. Und entsprechend geht es auf den nächstunteren Stufen, in den Sowjetrepubliken, den autonomen Gebieten und Nationalbezirken, den Städten, Gebieten, Distrikten und Dörfern: ein gigantisches Pfründensystem. (...)

Das System erfaßt das ganze Land, und selbst in den Provinzhauptstädten gibt es – natürlich in kleinerem, bescheidenem Maßstab – ein Netz von „geschlossenen Läden“ und anderen Einrichtungen, die der einheimischen Eliteschicht vorbehalten sind. Nomenklatura funktioniert wie eine Bruderschaft, die sich quasi durch Inzucht fortpflanzt, wie eine Adelskaste, in die nur möglichst selten ein Neuling aufgenommen wird. Gewöhnliche Parteimitglieder sind von den Genüssen der Privilegierten ausgeschlossen. Nur wer zu den maßgebenden Leuten der Partei oder den Funktionären des Parteiapparats – den apparatschiki – gehört, hat Zutritt zum Paradies des Kommunismus.

Hedrick Smith: Die Russen. Bern/München: Scherz Verlag 1976, S. 48 f.

Auf dem Lande

Wer dem narod einmal aufs Land folgt, der wird überrascht sein, wie schnell sich die moderne Welt verflüchtigen kann. Direkt vor den Toren Moskaus beginnt schon das Land. Zu meinem Erstaunen mußte ich feststellen, daß keine 20 Kilometer vom Kreml entfernt, in der Nähe des Dorfes Klein-Mytischtschi, das Großstadtleben mit all seinen modernen Errungenschaften und Annehmlichkeiten einfach aufhört. Anstelle der neuen Wohnblöcke stehen hier isbas, plumpe, niedrige Bauernholzhäuser. Nebenstraßen sind plötzlich nicht mehr gepflastert oder asphaltiert und haben sich in schmutzige Wege verwandelt, und oft sind es dann nichts weiter als zwei Wagenspuren oder Fußpfade, die sich zwischen Gartenzäunen verlieren. Dank Lenins Glauben an die Elektrizität sind die meisten Bauernhäuser mit Strom versorgt – und haben Fernsehen. Aber Kanalisation und Wasserversorgung sind noch immer ein unerreichter Luxus. In jedem Gemüsegarten steht in einer Ecke das Häuschen mit dem Abtritt. Am Straßenrand gibt es alle paar hundert Meter eine Handpumpe oder einen Ziehbrunnen. An milden Sommertagen ebenso wie im bittersten Winter habe ich das Landvolk dabei beobachtet, wie es Wasser schöpfte und dann in zwei sorgfältig durch ein hölzernes Schulterjoch ausbalancierten Eimern nach Hause schleppte. Unmittelbar neben den Hauptverkehrsstraßen habe ich Bäuerinnen gesehen, wie sie ihre Wäsche im frischen kalten Wasser eines Fließbaches wuschen, während über die Baumwipfel die Zwiebeltürme einer Kirche lugten (...)

Den Menschen auf dem Land geht es in allen Bereichen schlechter: Einkommen, Schulen, Gesellschaftsleben, Fürsorge, Gesundheitswesen, Verbrauchsgüter, Freizeitmöglichkeiten, Transportwesen und Verkehr – alles liegt erheblich unter Stadtniveau. Millionen leben auf oder unter dem Existenzminimum. Artikel und Glossen in der sowjetischen Presse deuten darauf hin, daß es in Rußland auf dem Land die gleiche demoralisierende Kombination von Lebensbedingungen gibt, wie man sie in besonders armen Landstrichen in Amerika vorgefunden hat: gesellschaftliches Außenseitertum, schlechte Schulen, physische Isolation, schlechte Arbeitsbedingungen, niedrige Löhne, schlechte Moral, wenig Freizeit und chronischen Alkoholismus. Aufgrund dieser Bedingungen ist die Armut auf dem Land in Rußland ein so bedrückendes Problem (das seit Generationen besteht), weil die begabtesten und dynamischsten jungen Leute in die Städte abwandern und die Bauernhöfe den weniger Begabten und den Älteren überlassen.

Hedrick Smith: Die Russen. Bern/München: Scherz Verlag 1976, S. 264 f. und 271.

Frischfleisch für Gesundheit

Wesentlich durchsichtiger, weil breiter gestreut, ist das sogenannte „Blat“-System. „Blat“ kommt aus dem Vulgärjargon und ist im Sowjetalltag zu einem Schlüsselwort geworden. „Po blatu“ heißt so viel wie etwa „durch die Hintertür“ erreichen, sei das nun mittels Beziehungen oder durch materielle Schmierhilfe.

Ein Patient, der nicht einfach in seiner Bezirksklinik stundenlang anstehen will, um dort wörmöglich von einem überlasteten, zufälligen Dienstarzt im Schnellverfahren abgespeist zu werden, muß die „Blat“-Mechanismen spielen lassen. Auf diesem die bürokratischen Regeln diskret überschreitenden Weg lassen sich mancherlei persönliche Vergünstigungen arrangieren: von der Spezialaudienz bei einem renommierten Facharzt bis zur Einweisung in ein Qualitätskrankenhaus. Das kann mitunter allein dank freundschaftlichen Verbindungen funktionieren, in der Regel aber braucht es dazu doch gewisse materielle Stimuli. Ein Moskauer Bekannter beispielsweise, der seine Frau von einem Vertrauensarzt entbinden lassen wollte, ließ sich dieses Privileg 150 Rubel (was einem durchschnittlichen Monatslohn entspricht) kosten, für schwierigere Operationen bei ausgewählten Spezialisten werden bis zu 500 Rubel bezahlt. Sehr häufig sind solche individuellen Arrangements mit Naturalientransfers verbunden. Ein inzwischen emigrierter Sowjetarzt berichtete, er sei in Riga von einem staatlichen Fleischverkäufer, als Gegenleistung für medizinische Betreuung seiner Frau, stets kostenlos mit frischem Fleisch beliefert worden.

Auch bei der Medikamentenversorgung spielt das „Blat“-System eine gewichtige Rolle. Medikamente sind übrigens nur bei der Spitalbehandlung gratis, in den Apotheken muß bezahlt werden. Während die Versorgung mit den gängigsten Basispräparaten (Aspirin, einfache Antibiotika) wenigstens in Moskau einigermaßen zu funktionieren scheint, herrscht an moderneren und komplexeren Pharmaka ein intensives Defizit.

Wesentlich bedingt durch die armselige Entlohnung des Sanitätspersonals (eine Krankenschwester verdient nur zwischen 70 und 90 Rubel) grassiert die Schmierpraxis auf der Ebene der gewöhnlichen Krankenversorgung. Die Regierungszeitung „Iswestija“ veröffentlichte vor einigen Monaten den zweifellos charakteristischen Leserbrief eines Mannes aus Odessa, der sich darüber beklagte, daß er im Krankenhaus buchstäblich für jede Handreichung (inklusive Übergabe des Thermometers) dem Pflegepersonal einen Rubelschein hinblättern mußte.

Reinhard und Kathrin Meier: Sowjetrealität der siebziger Jahre. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 1980, S. 73 f.

Reinhard Meier war von 1974 bis 1979 Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ in Moskau.

Die Ausrichtung der Politik der kollektiven Führung auf die nächstliegenden Erfordernisse und ihre erklärte Fundierung auf wissenschaftlichen Erkenntnissen ließen erahnen, daß die neue Regierung die visionären Zielsetzungen des Parteiprogramms von 1961, insbesondere die zeitlichen Vorgaben, als nicht realistisch erachtete. Von der Vorstellung, daß die Sowjetbürger 1980 im Kommunismus leben würden, wie das Programm versprochen hatte, wurde stillschweigend abgerückt – wenn man auch erst nach Ablauf dieser Frist, nämlich 1981, die Schaffung eines neuen Parteiprogramms in Angriff nahm.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Konkurrenz mit den „kapitalistischen“ Industrienationen blieb – trotz des Abrückens von den Zielen des Parteiprogramms – prägend für die Politik der neuen Regierung. Schon zur Sicherung der eigenen Machtposition mußte es der KPdSU darum gehen, im Wettbewerb der Systeme nicht weiter hinter den westlichen Standard zurückzufallen. Wenn das erstrebte „Überholen“ in Lebensstandard und Pro-Kopf-Produktion auch in weiter Ferne lag, galt es zumindest, mit der wirtschaftlichen Entwicklung im Westen Schritt zu halten. Hauptprobleme der Nachfolger Chruschtschows blieben dabei der technologische Rückstand und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Während das Führungskollektiv im Kreml auf technologischem Gebiet auch auf die Kooperation mit den westlichen Industriestaaten setzte, hoffte sie die Produktivität auf zwei Wegen erhöhen zu können: zum einen durch die Förderung der Leistungsbereitschaft der Bevölkerung, zum anderen durch eine effizientere Wirtschaftsverwaltung.

Die Baikal-Amur-Magistrale, eine Parallelstrecke der Transsibirischen Eisenbahn, wurde im Oktober 1984 fertig gestellt. 1979 war die Teilstrecke am Baikalsee der 3000 km langen Trasse noch im Bau.



Kossygin

Fachmann auf diesem Gebiet war der neue Ministerpräsident Kossygin, der seinen Aufstieg in der Wirtschaftsverwaltung und dem Staatsapparat gemacht hatte. Schon 1939 wurde er Mitglied des ZK, seit 1940 gehörte er dem Ministerrat der UdSSR an, von 1943 bis 1946 als Ministerpräsident der RSFSR, von 1953 bis 1956 und ab 1960 als Stellvertreter Ministerpräsident der UdSSR. Als Vorsitzender der staatlichen Plankommission (Gosplan) 1959/60 verfügte er über Erfahrung in der Staatlichen Planung. In Erkenntnis der Schwächen einer allzu umfassenden und damit starren Planung befürwortete Kossygin einen Abbau der zentralen Kontrolle sowie eine größere Verselbständigung der Wirtschaftsverwaltung und der Betriebe. Ihnen sollte eine flexiblere Reaktion auf die Erfordernisse des Marktes ermöglicht und Spielraum für Investitionen gegeben werden. Vorgesehen wurde darüber hinaus eine erhöhte und zudem stärker an der Nachfrage orientierte Konsumgüterproduktion, die durch Beschneidungen des Rüstungsetats zu finanzieren und geeignet war, der Bevölkerung einen Anreiz zu größerer Leistungsbereitschaft zu bieten und somit die Arbeitsproduktivität zu fördern.

Anfangserfolge im industriellen Sektor

Der Ministerpräsident konnte sich mit diesen Vorstellungen jedoch nur teilweise durchsetzen. Mit seinen Vorschlägen für eine Kürzung des Rüstungsetats stieß er auf Widerstand beim Militär, das, begünstigt durch das amerikanische Eingreifen in Vietnam, seine Interessen wahren konnte. Auch gelang es Kossygin nicht, eine Verselbständigung des Wirtschaftsapparats herbeizuführen. Zustimmung fand er lediglich für eine Verbesserung und Rationalisierung der Planung sowie die

Verringerung der Planvorgaben, wodurch der Initiative der Unternehmen ein wenig mehr Spielraum verschafft wurde. Hinter dieser äußerst vorsichtigen Reformbereitschaft stand die Sorge der konservativen Kräfte in der Partei, die bei einem weitgehenden Abbau der zentralen Kontrolle über die Wirtschaft Positionsverluste befürchteten. Eine größere Unabhängigkeit der Wirtschaftsverwaltung konnte kaum im Interesse der auf ihren Führungsanspruch bedachten KPdSU und ihres Ersten Sekretärs liegen. Schon auf der ZK-Tagung im September 1965 erklärte Breschnew auch die Wirtschaftsreform zur „Sache der Partei“ und kündigte damit eine verstärkte Tätigkeit der Parteigruppen in den Betrieben an.

Trotz der begrenzten Reformbereitschaft hatten Breschnew und Kossygin im industriellen Bereich durchaus Anfangserfolge aufzuweisen. Der Versuch, die zentrale Planung und Wirtschaftsleitung zu verbessern und Strukturprobleme zu beseitigen, erwies sich zumindest in den Anfängen als wirksam. Insgesamt beschleunigte sich die Wirtschaftsentwicklung, und trotz erneut rückläufiger Tendenz in den siebziger Jahren war ein Aufholen gegenüber dem Hauptrivalen USA zu verzeichnen. Spürbare Erfolge gab es insbesondere in rüstungsnahen Bereichen, auf dem Kernenergiesektor und in der Metallverhüttung. Allerdings ging dies auf Kosten anderer Industriezweige: Da ein Teil der Investitionen in die Erschließung Sibiriens (Rohstoffe, Bau der Baikal-Amur-Magistrale = BAM) und ein Großteil in die Rüstung floß, fehlten auf anderen Sektoren die Mittel für Innovationen. Insbesondere in der Elektronik- und Computerindustrie, die zunehmend an Bedeutung gewann, machte sich ein wachsender Rückstand zum Westen bemerkbar.

Obwohl die Sowjetführung bestrebt war, sich über eine verstärkte Kooperation Zugang zum westlichen technischen Know-how zu verschaffen, blieben ihre Bemühungen um den Anschluß an die „wissenschaftlich-technische Revolution“ in den Anfängen stecken. Einer der Hauptgründe für das Zurückbleiben hinter der Entwicklung der Industrienationen lag darin, daß die mangelhafte Flexibilität des sowjetischen Wirtschaftssystems nicht beseitigt, sondern eher noch verstärkt wurde. Die Überzentralisierung der Wirtschaftsplanung wurde nicht abgebaut, sondern durch Abstriche an den Kompetenzen der Unionsrepubliken noch gefördert. Ebenso wenig konnten die Probleme der Betriebe – begrenzte Flexibilität, Mängel im Zuteilungssystem, durch weite Entfernungen bedingte Schwierigkeiten bei Zulieferungen und Ersatzteilbeschaffung – beseitigt werden.

Intensivierung der Landwirtschaft

Eine ähnliche Entwicklung war auf dem Agrarsektor zu verzeichnen. Dank einer zunächst recht erfolgreichen Agrarpolitik konnte die Versorgungslage der Bevölkerung verbessert werden. Die neue Führung sah den Ausweg aus der mißlichen landwirtschaftlichen Situation nicht in der von Chruschtschow betriebenen, nunmehr als

schädlich erkannten weiteren Ausdehnung der Anbauflächen, sondern in der Intensivierung der Landwirtschaft. Erhöhte Investitionen in den Agrarsektor dienten vor allem einer besseren Versorgung der Kolchosen und Sowchosen mit Maschinen, Traktoren und Düngemitteln. Insgesamt wurden in der Ära Breschnew 300 Milliarden Rubel in die Landwirtschaft investiert. Weitere Maßnahmen bestanden in der Umwandlung der ertragschwächeren Kolchoswirtschaften in Staatsbetriebe sowie in der Förderung von Projekten zur Verbesserung des Bodens, die freilich in den Anfängen steckenblieben. Strukturverbesserungen dieser Art sowie die materiellen Anreize durch Einkommenserhöhungen für die Kolchosbauern führten in den sechziger Jahren zunächst zu einer erheblichen Steigerung der Bruttoproduktion. Dadurch bedingt war auch eine bessere Versorgung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Futtermitteln, so daß auch die Tierproduktion und damit die Fleischerzeugung stiegen. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch blieb aber im Vergleich zu den westlichen Industrienationen weiterhin niedrig.

Privater Sektor

Nach diesen anfänglichen Erfolgen zeigten die Mißernten von 1972, 1975, 1979 und 1982, in deren Folge die Kremlführung erhebliche Getreideeinkäufe im „kapitalistischen“ Ausland (USA und Kanada) tätigen mußte, wie anfällig die sowjetische Landwirtschaft für witterungsbedingte Rückschläge war. Es kam hinzu, daß jährlich ein Fünftel der Getreideernte und ein Drittel der Kartoffelernte durch unsachgemäße Lagerung oder beim Transport verloren gingen. Daher mußte die Einfuhr von Nahrungsmitteln in der Breschnew-Ära enorm gesteigert werden; sie stieg auf das Vierzigfache. 1981 wurden 14,5 Milliarden Dollar dafür ausgegeben, die Hälfte aller Deviseneinnahmen.

Unter diesen Umständen konnte die Sowjetführung nicht umhin, die Nutzung des privaten Hoflandes – eine den konservativen Kräften in der KPdSU aus ideologischen Gründen äußerst fragwürdige und baldmöglichst zu beseitigende Einrichtung – nicht nur nicht einzuschränken, sondern vielmehr zu fördern. Ende der siebziger Jahre stammte gut ein Viertel der Agrarproduktion der UdSSR aus dem Privatsektor, bei Gemüse und Kartoffeln gar 50%. Immerhin half dies, die Schwäche der staatlich gelenkten Landwirtschaft zu überdecken und allzu negative Auswirkungen auch im Industriebereich zu verhindern.

Materielle Anreize

Bei dem Versuch, die Arbeitsproduktivität zu steigern, war die kollektive Führung nur mäßig erfolgreich. Sie folgte zunächst dem Vorschlag Kossygins, dies durch materielle Anreize zu bewirken. Von einer stärkeren Berücksichtigung der Bedürfnisse der Arbeitnehmer versprach man sich nicht zuletzt auch eine stärkere innenpolitische Absicherung der Parteiherrschaft. So bestand in der Parteispitze allgemeines Einverständnis über die Notwendigkeit einer Erhöhung der Konsumgüterproduktion sowie gezielter Maß-

Die private Landwirtschaft

In diesem Land, das den „heroischen Sieg der kollektivierten Landwirtschaft“ verkündete, wurde die Bedeutung der auf den privaten Landparzellen erzielten Erträge seitens der Regierung verschwiegen. 1977 erhöhte Breschnew die Größe dieser privaten Parzellen auf zwei Morgen; lokale Behörden hielten die tatsächliche Größe oft etwas kleiner. 1985 gab es 35 Millionen Privatgrundstücke, durchschnittlich jeweils einen Morgen groß. Dieser Privatbesitz war aus der sowjetischen Landwirtschaft nicht mehr wegzudenken, stellte allerdings einen Schritt zurück zu den kleinen Gärten dar, die Leibeigene zu Zarenzeiten bewirtschafteten durften. Überall gab es diese Kolchosmärkte, von Sibirien bis nach Moldawien.

In Wirklichkeit hätte Breschnew sein Volk nicht ernähren können, wenn er diesen Ansatz zum Privatunternehmertum verboten hätte.

Hedrick Smith: Die neuen Russen, a. a. O., S. 225 f.

Neben den kollektiven und staatlichen Organisationsformen existiert in der Sowjetunion noch die flächenmäßig zwar kleine, leistungsmäßig jedoch recht bedeutungsvolle private Landwirtschaft.

Flächenmäßig nehmen die Hoflandwirtschaften der Kolchosbauern heute (1979) 4,1 Millionen ha ein, die Privatwirtschaften der Arbeiter und Angestellten (zu denen auch die Sowchosarbeiter zählen) 4,0 Millionen ha. Damit werden rund 8 Millionen ha, d. h. 1,5% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, privat bewirtschaftet.

Die private Hoflandwirtschaft, der bedeutungsvollste Zweig des Privatsektors, wurde im Zuge der Kollektivierung eingeführt, um unter den damaligen Existenzbedingungen das Überleben der Kolchosbauern zu sichern. Die produzierten Nahrungsmittel sollten vor allem dem Eigenbedarf der Landbevölkerung dienen. Mit den zunehmenden Einnahmen aus dem kollektiven Bereich wurden die privat produzierten Güter immer mehr zu Überschüssen, die auf dem freien Markt verkauft werden konnten.

Produktion der privaten Hoflandwirtschaften

	1965	1970	1975	1977
Kartoffeln (Mio. t)	55,9	62,9	52,3	49,4
Gemüse (Mio. t)	7,2	8,1	8,0	7,0
Fleisch (Mio. t)	2,5	4,3	4,6	4,3
Milch (Mio. t)	28,3	29,9	28,1	27,5
Eier (Mrd. St.)	19,5	21,6	22,4	21,4
Wolle (1000 t)	71,4	79,6	93,4	79,6

In der Pflanzenproduktion erzeugen die Privatwirtschaften (1980) wertmäßig 19% der Güter der gesamten Landwirtschaft. Der zweite Schwerpunkt der privaten Hoflandwirtschaften liegt im Bereich der Produktion von Kartoffeln (vor allem im Norden des europäischen Teils) sowie von Obst und Gemüse (vor allem im Süden, in Kaukasien und Mittelasien). Auf diesem Gebiet werden rund 50% der Produkte vom Privatsektor erzeugt, und zwar: Kartoffeln 64%, Gemüse 35%, Obst und Beeren 58% (1980).

Norbert Wein: Die Sowjetunion, Schöningh Verlag, Paderborn 1983, S. 109 f.

nahmen im Sozialbereich. Auch der Wohnungsbau sollte weiter gefördert werden. Schon der auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU von 1966 verkündete Fünfjahrplan versprach eine Erhöhung der Konsumgüterproduktion und die Senkung der Lohnsteuer für einige Einkommensgruppen, eine Erhöhung der Mindestlöhne und der Altersrenten

sowie eine günstigere Arbeitszeitregelung. Das Hauptaugenmerk der „kollektiven Führung“ galt zunächst der Lage der sozial Schwächsten.

Die Lage der Kolchosbauern

Die Kolchosbauern benötigten für einen Wohnortwechsel noch immer Inlandpässe

Landwirtschaft am Stadtrand.



(siehe *Informationen zur politischen Bildung*, Nr. 235. Die Sowjetunion 1917–1953, S. 30). Dies bot den Kolchosverwaltungen die Möglichkeit, die Bauern am Verlassen der Kolchosen zu hindern, indem sie ihnen die Aushängung der notwendigen Dokumente verweigerten. Durch die Entscheidung der Führung, daß bis 1981 alle Kolchosbauern Pässe erhalten sollten, wurde hier Abhilfe in Aussicht gestellt. Gleichzeitig sollte einer Landflucht dadurch Einhalt geboten werden, daß die Landbevölkerung bei Einkommenserhöhungen wie auch bei Rentensteigerungen besonders bevorzugt wurde. Indes blieb dies ebenso unzureichend wie andere Maßnahmen im Sozialbereich: Mit der für den Zeitraum 1981 bis 1985 angekündigten Rentenerhöhung für Kolchosbauern von 27,4 auf 40 Rubel pro Monat war noch immer erst die Hälfte des Existenzminimums von seinerzeit 80 Rubeln erreicht. Ebenso lagen die auf 70 Rubel angehobenen Mindestlöhne in anderen Berufssparten sowie Renten von 50 Rubeln weiterhin unterhalb dieser Grenze.

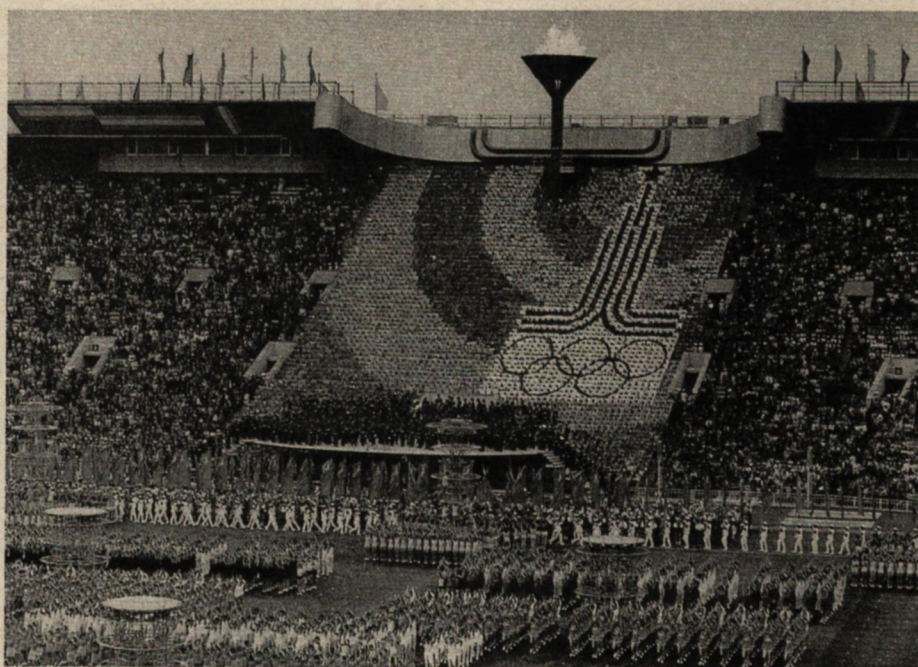
Familienförderung

Erstmals wurde auch eine gezielte Familienförderung in die Wege geleitet: 1974 führte die sowjetische Regierung die Zahlung eines Kindergeldes ein, die allerdings auf Familien mit geringen Einkommen beschränkt blieb und nur bis zum achten Lebensjahr des Kindes erfolgte. Offensichtlich mit Blick auf die im Vergleich zu den mittelasiatischen Republiken ungünstigen Geburtenraten in der russischen Bevölkerung wurde die seit 1970 ab dem dritten Kind gezahlte Geburtenbeihilfe auf alle Geburten ausgedehnt und für das erste bis dritte Kind vergleichsweise hohe Summe von 50 bzw. 100 Rubel in Aussicht gestellt. Erstmals konnten sich sowjetische Frauen auch für ein „Babyjahr“ ihren Familien widmen, wobei die Teilfortzahlung des Lohns mit 35 Rubeln aber nur 20% des statistischen Durchschnittslohns ausmachte.

Unbewältigt blieb das für die schwachen Geburtenraten in den Städten mitverantwortliche Wohnraumproblem. Bei unzureichender Planerfüllung konnte der Durchschnittswohnraum pro Person in der Stadt von 11,2 m² (1970) auf 13,2 m² (1980) zwar erhöht werden; in der Praxis lebten die Stadtbewohner jedoch erheblich beengter. Eine Zulassung zum Verteilungsverfahren für neue Wohnungen erfolgte erst, wenn der Raum pro Person auf unter 5 m² gesunken war. Immerhin erhielt das Recht auf Wohnraum – mit anderen der sozialen Errungenschaften wie der Festsetzung eines Mindestlohns und einer Höchstarbeitszeit – 1977 Verfassungsrang.

Zunehmende Stagnation

Trotz der Beschränkung der Maßnahmen im Sozialbereich auf ein Minimum stieg der Lebensstandard der sowjetischen Bevölkerung spürbar an. Die Versorgung mit qualitativ zufriedenstellenden Konsumgütern bzw. Luxusartikeln und Dienstleistungen blieb jedoch unzureichend. Als „unentbehrliches Schmiermittel des schwerfälligen Planmechanismus“ erwiesen sich vor diesem Hintergrund die Schwarzmärkte und die – trotz



Eröffnung der Olympischen Spiele 1980 in Moskau. Als Protest gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan entsandten die wichtigsten westlichen Länder keine Sportler nach Moskau.

harter Strafandrohung weit verbreitete – Schattenwirtschaft, die aus den überschüssigen Geldmengen der Privathaushalte finanziert wurden. Die sowjetische Regierung konnte dieser Entwicklung ebenso wenig Herr werden wie der Ausbreitung von Alkoholismus und „Bummelantentum“, die zwangsläufig negative Folgen für die Produktivität hatten.

Die allgemeine „Wertschätzung der sozialen Geborgenheit, die eine totale Verwaltung aller materiellen Verhältnisse selbst auf Kosten bürgerlicher und ökonomischer Freiheiten zu bieten vermag“, erwies sich damit für die politische Führung als zweischneidiges Schwert. Das allgemeine Gefühl sozialer Sicherheit kam ihr zugute. Interesselosigkeit und sinkende Arbeitsmoral, von der letztlich auch die nunmehr gesicherte Parteibürokratie erfaßt wurde, führten aber am Ende der Ära Breschnew zu wachsender Stagnation im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Die Verantwortlichen an der Spitze verloren zunehmend den Kontakt zur Basis und beschränkten sich auf eine Politik des „Durchwurstelns“, mit der weder der ursprünglich angestrebte Anschluß an die „zweite industrielle Revolution“ noch ein auch nur begrenzter Aufschwung zu erreichen waren.

Bildungspolitik

Eine herausragende Bedeutung für die Entwicklung der UdSSR zur modernen Industriegesellschaft kam der Heranbildung geeigneter Fachkräfte zu. Besondere Aufmerksamkeit widmete die sowjetische Regierung daher der Schul- und Hochschulbildung. Chruschtschows Schulreform von 1958, durch die der Wirtschaft gut ausgebil-

dete Arbeitskräfte hatten zugeführt werden sollen, zeigte unerwünschte Nebeneffekte. Bedingt durch die obligatorische Berufsausbildung in den zehn- bzw. elfjährigen Mittelschulen hatte sich ein deutliches Absinken der wissenschaftlichen Qualifikation bei den Hochschulzugängern bemerkbar gemacht.

Leistungssteigerung

Die sowjetische Regierung kehrte daher stärker zum allgemeinbildenden Charakter der Mittelschulen zurück. Der Abbau der Berufsausbildung bedeutete freilich kein Abrücken von der Konzeption der polytechnischen Bildung als solcher. Die letzten Schuljahre sollten weiterhin einer intensiven Berufsvorbereitung dienen und den Bedürfnissen der Wirtschaft auf diese Weise Rechnung getragen werden. So bestimmte etwa eine Verordnung von 1977, daß Absolventen der Mittelschule „einen bestimmten Beruf nahezu beherrschen“ sollten.

Das Ziel einer Qualitäts- und Leistungssteigerung der aus der Schule entlassenen Kader hofften die Bildungsplaner auf verschiedenen Wegen zu erreichen, wie sie in dem auf dem XXIV. Parteitag verabschiedeten Fünfjahrplan und im Grundlagengesetz von 1973 formuliert waren:

- durch Verwirklichung der vollständigen mittleren Bildung im Umfang von 10 Jahren für alle (bei Aufrechterhaltung der achtjährigen Schulpflicht),
- durch qualitative Verbesserung der Berufsausbildung und
- durch Weiterbildung der Kader.

Verschiedene Verordnungen zielten daneben auf eine frühzeitige Förderung von Sonderbegabungen, wie etwa eine Bestimmung über die Erweiterung des Angebotes an fakultativen Unterricht, eine Anordnung über den

Ausbau von Spezialschulen sowie eine stärkere Differenzierung der allgemeinbildenden Schulen.

Erziehung zum Sowjetmenschen

Neben der Förderung eines hochqualifizierten Nachwuchses kam der Bildungspolitik eine zentrale Funktion bei den Bemühungen der Parteiführung um die „Erziehung der sowjetischen Menschen“ zu. Der Sowjetmensch neuer Prägung, so die ideale Vorstellung, würde aufgrund seiner „neuen, kommunistischen Einstellung zur Arbeit“ nicht von materiellen Anreizen geleitet, sondern aus dem höheren Bewußtsein des Partei- und Staatsinteresses heraus handeln. Die Erziehung zu einer betont staatsbürgerlichen, „sowjetpatriotischen“ Gesinnung, wie sie von der Führungsmannschaft um Breschnew von Beginn an propagiert wurde, sollte die schädlichen Auswirkungen des kulturpolitischen „Tauwetters“ eindämmen und ideologische Einflüsse aus dem Westen von der sowjetischen Jugend fernhalten.

Das Mittelschulstatut von 1970 brachte daher sowohl fachliche als auch ideologische Erfordernisse der Erziehungsarbeit zum Ausdruck. Als Hauptaufgaben der allgemeinbildenden Mittelschulen waren formuliert:

„den Schülern eine allgemeine mittlere Bildung zu vermitteln, die den gegenwärtigen Erfordernissen des gesellschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts entspricht;

(...) in der jungen Generation die marxistisch-leninistische Weltanschauung zu formen und die Schüler zu einem tiefempfundenen sowjetischen Patriotismus zu erziehen – zur Liebe zur Heimat, zum eigenen Volk, zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion sowie zur Bereitschaft, das sozialistische Vaterland zu verteidigen;

(...) Die Schule verbindet die Unterrichts- und Erziehungsarbeit mit der Praxis des kommunistischen Aufbaus und verwirklicht die sittliche Erziehung der Schüler im Geiste der Forderungen des Moralkodex eines Erbauers des Kommunismus.“

Wehrerziehung

Neben der fachlichen Bildung und der Arbeitserziehung hob das Statut die Bedeutung der Wehrerziehung hervor, die bereits nach dem Wehrpflichtgesetz von 1967 Bestandteil der Schulbildung geworden war. In ihrem Rahmen nahm auch der Sport eine herausragende Stellung ein. Er sollte nicht nur die „allseitige harmonische Entwicklung“ und die „ästhetische und körperliche Erziehung“ der neuen Generation von Sowjetmenschen sicherstellen, sondern eine grundsätzliche positive Auswirkung auf Arbeits- und Verteidigungsbereitschaft haben. Jährlich wurden Millionen Jugendliche unter dem Motto „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung“ auf den Erwerb des Sportabzeichens vorbereitet. 18,5 Millionen Menschen beteiligten sich an der „Produktionsgymnastik“ am Arbeitsplatz.

Die Formung des neuen Menschen

Das Zentrum der gesamten Erziehungsarbeit der Partei bildet die Formung der kommunistischen Weltanschauung der breitesten Werktätigenmassen, ihre Erziehung in den Ideen des Marxismus-Leninismus.

Aber auch die fortschrittlichste Ideologie wird nur dann zu einer realen Kraft, wenn sie, von den Massen erfaßt, diese zu aktiven Taten erweckt und die Normen ihres täglichen Lebens bestimmt. An einer der ersten Stellen in der ideologischen Arbeit, die von der Partei durchgeführt wird, steht die Erziehung der sowjetischen Menschen zu einem neuen, kommunistischen Verhältnis zur Arbeit. Dies ist eine gewaltige Aufgabe (...) In den letzten Jahren wurde bei uns bedeutende Arbeit zur Erziehung der Sowjetmenschen zum Gefühl des Stolzes auf ihre Heimat, auf ihr Volk, auf große Taten, zum Gefühl der Achtung gegenüber den würdigen Kapiteln der Vergangenheit des Landes geleistet. Große Bedeutung hat die Vorbereitung der Jugend auf die Verteidigung der Heimat, die vom Komsomol, der Freiwilligen Gesellschaft zur Förderung der Armee, der Luftwaffe und der Flotte sowie von anderen Organisationen und Sportgesellschaften durchgeführt wird. (...)

Das neue Antlitz des sowjetischen Menschen, seine kommunistische Moral und Weltanschauung bilden sich heraus und festigen sich in einem ständigen, kompromißlosen Kampf gegen die Überreste des Alten. Es kann keinen Sieg der kommunistischen Moral ohne entschiedenen Kampf gegen solche ihrer Antipoden, wie Habgier, Korruption, Müßiggang, Verleumdung, anonyme Anzeigen, Trunkenheit und ähnliches geben. Der Kampf gegen das, was wir die Überbleibsel der Vergangenheit im Bewußtsein und in den Taten der Menschen nennen, ist eine Angelegenheit, welche die ständige Aufmerksamkeit der Partei und aller bewußten, fortschrittlichen Kräfte unserer Gesellschaft verlangt (...)

In den Direktiven des XXIII. Kongresses der KPdSU wurde die Aufgabe gestellt: bis zum Ende des Jahres 1970 ist die Einführung der allgemeinen mittleren Bildung der Jugend im wesentlichen abzuschließen.

Referat von L. Breschnew vom 30. März 1971, entnommen aus: Oskar Anweiler u. a. (Hrsg.): Die sowjetische Bildungspolitik von 1958 bis 1978. Dokumente und Texte, Berlin 1976, S. 248.

Sportförderung

Dem Sport wurde von staatlicher Seite eine erhebliche Förderung nicht nur im Zusammenhang mit der Wehrerziehung zuteil. Die internationalen sportlichen Erfolge der UdSSR unterstrichen auch deren Rolle als Weltmacht und trugen auf diese Weise zur Förderung des Sowjetpatriotismus bei. Die Hoffnung der Kremlführung, dem Prestige des Sowjetsports mit der Durchführung der Olympischen Spiele in Moskau 1980 weiteren Auftrieb zu geben, wurde freilich durch die Intervention in Afghanistan und den darauf folgenden Olympia-Boykott einer Reihe westlicher Staaten zunichte gemacht.

Nicht zu unterschätzen war der völkerverbindende Effekt des Sports: Grundsätzlich standen in diesem Bereich sowjetischen Bürgern aller Nationalitäten Möglichkeiten zum Aufstieg und zum Erwerb der mit sportlichen Erfolgen verbundenen Privilegien offen.

Dissidentenbewegung

Die Bestrebungen der KPdSU nach allseitiger Kontrolle machten auch vor dem kulturpolitischen Bereich nicht halt. Zunächst hatten sich die neuen Machthaber zu den Beschlüssen des XX. und XXII. Parteitags bekannt und damit eine Fortsetzung der Entstalinisierungspolitik signalisiert. Auch die Entlassung politischer Häftlinge wie der Lebensgefährtin des Dichters Boris Pasternak, Olga Iwinskaja, und der Sturz des Biologen Trofim Lyssenko, der mit seiner Theorie von der Vererbung erworbener Eigenschaften Vorreiter einer ideologiesteuernden Wissenschaft gewesen war, wurden als Zei-

chen gewertet, daß die seit Stalins Tod gewonnenen Freiräume in Kultur und Wissenschaft gewahrt bleiben würden.

Verschärfung des Kurses

Ein Rückschritt kündigte sich erstmals im Frühjahr 1965 an, als im Zusammenhang mit den Feiern zum 20. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs von Breschnew die Bedeutung Stalins als militärischer Führer ausdrücklich positiv gewürdigt wurde. Weitgehende Umbesetzungen im Propagandaapparat der Partei bereiteten eine Verschärfung des Kurses vor, die sich ab September 1965 mit Verhaftungen von Intellektuellen bemerkbar zu machen begann und mit dem Prozeß gegen die Schriftsteller Andrej Sinjawskij und Julij Daniel im Februar 1966 ihren ersten Höhepunkt fand. Die Parteilinie sollte auch auf kulturellem Sektor wieder richtungsweisend werden, was durch die im September 1966 verfügte Verschärfung der Strafmaßnahmen bei Verunglimpfung von Staat und Partei in Wort und Schrift nur allzu deutlich gemacht wurde.

Ausweitung der oppositionellen Bewegung

Wenn auch Chruschtschows Entstalinisierung den Künstlern durchaus keine uneingeschränkten Freiheiten gebracht hatte, war die kritische Intelligenz doch nicht bereit, einmal erworbene Freiräume widerstandslos wieder aufzugeben. Der Versuch der politischen Führung, das Rad zurückzudrehen und nicht nur die Aufarbeitung der Stalin-Zeit zu unterbinden, sondern auch mit repressiven Maßnahmen gegen abweichende Stimmen vorzugehen, förderte vielmehr die Opposition. Sie verstand sich in weiten Teilen zu-

Dissidenten

Pressekampagne gegen Solschenizyn

Solschenizyns Erklärungen haben die gleiche Tonart wie sein Gekritzel, die Tonart pathologischen Hasses gegen das Land der Sowjets und sein Volk. In dem Bestreben, die sowjetische Lebensart zu beschmutzen und in einer groben Verzerrung der sowjetischen Realität behauptet Solschenizyn sogar, daß es in der UdSSR „Leibeigenschaft“ gibt, er redet über „Unterdrückung“ des sowjetischen Volkes, zieht die sowjetische Jugend in den Dreck und wirft ihr „mangelnden Mut“ und „innere Sklaverei“ vor und so fort. Gleich nachdem er einen Berg solcher üblen Lügen aufgehäuft hat, behauptet Solschenizyn heuchlerisch, daß die sowjetische Presse den Inhalt seiner Werke einschließlich des „Archipel GULag“ verzerrt, da er natürlich nicht im geringsten das sowjetische Volk beschmutzen will. Solschenizyn haßt jedoch nicht nur die Sowjetunion, er verhehlt auch nicht seinen Haß gegen den Sozialismus im allgemeinen. Er bedauert die völlige Niederlage der Konterrevolution in der Tschechoslowakei 1968, bewundert westliche Rundfunkanstalten, die sich auf antikommunistische Sendungen spezialisieren, und schmeichelt sich bei jenen reaktionären Kreisen des Westens ein, die ihm, wie er es ausdrückt, „unschätzbare Hilfe“ leisten. Solschenizyns jüngste Aussagen sind ein weiterer Beweis dafür, in welche Tiefen moralischer Verkommenheit dieser Antisowjetist gesunken ist.

TASS, 22. Januar 1974.

Urteil gegen Wladimir Bukowskij 1972

Das Gericht hat aufmerksam die Materialien in der Sache des Angeklagten Bukowskij Wladimir Konstantinowitsch, geboren 1942, russischer Nationalität, wohnhaft in Moskau, Furmanow Straße 3/5, Wohnung 59, geprüft. Im Verlauf der Gerichtsverhandlung hat das Gericht Zeugen und den Angeklagten selbst befragt und festgestellt, daß W. K. Bukowskij im folgenden schuldig ist:

Im Verlauf der Jahre 1970/71 hat sich W. K. Bukowskij mit der systematischen Verbreitung von antisowjetischen Schriften verleumderischen Inhalts befaßt, worin die sowjetische staatliche und gesellschaftliche Ordnung geschmäht wird; er übergab ausländischen Korrespondenten verleumderische Informationen (...)

W. K. Bukowskij wird für schuldig befunden, bei mehrfachen Begegnungen mit dem Bürger W. A. Schuschpanow, einem ehemaligen Mitarbeiter der Abteilung für Auswärtige Beziehungen des Moskauer Patriarchats, diesem gegenüber antisowjetische Agitation und Propaganda betrieben zu haben, indem er behauptete, daß in der Sowjetunion gesunde Menschen in psychiatrische Kliniken eingeliefert würden, wo man sie einer unmenschlichen Behandlung unterziehe, indem er behauptete, daß es in der Sowjetunion die Freiheit der Person, die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit nicht gebe, indem er auch mit ihm (Schuschpanow) Gespräche führte mit dem Ziel, Schuschpanow dazu zu verleiten, eine Dienstreise ins Ausland dazu zu benutzen, aus dem Ausland

einen Verfielfältigungsapparat zur Einrichtung einer Untergrunddruckerei und Vervielfältigung antisowjetischer Materialien des Samisdat illegal einzuführen (...)

Überdies hat das Gericht in Betracht gezogen, daß sich W. K. Bukowskij während der Untersuchung herausfordernd benommen hat, indem er der Untersuchung seine Mitarbeit verweigert und sich weder während der Untersuchung noch vor Gericht schuldig bekannt hat.

Im Namen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik wird Bukowskij Wladimir Konstantinowitsch, Jahrgang 1942, verurteilt: zum Freiheitsentzug für die Dauer von sieben Jahren Besserungsarbeitslager, wobei die beiden ersten Jahre im Gefängnis zu verbüßen sind, mit anschließender Verbannung für die Dauer von fünf Jahren. Das Gericht verurteilt Bukowskij außerdem, die Gerichtskosten in Höhe von 100 Rubeln zu tragen.

Wladimir Bukowskij: *Der unbequeme Zeuge.* Seewald Verlag, Stuttgart 1972, S. 24 f. und 126 ff.

Alexander Solschenizyn: „Lebt nicht von Lügen!“

Es hat eine Zeit gegeben, da wagten wir nicht zu flüstern. Jetzt schreiben wir, wir lesen Samisdat (Abkürzung für „Selbstverlag“) und manchmal, wenn wir uns im Rauchzimmer des Wissenschaftlichen Instituts versammeln, beklagen wir uns auch ganz offen im Gespräch. Was spielen sie uns eigentlich für Streiche, in welche Richtung zerren sie uns? Wohlfeiles Prahlern mit Leistungen im Kosmos, während es bei uns zu Hause Armut und Zerstörung gibt. Unzivilisierte Regime in weiter Ferne unterstützen sie. Sie schüren Bürgerkriege. Skrupellos haben sie Mao Tsetung gehegt und gepflegt (auf unsere Kosten) – und sie werden uns auch in den Krieg gegen ihn schicken, und wir werden gehen müssen. Gibt es denn keinen Ausweg? Und jeden, den sie wollen, stellen sie vor Gericht, und sie stecken vernünftige Leute in die Irrenanstalt – immer sie, und wir sind machtlos. Noch tiefer zu sinken ist fast nicht möglich. Ein alles umfassender geistiger Tod hat uns alle schon angerührt und der körperliche Tod wird bald wie eine riesige Flamme aufflackern und uns und unsere Kinder verschlingen – wir aber lächeln feige vor uns hin und murmeln mit gelähmter Zunge.

Was aber können wir tun, um all dem Einhalt zu gebieten? Wir haben die Kraft nicht. Wir sind so hoffnungslos enthumanisiert, daß wir bereit sein, für unser karges tägliches Brot alle Prinzipien, unsere Seele, alle Mühen und Kämpfe unserer Vorgänger und alle Chancen für unsere Nachkommen aufzugeben – nur unsere zerbrechliche Existenz möge man nicht anrühren. Es fehlen uns Rückgrat, Stolz und Begeisterung. Nicht einmal den allgemeinen Atomtod fürchten wir, und wir fürchten keinen dritten Weltkrieg – wir haben uns ja schon in die Höhlen und Ritzen geflüchtet. Wir fürchten nur eins. Wir fürchten Zivilcourage. Wir fürchten nur, hinter der Herde zurückzubleiben und allein einen Schritt zu tun

– und plötzlich stehen wir dann da, ohne Weißbrot, ohne Gasheizung und ohne Wohnberechtigung in Moskau ... Alles können wir dagegen tun! Aber zu unserer Beruhigung belügen wir uns selbst. Und nicht sie sind an allem schuld – wir selbst, nur wir!

Wir sind nicht reif genug, um auf die Plätze zu marschieren und die Wahrheit laut hinauszuschreien oder laut zu sagen, was wir denken. Es ist nicht nötig. Es ist gefährlich. Aber wir wollen uns weigern zu sagen, was wir nicht denken! Das ist unser Weg, der müheloseste, der zugänglichste, der Rücksicht auf unsere angeborene Feigheit nimmt, die schon so fest verwurzelt ist. Und es ist viel leichter (es ist schon gefährlich, das auch nur zu sagen) als jene Art von bürgerlichem Ungehorsam, die Gandhi propagiert hat. Unser Weg ist es, nicht bewußt Lügen über irgend etwas zu unterstützen. Und wenn wir einmal erkennen, wo die Grenze zur Falschheit beginnt – und jeder sieht das auf seine Weise –, dann ist es der richtige Weg für uns, von dieser Grenze des Wundbrandes hinwegzugehen. Klebten wir nicht das morsche Gebein und die Schuppen der Ideologie zusammen, nähten wir nicht verfaulende Lumpen zusammen, wir würden staunen, wie schnell die Lügen hilflos werden und in sich zusammensinken. Das was nackt sein sollte, wird dann wirklich nackt dastehen vor den Augen der ganzen Welt. So laßt uns denn in unserer Furchtsamkeit unsere eigene Wahl treffen: wollen wir bewußt ein Sklave der Falschheit bleiben (natürlich nicht aus eigener Neigung, sondern um unsere Familie zu ernähren, erziehen wir unsere Kinder im Geiste der Lüge), oder wollen wir die Lügen abschütteln und ehrliche Menschen werden, die des Respekts ihrer Kinder und Zeitgenossen würdig sind?

Und der, der nicht genug Mut hat, um auch nur seine Seele zu verteidigen – möge nicht stolz sein auf seine „fortschrittlichen“ Ansichten, möge sich nicht rühmen, ein Mitglied der Akademie zu sein oder ein Künstler des Volkes, eine verdiente Persönlichkeit oder ein General. Er möge zu sich selber sagen: ich bin in der Herde und ich bin ein Feigling: mir ist alles gleichgültig, solange ich nur zu essen habe, solange ich nur ein warmes Zimmer habe. Aber selbst dieser Weg, welcher der bescheidenste aller Wege des Widerstandes ist, wird für uns kein leichter Weg sein. Doch er ist viel leichter als Selbstverbrennung oder ein Hungerstreik. Die Flammen werden deinen Leib nicht umhüllen, deine Augäpfel werden in der Hitze nicht platzen, und du wirst für dich und deine Familie immer Schwarzbrot und klares Wasser haben. Ein großes Volk in Europa, die Tschechoslowaken, die wir betrogen und verraten haben – haben die uns nicht gezeigt, wie eine verwundbare Brust sich sogar Panzern entgegenstellen kann, wenn nur ein würdiges Herz in ihr schlägt?

Essay über die moralische Erneuerung Rußlands 12. Februar 1974, in: Wolfgang Lautemann/Manfred Schlenke: *Geschichte in Quellen. Die Welt seit 1945*, Bayerischer Schulbuch Verlag, München 1980, S. 516 ff.

nächst durchaus nicht als Opposition in dem Sinne, daß sie das bestehende System in Frage gestellt hätte; aus der Sicht der Herrschenden aber war jede Abweichung von der durch die KPdSU vorgegebenen Linie illegal. Viele der zumeist Intellektuellen verloren indessen ihr Vertrauen in die Partei als führende Kraft auf dem Weg zum Sozialismus bzw. ihren Glauben an den Sozialismus als ideale Gesellschaftsform überhaupt erst durch die repressiven Maßnahmen, mit denen ihrer Tätigkeit von staatlicher Seite begegnet wurde.

Die „Dissidentenbewegung“ – der Begriff bezeichnet politisch Andersdenkende verschiedenster Ausrichtung – nahm ihren Anfang bei Intellektuellen, die sich offen für größere Freiheit der Kunst bzw. der Wissenschaft einsetzten. So forderte Alexander Soltschenizyn in einem offenen Brief an den IV. Schriftstellerkongreß im Mai 1967 die Aufhebung der Zensur und die Umwandlung des im Dienst von Partei und Staat stehenden Verbandes in eine unabhängige Organisation. Historiker setzten sich – dem von der KPdSU propagierten Geschichtsbild zum Trotz – kritisch mit den Fehlern der sowjetischen militärischen Führung und insbesondere Stalins zu Beginn des „Großen Vaterländischen Krieges“ auseinander.

Proteste gegen die Verhaftungen und harten Urteile gegen nonkonforme Literaten wurden zunächst von Schriftstellern getragen, zogen dann aber immer weitere Kreise: Zunehmend schlossen sich auch Vertreter der technischen Intelligenz und der Naturwissenschaften an.

Unter dem Eindruck der Ereignisse des Sechs-Tage-Krieges in Israel 1967, der eine zuweilen stark antisemitisch geprägte Kampagne gegen Israel nach sich zog, und vor allem nach der Intervention im „Prager Frühling“ 1968 entfaltete sich dann eine politische Opposition, die Herrschaftsanspruch wie Herrschaftspraxis der Partei in Frage stellte. Sie blieb in Gruppierungen unterschiedlichster Ausrichtung zergliedert, im wesentlichen auf die Intelligenz beschränkt und damit ohne größere Breitenwirkung, war aber dennoch unüberhörbar.

Samisdat

Unter großem persönlichen Risiko – Verlust des Arbeitsplatzes, Haft, Zwangsarbeit, Ausweisung aus der Sowjetunion bzw. Zwangseinweisung in psychiatrische Anstalten – forderten die politisch Andersdenkenden, unter denen sich Mitglieder der KPdSU und des Komsomol befanden, aber auch Gläubige und Angehörige der unterdrückten (Juden, Krimtataren) und gegen die Russifizierung kämpfenden Nationalitäten (Ukrainer, Balten, Georgier) ihre Rechte ein. Dies geschah teilweise in offenen Briefen, hauptsächlich aber durch den „Samisdat“ (Abkürzung für „Selbstverlag“), im Untergrund hergestelltes und von Hand zu Hand verbreitetes Schrifttum, das zu einem Großteil auch in den Westen gelangte.

Samisdat bildete das Informationsmedium nicht nur über Ereignisse in der UdSSR, wie politische Prozesse, die Zustände in „Besserungsarbeitskolonien“ und die Behandlung

ДВИЖЕНИЕ В ЗАЩИТУ ПРАВ ЧЕЛОВЕКА В СОВЕТСКОМ СОЮЗЕ ПРОДОЛЖАЕТСЯ

ХРОНИКА ТЕКУЩИХ СОБЫТИЙ

Каждый человек имеет право на свободу убеждений и на свободное выражение их; это право включает свободу беспрепятственно придерживаться своих убеждений и свободу искать, получать и распространять информацию и идеи любыми средствами и независимо от государственных границ.

Всеобщая Декларация Прав Человека
ст. 19

выпуск № 20

2 июля 1971 г.

СОДЕРЖАНИЕ: Политические процессы /май-июнь 1971 г./ –

- Движение москвичей за возвращение на родину. –
- Внесудебные преследования. – Краткие сообщения. – Новости самиздата. – Некролог. –
- Дополнение.

год выпуска четвертый

Die „Chronik der laufenden Ereignisse“ war die berühmteste aller Untergrundzeitschriften. Herausgegeben von der „Bewegung zur Verteidigung der Menschenrechte in der Sowjetunion“, erschien die erste Ausgabe am 30. April 1968. Hier das Titelblatt der Ausgabe vom 2. Juli 1971.

von Dissidenten in Nervenheilanstalten, sondern diente auch der Verbreitung von Arbeiten westlicher Autoren (wenn auch in geringerem Umfang), von Literatur, die in staatlichen Verlagen nicht gedruckt werden konnte, und es wurde zum Diskussionsforum vor allem reformkommunistischer Ansätze.

Мensen- und Bürgerrechtsbewegung

Die Dissidentenbewegung war in erster Linie eine Menschen- und Bürgerrechtsbewegung. Sie berief sich zunächst auf die 1948 von der UNO verabschiedete „Internationale Charta der Menschenrechte“, aber auch auf die in der Verfassung der UdSSR verankerten Grundrechte und – nach 1975 – auf die KSZE-Schlußakte von Helsinki (1975). Sie setzte sich im eigenen Land und auf internationaler Ebene sowohl für die Personen ein, die aufgrund ihrer Überzeugung Repressalien unterworfen waren, als auch für das Recht der sowjetischen Juden auf Auswanderung und die Rechte der Nationalitäten.

Demokratisierung

Unter den – organisatorisch nicht festgefügt – politischen Richtungen ließen sich drei ausmachen, die einerseits Berührungspunkte aufwiesen, andererseits in sich wiederum in unterschiedliche Gruppierungen zerfielen (teils aufgrund der Zentrierung in verschiedenen Städten, teils aufgrund differierender Zielvorstellungen):

- Reformkommunisten bzw. Sozialisten, deren prominentester Vertreter der Historiker Roy Medwedew (geb. 1925) war;
- Liberale mit dem Atomphysiker und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow (1921–1989) an der Spitze;
- Christlich-Nationale mit Literaturnobelpreisträger Alexander Soltschenizyn (geb. 1918) als hervorragendstem Vertreter.

Medwedew und Sacharow traten 1970 in einem offenen Brief an die Kremelführung noch gemeinsam für eine grundsätzliche Reform von System und Gesellschaft im Sinne einer



Nobelpreisträger Alexander Solschenizyn mit seiner Familie nach der Ausweisung aus der Sowjetunion 1974 auf dem Züricher Flughafen.

Demokratisierung ein, die der „Aufrechterhaltung und Stärkung der sozialistischen Ordnung“, der Festigung der führenden Rolle der KPdSU und schließlich auch der Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation dienen sollte. Der von 1980 bis 1987 nach Gorkij (Nischnij Nowgorod) verbannte Sacharow wandte sich Mitte der siebziger Jahre jedoch von der Vorstellung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ ab und setzte sich für weitgehende Reformen bis hin zu einem Mehrparteiensystem ein. Solschenizyn, 1974 zwangsausgebürgert, lehnte ein solches – an westlichen Mustern orientiertes – System grundsätzlich ab. Nach seiner Überzeugung war es für die im Untertanengeist erzogene sowjetische Bevölkerung ungeeignet. Solschenizyn propagierte daher die Rückkehr zu den nationalen, christlich geprägten russi-

schen Traditionen und den Verzicht auf die Großmachtpolitik.

Ab Mitte der siebziger Jahre traten politische Vorstellungen der Dissidenten in den Hintergrund. Die neugebildeten Helsinki-Gruppen sahen ihre Aufgabe in erster Linie im Einsatz für politische Häftlinge; aktiv blieben auch die Vertreter der Belange der Nationalitäten und Religionen.

Nationalitäten- und Religionspolitik

In der Nationalitätenpolitik setzten sich unter der „kollektiven Führung“ die Tendenzen aus der Chruschtschow-Ära fort. Auf dem XXIV. Parteitag 1971 übernahm

Breschnew die Vorstellung seines Vorgängers vom „Sowjetvolk“ als der „neue(n) historische(n) Gemeinschaft der Menschen verschiedener Nationalitäten mit gemeinsamen Charakterzügen“. Der Begriff des „Sowjetvolkes“ wurde 1977 auch in der Verfassung verankert und definiert als „eine Gesellschaft hoher Organisiertheit, ideologischer Prinzipienfestigkeit und Bewußtheit der Werktätigen, die Patrioten und Internationalisten sind.“

Denjenigen Stimmen, die bereits „eine einheitliche sozialistische Nation“ geschaffen sahen und das – ohnehin nur auf dem Papier bestehende – Recht der Unionsrepubliken auf Austritt aus der Föderation aus der neuen Verfassung zu streichen gedachten, ja sogar die Republiken und autonomen Republiken sowie den Nationalitätensowjet ganz abschaffen wollten, trat der Parteichef freilich entgegen. Noch hielt er es für „einen gefährlichen Weg (...)“, diesen objektiven Prozeß der Annäherung der Nationen künstlich zu forcieren“.

Offene Russifizierungspolitik

Dies konnte kaum darüber hinwegtäuschen, daß die Regierung die angestrebte Annäherung zwischen den Völkern der Sowjetunion durchaus auf administrativem Wege herbeizuführen versuchte. In der neuen Verfassung von 1977 war die Souveränität der Unionsrepubliken nicht mehr erwähnt, während die Bundeskompetenzen deutlich erweitert wurden. Von der verfassungsmäßig garantierten „Gleichheit aller Nationen und Völkerschaften“ konnte ebenfalls nicht die Rede sein. Die Kremlführung betrieb vielmehr eine offene Russifizierungspolitik. Sie äußerte sich deutlich in dem Versuch, das Recht auf den Gebrauch der Nationalsprache aus den Verfassungen einzelner Republiken zu streichen. Unruhen – vor allem 1978 in Georgien – waren die Folge. Vorwürfe aus den Reihen der nationalen Opposition gegen die Russifizierungspolitik wies Moskau freilich als „imperialistische Propaganda“ weit von sich.

Die allmähliche Angleichung der übrigen Völker an das russische wurde vor allem auf drei Wegen gefördert:

1. Es wurde die russische Sprache nicht nur als Kommunikationsmittel zwischen den Völkern der Sowjetunion, sondern als „zweite Muttersprache“ propagiert, die jedes Kind möglichst vom Kindergartenalter an erlernen sollte. Dies wurde durch entsprechende schulpolitische Maßnahmen wie die Zurückdrängung von Schulen mit muttersprachlichem Unterricht zugunsten des Russischen als Unterrichtssprache und die bessere Ausbildung an russischen Universitäten gestützt. Dem Ziel einer funktionalen Reduzierung der nichtrussischen Sprachen dienten die Erhebung des Russischen zur alleinigen Wissenschaftssprache und die Beschneidung von Publikationsmöglichkeiten in anderen Sprachen.

Auf einem Bahnhof in Kasachstan in den siebziger Jahren.



2. Die Geschichtsschreibung hatte den „freiwilligen Anschluß“ der jeweiligen Völker an das russische Zarenreich bzw. die UdSSR zu betonen. Auf propagandistischem Wege wurde zudem versucht, nationale Traditionen zu verdrängen, beispielsweise durch Verbot der Ausübung „archaischer Sitten“, Einführung „sowjetischer“ Feiertage, teilweise auch über die Verfolgung bestimmter Religionen.

3. Die Regierung betrieb trotz Arbeitskräftemangel in der Russischen Sowjetrepublik eine bewußte Politik der Ansiedlung von Russen in anderen Unionsrepubliken. Sie erlernten dort nicht, wie im Sinne der Zweisprachigkeit zu erwarten, die jeweilige Landessprache, sondern erhöhten vielmehr den Druck auf die Bevölkerung, Russisch zu erlernen. Wer in die – zumeist von Russen besetzten – Führungspositionen aufsteigen wollte, hatte entsprechende sprachliche Voraussetzungen mitzubringen, ja sogar der, der nur in einem von Russen geführten Betrieb eine Anstellung suchte.

Nationale Bewegungen, die sich für ihre Rechte einsetzten, wurden bestenfalls ignoriert – wie etwa die Rußlanddeutschen und Krimtataren mit ihrem Wunsch nach Rückkehr in die alten Siedlungsgebiete. Kam es jedoch zu offenen Demonstrationen, wurde versucht, die nationalen Bewegungen durch Verhaftungen in größerem Ausmaß mundtot zu machen.

Gemäßigte Religionspolitik

Eine ähnliche Behandlung erfuhren die Angehörigen der Religionsgemeinschaften. Auf eine Welle der Willkür, die seit Beginn der Alleinherrschaft Chruschtschows über die Kirchen hinweggegangen war, folgte unter der neuen Führung eine Phase der Beruhigung. Schon 1964 war von offizieller Seite nicht nur die Tatsache der Kirchenverfolgung eingestanden, sondern auch die Bereitschaft signalisiert worden, übermäßige Schikanen der Behörden gegen die Religionsgemeinschaften abzubauen. Hinter dem Bemühen um eine gemäßigtere Kirchenpolitik und um die Schaffung größerer Rechtssicherheit für die Gläubigen stand zum einen die Erkenntnis, daß eine fortgesetzte Verletzung existierender Gesetze sowie des Rechtes auf Gewissensfreiheit durch staatliche Stellen dem Ansehen der Sowjetunion schadete und „gute Nahrung für die antisowjetische Propaganda ausländischer reaktionärer Kreise“ lieferte. Zum anderen galt es, die weitere Abdrängung der Religionsgemeinschaften in den erheblich schwerer zu kontrollierenden Untergrund zu stoppen. Verschiedene Maßnahmen dienten daher der rechtlichen Absicherung der Gläubigen. So wurde den Lokalbehörden die Befugnis der Öffnung und Schließung von Kirchen entzogen und die Entscheidung darüber dem Rat für die Angelegenheiten der Religionen beim Ministerrat der UdSSR unterstellt.

Die Verweigerung bzw. Kündigung einer Arbeitsstelle aufgrund des religiösen Bekenntnisses wurde ebenso verboten wie die Verweigerung eines Studienplatzes oder die Exmatrikulation aus religiösem Grund. Nicht



Die Sowjetunion ist ein Vielvölkerstaat. Diese Aufnahme entstand in Taschkent in Usbekistan.

nur die Verletzung der Kultgesetze – deren sich bislang nur die Religionsgemeinschaften schuldig gemacht hatten –, sondern auch „die Hinderung der Verrichtung religiöser Riten“ durch Andersdenkende wurde unter Strafe gestellt. Die Verfassung von 1977 gab der gemäßigten Religionspolitik dadurch Ausdruck, daß nicht mehr vom Recht auf Betreibung von „antireligiöser Propaganda“ die Rede war, sondern das weniger kämpferisch klingende Wort „atheistisch“ verwendet wurde. Im übrigen war verfassungsmäßig „das Schüren von Feindschaft und Haß im Zusammenhang mit religiösem Glauben“ verboten (Artikel 52).

Mit diesen neuen Bestimmungen waren der willkürlichen Behandlung der Gläubigen zwar Grenzen gesetzt und diese formal den Atheisten gleichgestellt; damit wurde aber lediglich der weiteren Verschlechterung der Lage der Religionsgemeinschaften ein Riegel vorgeschoben. Der neuen Führung ging es um die Bewahrung des Status quo, nicht um seine Verbesserung. Religionsgemeinschaften und Sekten, die etwa den Dienst mit der Waffe ablehnten, blieben ebenso verboten wie eine Betätigung registrierter Gemeinden über die reinen Kulthandlungen hinaus (zum Beispiel Bibelkreise, privater Religionsunterricht). Für viele war die religiöse Betätigung auch weiterhin dadurch erschwert, daß die Registrierung neuer Gemeinden unterbunden wurde. Es ist daher wenig verwunderlich, daß die Religionsgemeinschaften einen beträchtlichen Anteil an der Dissidentenbewegung hatten.

Die Verfassungs- diskussion von 1977

Der Umgang der Regierung mit der politisch, national und religiös motivierten Opposition machte nur allzu deutlich, wo die in der neuen Verfassung von 1977 verankerten Grundrechte ihre Grenzen hatten. Der mittlerweile faktisch zur Alleinherrschaft aufgerückte Breschnew konnte sich nicht aus dem Dilemma lösen, der KPdSU eine umfassende Kontrolle der Gesellschaft sichern zu wollen, andererseits aber der verbreiteten Staatsverdrossenheit und Apathie mit ihren negativen Auswirkungen in allen Bereichen Abhilfe schaffen zu müssen. Die Diskussion des Verfassungsentwurfs in den – staatlich gelenkten – Medien war kaum geeignet, einen Mobilisierungsschub in der Gesellschaft zu bewirken. Da der Partei in der Verfassung die uneingeschränkte Führungsrolle in Staat und Gesellschaft zugewiesen wurde, verloren die deutliche Ausweitung des Abschnitts über die Grundrechte und die Aufwertung der Persönlichkeit faktisch an Bedeutung. Was tatsächlich von der in Artikel 36 verankerten Gleichberechtigung der Bürger unterschiedlicher Nationalitäten, der Glaubensfreiheit, der in Artikel 47 garantierten „Freiheit des wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Schaffens“ und nicht zuletzt dem Verbot der „Verfolgung wegen Kritik“ (Artikel 49) zu halten war, zeigte der Umgang der Regierung mit den Dissidenten. Eine tatsächlich offene Diskussion über gesellschaftliche und politische Fragen, die an den Fundamenten des erstarrten Systems gerüttelt hätte, war bis zur Beendigung der „Stagnation“ durch Gorbatschow undenkbar.

Außenpolitik unter Breschnew

Ebenso wie in der Innenpolitik setzten die Nachfolger Chruschtschows auch in der Außenpolitik den Kurs ihres Vorgängers fort – freilich unter Verzicht auf dessen „Abenteurertum“, wie es in der Auslösung der Berlin-Krise 1958 und vor allem in der Kuba-Krise von 1962 zum Ausdruck gekommen war. Die „kollektive Führung“ hielt am Prinzip der „friedlichen Koexistenz“ mit der „kapitalistischen“ Welt fest und bemühte sich – wie bereits Chruschtschow – um Abrüstungsvereinbarungen mit den USA und um ein System der kollektiven Sicherheit in Europa. Die Beschränkung auf erreichbare sicherheitspolitische Ziele war keineswegs gleichbedeutend mit einem Verzicht auf weltrevolutionäre und expansionistische Bestrebungen. Lediglich einer direkten militärischen Konfrontation mit den „kapitalistischen“ Staaten suchte die sowjetische Regierung aus dem Weg zu gehen. Der Wettbewerb der Systeme fand zunehmend in der Dritten Welt statt, wo die UdSSR mittels wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung um die Ausweitung ihres Einflusses bemüht war. Während die Sowjetunion durch außenpolitisches Engagement dieser Art und fortgesetzte rüstungstechnische Anstrengungen – unter Inkaufnahme der damit einhergehenden Überstrapazierung ihrer Wirtschaft – ihre gerade erst erworbene Position als den USA ebenbürtige Weltmacht verteidigte, sah sie sich im eigenen Lager vor einige Probleme gestellt: zum einen durch die – trotz des Eingreifens in den „Polnischen Oktober“ und den Ungarn-Aufstand 1956 – nicht mehr völlig wiederherzustellende Blockdisziplin im Bereich der ostmittel- und südosteuropäischen Satellitenstaaten, zum anderen durch die offene Konkurrenz der Volksrepublik China um die Führungsrolle in der kommunistischen Weltbewegung.

Abrüstungs- und Entspannungspolitik

Nicht erst seit der Kuba-Krise vom Oktober 1962 bestand zwischen den beiden großen Atommächten USA und UdSSR Einigkeit darüber, daß eine militärische Auseinandersetzung unter Einsatz nuklearer Waffen angesichts der damit verbundenen Zerstörungen unbedingt zu vermeiden war. Beide Seiten blieben daher um eine Eindämmung des Kriegsrisikos bemüht. Nicht zuletzt auch aus wirtschaftlichen Erwägungen zeigten Washington und Moskau Bereitschaft, den Rüstungswettlauf einzudämmen und zu Abrüstungsvereinbarungen zu gelangen. Trotz immer wieder auftretender Spannungssituationen – wie das amerikanische Engagement in Vietnam, die sowjetische Intervention in der Tschechoslowakei 1968 und in

Afghanistan 1979 – riß der Gesprächsfaden zwischen den beiden Großmächten nicht mehr ab.

Erste Abrüstungsvereinbarungen

Die Verhandlungen führten dabei während der „Ära Breschnew“ durchaus zu einigen greifbaren Ergebnissen – darunter dem Abkommen über die friedliche Nutzung des Weltraums vom 27. Januar 1967, dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968, dem Protokoll über die friedliche Nutzung der Kernenergie vom Juni 1973 und nicht zuletzt den beiden Vereinbarungen über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT I und II) vom Mai 1972 und Juni 1979. Die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsgespräche zeigten dabei eine gewisse Übereinstimmung der Interessen der beiden Großmächte, zu einem tatsächlichen Durchbruch kam es bis zum Amtsantritt Gorbatschows jedoch nicht. Letztlich erschien sowohl den USA als auch der UdSSR das Risiko eines drastischen Abbaus des eigenen Kriegswaffenarsenals als zu hoch. Zu deutlich waren aus westlicher Sicht die sowjetischen Bemühungen um Abrüstung und Entspannung auch von politischen Motiven durchsetzt.

So zielte das 1968 von der kollektiven Führung abgeschlossene Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen darauf ab, den Kreis der Atommächte – seinerzeit die USA, die UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China – begrenzt zu halten und insbesondere amerikanischen Plänen Einhalt zu gebieten, die NATO-Partner im Rahmen einer multilateralen Atomstreitmacht (MLF) an der Verfügungsgewalt über die Nuklearwaffen zu beteiligen. Zudem waren Abrüstungsangebote ein probates Mittel, politischen Druck auf das westliche Bündnis auszuüben und eine Atempause für die eigene rüstungstechnische Entwicklung zu gewinnen. Anfang der siebziger Jahre hatte die Sowjetunion ihren Rückstand gegenüber den USA auf diesem Gebiet weitgehend aufgeholt.

Mißtrauen im Westen

Das Mißtrauen im Westen gegenüber den sowjetischen Angeboten blieb nicht zuletzt auch deshalb unverändert groß, weil die UdSSR keineswegs Abstand von dem Versuch nahm, einen Keil zwischen die USA und ihre Bündnispartner in Europa zu treiben. Wie schon seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre setzte sich Moskau auch unter der kollektiven Führung weiterhin für ein System der „europäischen Sicherheit“ unter Ausklammerung der Vereinigten Staaten ein. Gezielte Propaganda wurde dabei auch gegen die „revanchistische“ Bundesrepublik Deutschland gerichtet, die mit ihrem Beharren auf dem Erhalt der amerikanischen Prä-

senz in Europa, vor allem aber mit ihrem Festhalten an ihrem Rechtsstandpunkt in der Frage der Grenzen Deutschlands sowie bezüglich Berlins, als das Hindernis im Entspannungsprozeß schlechthin dargestellt wurde. Mit nur mäßigem Erfolg bemühte die sowjetische Regierung sich um das Wohlwollen einzelner europäischer Staaten. Insbesondere strebte man eine Annäherung an Frankreich an, das seine Herauslösung aus der NATO betrieb und sich auch innerhalb der EWG als schwieriger Partner präsentierte. Eine erkennbare Schwächung des westlichen Zusammenhalts ließ sich mit dieser selektiven Entspannungspolitik jedoch nicht erreichen.

Vielmehr hatte die Propagierung einer Ost-West-Entspannung in Europa für die Kreml-Führung insofern zweischneidige Ergebnisse zur Folge, als nicht nur positive Reaktionen in der westeuropäischen Öffentlichkeit zu verzeichnen waren, sondern auch die osteuropäischen „Bruderländer“ der Sowjetunion unter Berufung auf die Entspannungsparolen eine Öffnung nach Westen begannen. Das drohende Abgleiten der Tschechoslowakei aus sowjetischer Kontrolle, das Moskau nur durch den militärischen Einmarsch der Streitkräfte des Warschauer Pakts glaubte verhindern zu können, gab im Kreml offenbar Anlaß, über eine Kurskorrektur in der Politik gegenüber Westeuropa nachzudenken.

Neue Entspannungspolitik

Die Entscheidung, auf eine Entspannungspolitik umzustellen, die auch die USA und die Bundesrepublik Deutschland einbezog, war nicht unbeeinflusst von den militärischen Auseinandersetzungen mit der Volksrepublik China, die die Verlagerung starker Kräfte aus Europa in den asiatischen Raum erforderlich machten. Vor allem aber dürfte der Versuch zu einem globalen Ausgleich mit den westeuropäischen Staaten von der Einsicht getragen gewesen sein, daß es vorteilhafter war, sich an die Spitze der ostmittel- und südosteuropäischen Satellitenstaaten zu stellen, die eine Kooperation mit dem Westen suchten, anstatt sich weiterhin deren Bemühungen bei den westlichen Industriestaaten um wirtschaftliche und technische Hilfe zu widersetzen, die die Sowjetunion selbst nicht zu leisten imstande war. Ziel der Sowjetunion blieb es dabei, den Westen zur faktischen Anerkennung der Eingliederung der ostmittel- und südosteuropäischen Staaten in den sowjetischen Machtbereich zu bewegen. Aus westlicher Sicht war es eine unerläßliche Voraussetzung für entsprechende Verhandlungen, daß auch die USA und die Bundesrepublik Deutschland in den Entspannungsprozeß einbezogen würden.

Die Westmächte waren in allen Krisensituationen im Ostblock – vom Juni-Aufstand in der DDR 1953 bis hin zur sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei 1968 – militärisch passiv geblieben und hatten damit demonstriert, daß sie in sowjetischen Einflußbereich nicht eingreifen würden. Sie hatten aber bislang konsequent eine rechtliche Anerkennung der bestehenden Machtverhältnisse verweigert. Absprachen über einen

Gewaltverzicht und eine wechselseitige Anerkennung der Grenzen sollten aus Moskau-er Sicht dem territorialen Status quo in Europa nunmehr Dauer verleihen. Daneben sah die neue Entspannungskonzeption eine verstärkte wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen Ost und West vor, die den sozialistischen Staaten bei der Verwirklichung ihrer „wissenschaftlich-technischen Revolution“ nur zugute kommen konnte.

Wende in der Deutschlandpolitik

Der Übergang zu einer Entspannungspolitik, die nach den Vorstellungen Breschnews „ein Höchstmaß an Ressourcen für den Aufbau des Kommunismus freimachen“ sollte, zwang indessen auch die sowjetische Regierung zur Aufgabe alter Positionen und zu Zugeständnissen an westliche Forderungen. Deutliche Signale setzte die Kremlführung mit ihrer veränderten Haltung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Sie gab nicht nur ihre Polemik gegen den angeblichen „Hort des Revanchismus“ auf, sondern vollzog mit dem am 17. August 1970 abgeschlossenen Moskauer Vertrag und der Zustimmung zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 eine Wende in der Deutschland-Politik. Die Sowjetunion verzichtete auf eine ausdrückliche Anerkennung der Grenzen durch die Bundesrepublik: Der Moskauer Vertrag bezeichnete Oder-Neiße-Linie und innerdeutsche Grenze als „unverletzlich“, nicht jedoch als unveränderbar. Ebenso ließ Moskau auch die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR fallen und versetzte damit der „Ulbricht-Doktrin“ von 1967 einen empfindlichen Schlag. Den Satellitenstaaten, die mittels dieser Doktrin an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland hatten gehindert werden sollen, sofern nicht Bonn zuvor die Eigenstaatlichkeit der DDR anerkannte, wurde nun der Weg zum Ausgleich mit dem westdeutschen Teilstaat geöffnet. Auch stimmte die Sowjetunion einer Regelung für Berlin zu, die den immer wiederkehrenden krisenhaften Situationen in der geteilten Stadt ein vorläufiges Ende bereitete.

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

Die Sowjetunion hatte mit dieser Anerkennung des europäischen Status quo von ihrer Seite den Weg zu ersten Gesprächen über die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) geebnet. Sie erklärte sich nun auch bereit zu Gesprächen über eine beiderseitige Truppenreduzierung zwischen NATO und Warschauer Pakt, an denen die europäischen Staaten angesichts des konventionellen Übergewichts der östlichen Streitkräfte ein besonderes Interesse hatten. Schließlich zeigte Moskau auch Bereitschaft, der Forderung des NATO-Rats vom Mai 1970 nachzukommen und über eine „größere Freizügigkeit für Menschen, Ideen und Informationen“, einen kulturellen Austausch und eine Kooperation im ökologischen Bereich zu sprechen. Nach zähen, beinahe dreijährigen Verhandlungen in

Sachverständigenausschüssen wurde am 1. August 1975 in Helsinki die KSZE-Schlußakte unterzeichnet, die die Beziehungen zwischen West und Ost auf eine neue Grundlage zu stellen versprach.

Neue Spannungen

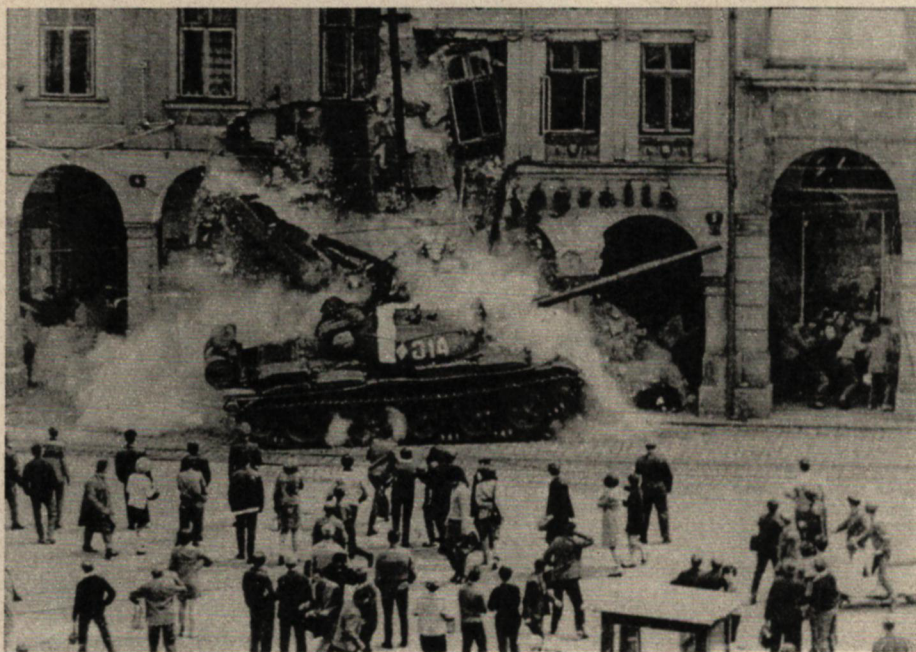
Allerdings änderte die Unterschrift der sowjetischen Regierung unter das Dokument, in dem ein wesentlicher Teil den Grund- und Menschenrechten gewidmet war, nichts an der Behandlung der Oppositionellen in der UdSSR. Moskau geriet wegen fortgesetzter Verletzung der Menschenrechte immer wieder ins Kreuzfeuer westlicher Kritik. Auch die weiterhin betriebene massive sowjetische Aufrüstung brachte die Ost-West-Entspannung gegen Ende der siebziger Jahre zunehmend ins Zwielficht. Der NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979, der die Entscheidung über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa mit dem Angebot zu weiteren Abrüstungsverhandlungen koppelte, war deutlicher Ausdruck des gestiegenen Mißtrauens der westlichen Staaten gegenüber der Sowjetunion. Die sowjetische Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 konnte diese Haltung nur bekräftigen und machte das Ergebnis langjähriger Abrüstungsverhandlungen zunichte: Das bereits abgeschlossene SALT II-Abkommen wurde von den USA nicht ratifiziert. Die Verhärtung des außenpolitischen Kurses der Vereinigten Staaten unter der Reagan-Administration und die Ereignisse in Polen im Dezember 1981 waren nicht dazu angetan, die Aussichten auf eine erneute Gesprächsrunde zu erhöhen. Noch wenige Monate vor dem Ableben des Generalsekretärs Breschnew, im Juni 1982, konnten jedoch in Genf die Verhandlungen über eine Reduzierung strategischer Waffen (START) ihren Anfang nehmen.

Waffenlos stellten sich die Bürger der Tschechoslowakei den am 21. August 1968 einmarschierenden Armeen der Warschauer-Pakt-Mächte entgegen. Dieser Prager Arbeiter wurde wenig später tödlich getroffen.



Die Politik gegenüber den sozialistischen „Bruderländern“

Den Versuchen der sozialistischen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas, ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch verstärkte Handelsbeziehungen zu den westlichen Industrienationen zu erleichtern, wurden von der Kremlführung zunächst keine Hindernisse in den Weg gelegt. Die Sowjetunion hoffte dabei auf positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Ostblocks. Vor allem erwartete sie, durch Übernahme westlicher Technologien die notwendigen Modernisierungen rascher durchführen zu können. Mit einigem Mißtrauen wurde allerdings die seit 1963 betriebene Einrichtung von Handelsvertretungen in den sowjetischen Satellitenstaaten durch die Bundesrepublik Deutschland betrachtet. Die sowjetische Regierung vermutete – nicht ganz zu Unrecht – hinter dieser neuen Ostpolitik die Absicht, eine Aufweichung der Blocksolidarität im sowjetischen Einflußbereich herbeizuführen und langfristig die Position der DDR, des Ecksteins des sowjetischen Imperiums in Europa, zu untergraben. Eine akute Gefährdung sowjetischer Interessen bedeutete dies freilich nicht. Angesichts der prekären Situation der in den „Bruderländern“ regierenden kommunistischen Parteien, die für ihren Machterhalt sowjetischer Unterstützung bedurften, war ihr Ausbrechen aus dem sowjetischen Bündnisystem kaum zu befürchten. In den aufgrund ihrer Randlage als besonders gefährdet erscheinenden ostmitteleuropäischen Staaten – Polen und der Tschechoslowakei – wurde die Furcht vor dem westdeutschen „Revanchismus“ geschürt und damit die Rolle der UdSSR als Garant der Sicherheit und



Prag im August 1968. Sowjetischer Panzer geht gegen Demonstranten vor, die sich in eine Passage retten.

insbesondere der Grenzen hervorgehoben. Dagegen wurde dem – geographisch sicherer in den Ostblock eingebundenen – Rumänien eine eigenständigere Außenpolitik zugebilligt, so daß 1967, dem Feindbild „Bundesrepublik“ und der „Ulbricht-Doktrin“ zum Trotz, diplomatische Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest aufgenommen werden konnten. Auch Ungarn verfügte über eigenen Spielraum, den es insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet für die Einführung einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ nutzte.

Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968

Aus der Sicht der Krenmlführung bedeuteten eigenständige Bestrebungen der Satellitenstaaten nur dann eine Gefahr, wenn der Führungsanspruch Moskaus in Frage gestellt wurde oder wenn einer der Bündnispartner aus den Blockstrukturen, sei es RGW, sei es Warschauer Pakt, auszuschließen versuchte. Eine solche Gefahr sah die sowjetische Re-

gierung angesichts der Entwicklung in der Tschechoslowakei 1968 als gegeben. Hatte sie die innerparteilichen Auseinandersetzungen in Prag noch als interne Angelegenheit bezeichnet und den Führungswechsel – am 5. Januar 1968 wurde Alexander Dubček anstelle von Antonin Novotny Erster Sekretär der KPTsch – gebilligt, so betrachtete sie den nun beginnenden „Prager Frühling“ mit wachsendem Mißtrauen. Der Verzicht auf eine staatliche Lenkung der Medien und das erklärte Bestreben, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, erschien der Krenmlführung innen- wie außenpolitisch als gefährlich. Der „Neue Kurs“ der Prager Regierung fand in der UdSSR Beifall oppositioneller Kreise und barg das Risiko in sich, zum Herd der Ansteckung für die sozialistischen Nachbarstaaten zu werden. Auch mochte Moskau den Beteuerungen der tschechoslowakischen Regierung, man werde an den Bündnissen festhalten, nicht recht glauben. Mit Rückhalt der um ihre innere Stabilität fürchtenden „Bruderländer“ – eine Aus-

nahme machte lediglich Rumänien – entschloß sich die sowjetische Führung am 21. August 1968 zur militärischen Intervention.

Begründet wurde dieser Schritt mit der Notwendigkeit, gegen die drohende „Konterrevolution“ in der Tschechoslowakei einzuschreiten. Der KPTsch wurde vorgeworfen, ihre führende Rolle in der Gesellschaft aufs Spiel gesetzt und die Massenmedien in die Hände antisozialistischer Kräfte gegeben zu haben. Sie habe sich auf den Weg des „Kapitalismus“ drängen lassen und die Bindungen an den Warschauer Pakt in Frage gestellt. Ideologisch untermauert wurde das militärische Eingreifen der Bündnispartner mit der These von der beschränkten Souveränität der sozialistischen Staaten, die als „Breschnew-Doktrin“ in die Geschichte einging. Danach war eine Intervention gerechtfertigt, wenn der Sozialismus in einem Staat bedroht und „die gemeinsamen Interessen des sozialistischen Lagers“ gefährdet waren:

„Und wenn die inneren und äußeren, dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu wenden versuchen, wenn eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des betreffenden Staates, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen.“

Damit war klargestellt, daß nicht nur die Wiederherstellung „bürgerlich-kapitalistischer“ Verhältnisse als Abkehr vom Sozialismus verstanden wurde, sondern jede Abweichung vom sowjetischen Modell, etwa in Form eines „demokratischen Sozialismus“.

Krise in Polen 1980/81

Entsprechend groß schien die Gefahr eines Eingreifens der Sowjetarmee, als die sowjetische Position im Ostblock zum zweiten Mal in der „Ära Breschnew“ in Frage gestellt wurde: während der Krise in Polen 1980/81. Aus Protesten gegen die desolate Wirtschaftslage des Landes entwickelte sich im Sommer 1980 die unabhängige Gewerkschaft „Solidarność“, die Rückhalt in weiten Kreisen der Bevölkerung fand. Die regierende Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP) war, anders als die tschechoslowakischen Kommunisten 1968, an den reformistischen Bestrebungen unbeteiligt, hatte ihnen aber offensichtlich nichts entgegenzusetzen. Angesichts der Schwäche der PVAP verlegte sich die UdSSR auf starken militärischen Druck: An den Grenzen Polens wurden Manöver durchgeführt und führende sowjetische Politiker betonten die Entschlossenheit, gegen die „geheimen und offenen Anstrengungen“ des „Imperialismus“ vorzugehen, die darauf abzielten, die „Grundlagen des Sozialismus in der Polnischen Volksrepublik zu untergraben, die dortigen Krisenerscheinungen zu verschärfen und antisozialistische, konterrevolutionäre Kräfte zu stärken und zu aktivieren“. So war das Versprechen, das der sowjetische Chefideologe Suslow im Oktober

Die Breschnew-Doktrin

Wir können jedoch nicht damit einverstanden sein, daß feindliche Kräfte ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Lostrennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören. Das sind nicht mehr nur ihre Angelegenheiten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten. Das sind die gemeinsamen Angelegenheiten unserer Staaten, die sich im Warschauer Pakt vereinigt haben (...)

Die Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft haben sich bis in das Herz Europas,

bis zur Elbe und bis zum Böhmerwald vorgeschoben. Und wir werden niemals damit einverstanden sein, daß diese historischen Errungenschaften des Sozialismus, die Unabhängigkeit und Sicherheit aller unserer Völker in Gefahr geraten. Wir werden niemals zulassen, daß der Imperialismus auf friedlichem oder unfriedlichem Wege, von innen oder von außen, eine Bresche in das sozialistische System schlägt und das Kräfteverhältnis in Europa zu seinen Gunsten verändert (...)

Brief der Sowjetunion, Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vom 15. 7. 1968.

1981 abgab, wenig verheißungsvoll: „Das sozialistische Polen, die polnischen Kommunisten, das polnische Volk können fest auf die brüderliche Solidarität und Hilfe der Sowjetunion und anderer Mitgliedsländer des Warschauer Pakts rechnen.“

Letztlich beschränkte sich die sowjetische Führung jedoch darauf, mit unverhohlenen Drohungen dieser Art die Bemühungen der PVAP zu unterstützen, der Lage Herr zu werden. Dies gelang – zumindest vordergründig – mit der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981.

Der Verzicht Moskaus auf aktiveres (militärisches) Eingreifen mag dabei von der Überlegung bestimmt gewesen sein, daß eine derartige Rückendeckung die polnischen Kommunisten nur vollends diskreditiert und das ohnehin belastete sowjetisch-polnische Verhältnis weiter verschlechtert hätte. Auch war die westliche Reaktion zu berücksichtigen, die bereits nach der – nur zwei Jahre zurückliegenden – Intervention in Afghanistan sehr scharf gewesen war. Es war zu erwarten, daß sie bei einem Übergriff auf Polen noch drastischer ausfallen und die gesamte sowjetische Entspannungskonzeption zum Einsturz bringen konnte.

Sowjetische Außenpolitik in der Dritten Welt

Während sich die Politik der Sowjetunion gegenüber der Weltmacht USA und den europäischen Staaten bis zum Ende der siebziger Jahre recht erfolgreich gestaltete, gelangen ihr in Asien, Afrika und Lateinamerika keine vergleichbar dauerhaften Erfolge. Bei den Versuchen, dort an Einfluß zu gewinnen und auf diesem Wege die eigene Weltmachtposition auszubauen, mußte Moskau immer wieder Rückschläge hinnehmen.

Sowjetisch-chinesischer Gegensatz

Die Asienpolitik war vom sowjetisch-chinesischen Gegensatz geprägt, der sich im Frühjahr 1969 mit den militärischen Auseinandersetzungen am Grenzfluß Ussuri zum offenen Konflikt auswuchs und 1979 seinen vorläufigen Höhepunkt fand: Auf den Einfall des von der UdSSR gestützten Vietnams in Laos und Kambodscha reagierte die chinesische Regierung mit der Kündigung des sowjetisch-chinesischen Freundschaftsvertrags von 1950.

Die verbalen Attacken Pekings auf Moskau – wegen des als „zweites München“ verurteilten Rückzugs aus Kuba 1962 oder der als „offene Piraterie“ bezeichneten Intervention in der Tschechoslowakei 1968 – wurden nach dem Ende der Kulturrevolution durch ein wachsendes außenpolitisches Engagement Chinas ergänzt. Es fand in der Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO 1971 sowie der spektakulären Annäherung an die USA 1972 seinen Niederschlag.



Grenzkonflikt am Ussuri 1969. „Eine Bande sowjetischer Grenzsoldaten in Schneehemden“ – so der Originaltext der chinesischen Nachrichten-Agentur Hsinhua – sei auf chinesisches Gebiet vorgedrungen und habe versucht, chinesische Grenztruppen mit Gewalt an der Erfüllung ihrer Aufgaben zu hindern.

Erfolge und Mißerfolge in Afrika und Lateinamerika

Insbesondere in den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas trat die Volksrepublik China in Konkurrenz zur UdSSR und bereitete deren Versuchen, dort stärker Fuß zu fassen, erhebliche Schwierigkeiten. Zwar gab die sowjetische Regierung der „Unterstützung des Kampfes der Völker um nationale Befreiung und sozialen Fortschritt“ Verfassungsrang (Artikel 28 der Verfassung von 1977). Einer uneingeschränkten Verwirklichung dieses Prinzips stand aber das Interesse entgegen, sich nicht in Auseinandersetzung mit den USA verstricken zu lassen. Diese Haltung nötigte der sowjetischen Politik im arabischen Raum und besonders im ägyptisch-israelischen Konflikt einige Zurückhaltung ab. In Angola griff die Sowjetunion nicht direkt ein, sondern ließ sich von Kuba „vertreten“. Ein kubanisches Expeditionskorps, das schließlich 50 000 Mann umfaßte, kämpfte seit 1975 an der Seite der sozialistischen Regierung gegen die vom Westen unterstützte Rebellenbewegung Unita. Zudem sah sich die Kremelführung – trotz einer erheblichen Ausweitung von Waffenlieferungen in den sechziger und siebziger Jahren – aus wirtschaftlichen wie politischen Gründen außerstande, die „Befreiungskämpfe“ in den jungen Staaten der Dritten Welt in jedem Fall rückhaltlos zu unterstützen.

Die von Rücksichtnahmen auf die westlichen Staaten unbelastete chinesische Regierung propagierte dagegen den uneingeschränkten revolutionären Kampf gegen den „Imperialismus“ und verstand es, die sowjetische Entspannungspolitik als eine gegen die Interessen der noch um ihre Unabhängigkeit ringenden Staaten darzustellen. Mit Ausnahme Asiens, wo die Volksrepublik China einiges Ansehen genoß, während die Sowjetunion nur bedingt als asiatische Macht akzeptiert wurde, gelang es Peking jedoch nicht, die

eigene Position auf Kosten Moskaus auszubauen. Die Aussicht auf wirtschaftliche und militärische Unterstützung durch die UdSSR machte diese im Vergleich zu China zum attraktiveren Bündnispartner, wenngleich die Sowjetunion wiederum mit der Entwicklungshilfe der westlichen Industriestaaten nicht Schritt zu halten vermochte.

Für die sowjetische Führung stellte die „Dritte Welt“ auch in ideologischer Hinsicht ein besonderes Problem dar. Die Instabilität der politischen Verhältnisse in einer Vielzahl der Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas führte manches auf dem Wege zum Sozialismus befindliche Land wieder dem „Kapitalismus“ zu. Dadurch wurde die These von der Unumkehrbarkeit sozialistischer Verhältnisse ins Wanken gebracht. Dabei sah sich Moskau zunächst einzig in Kuba – das bereits 1963 offiziell ins „sozialistische Lager“ aufgenommen worden war – willens und in der Lage, eine solche Entwicklung durch massive wirtschaftliche Unterstützung des Castro-Regimes zu verhindern.

Intervention in Afghanistan 1979

Einen weiteren Versuch, einen Staat auf dem sozialistischen Kurs zu halten, unternahm die sowjetische Regierung mit der Intervention in Afghanistan im Dezember 1979. Mit dem Eingreifen zugunsten eines moskautreuen Regimes und dessen Stützung gegen die afghanischen Rebellen wurde erstmals die Breschnew-Doktrin außerhalb des Ostblocks auf einen Staat „sozialistischer Orientierung“ angewandt. Nicht nur im Westen, sondern auch in vielen Ländern der Dritten Welt erblickte man darin freilich nur den Versuch Moskaus, einen aggressiven Expansionismus notdürftig ideologisch zu kaschieren. Wohl war das militärische Vorgehen der UdSSR weniger von der Absicht getragen, sich einen Ausgangspunkt für eine spätere Herrschaft

Die Ära Breschnew im Rückblick

Tatsächlich hatte die Breschnew-Ära 1964 noch mit einem gewissen Optimismus begonnen – es gab Versuche, das Wirtschaftsmanagement zu reformieren, es gab langsame, doch kontinuierliche Verbesserungen des allgemeinen Lebensstandards; die Gemeinschaftswohnungen wurden nach und nach abgeschafft, und man konnte bessere Kleidung, Waschmaschinen und Kühlschränke kaufen. Doch in Breschnews zweitem Jahrzehnt war die Wirtschaftsreform tot, erstickt durch den Parteiapparat, und die Kontrollen im kulturellen Bereich wurden verschärft. Auf jedem Gebiet blieb die Wirklichkeit hinter den Erwartungen der Menschen zurück, und die öffentliche Moral sank rapide (...)

In den achtzehn Jahren, in denen Breschnew an der Macht war, hatte er die Anstrengungen seines Landes auf einige Gebiete höchster Priorität konzentriert und die Sowjetunion dazu getrieben, ein gewaltiges nukleares Arsenal anzuhäufen. Die Sowjetunion hatte die Vereinigten Staaten in Schlüsselbereichen industrieller Macht wie der Stahlproduktion und der Ölförderung überflügelt. Und der Lebensstandard der sowjetischen Bevölkerung war in den ersten zwölf Jahren unter Breschnew tatsächlich gestiegen. Welche Empörung im Westen der Einmarsch der Sowjets in die Tschechoslowakei 1968 auch erregte – die meisten Russen waren stolz darauf, daß Breschnew die sowjetische Macht demonstrierte und das Reich zusammenhielt (...)

Doch irgendwann Mitte der siebziger Jahre begann sich das Blatt zu wenden. Am Ende des Jahrzehnts hatte die Wirtschaft eindeutig an Schwung verloren. Vier schlechte Ernten von 1979 bis 1982 führten zu chronischer Mangelversorgung. In einigen Gegenden wurden Milch und Fleisch rationiert. Mit manchen Industriebereichen ging es abwärts, die Arbeitsproduktivität sank. Das System kostenloser Gesundheitsfürsorge, vielgerühmt und Stolz des Sowjetsozialismus, war so weit heruntergekommen, daß die Säuglingssterblichkeit stieg, während die Lebenserwartung der Männer sank. Die Statistiken wurden geschönt, aber die Leute konnten die erschreckende

Unzulänglichkeit des Gesundheitswesens täglich am eigenen Leib erfahren: Medikamentenmangel, unerträglich lange Wartezeiten, schwere Infektionen, die man sich im Krankenhaus zuzog, und der Zwang, sich eine Behandlung mit Bestechungsgeldern zu erkaufen. Die Presse veröffentlichte Berichte über Beamtenkorruption. In Moskau kursierten schaurige Gerüchte, die sogar Breschnews eigene Familie und engste Umgebung betrafen. Später wurde bekannt, daß selbst die Armee, Parteivertreter und das KGB unter Breschnews späterem Nachfolger Jurij Andropow schließlich peinlich berührt und verärgert waren über die Korruption und Trägheit der Breschnew-Zeit. Das ganze Land glitt ab in Zynismus (...)

Arbeiter, Manager, jedermann tat pro forma so, als arbeite er in der offiziellen Wirtschaft, aber wenn der Konsument wirklich etwas benötigte, wandte er sich an den Schwarzmarkt, und zwar in solchem Umfang, daß dieser das Ausmaß einer Gegenwirtschaft annahm. Was immer man brauchte – Fleisch, frisches Gemüse, Zahnpasta, Kaviar, Babykleidung, Ballettkarten, Ersatzteile, Medikamente, Nachhilfestunden für die Kinder, eine anständige Wohnung –, man wandte sich an diese Gegenwirtschaft. Ganze Untergrundindustrien blühten, illegale Fabriken innerhalb legaler: Sie arbeiteten mit denselben Arbeitskräften und Rohstoffen, doch diesmal effizient, da für privaten Gewinn. Es gab Untergrundmillionäre, die Produktionen großen Stils und Vertriebsgesellschaften mit Verbindungen über das ganze Land betrieben. Hier investierten die Menschen ihre Energien, hier brachten sie ihren ganzen Einfallsreichtum ein. Die Menschen verfolgten ihre privaten Ziele im verborgenen und mißachteten und umgingen die Strafandrohungen der Regierung. Diese Praxis war so sehr Teil des täglichen Lebens eines jeden, daß die meisten Russen, die ich kannte, glaubten, Breschnew und seine Kumpane rechneten mit dem Schwarzen Markt als einem Sicherheitsventil für die Frustrationen des Volkes.

Hedrick Smith: Die neuen Russen, a. a. O., S. 51 ff.



Breschnew kurz vor seinem Tod. Im November 1981 besuchte er Bonn. Hier mit (von links) Egon Bahr, Außenminister Gromyko und Willy Brandt.

Die Zukunft des Sowjetimperiums

Eine Prophezeiung aus dem Jahre 1970

Was aber wird geschehen? Ich zweifle nicht daran, daß dieses riesige ostslawische Imperium, das von den Germanen, den Byzantinern und den Mongolen gegründet wurde, in das letzte Jahrzehnt seiner Existenz eingetreten ist. Wie die Annahme des Christentums den Untergang des Römischen Imperiums hinausshob, es aber nicht vor dem unvermeidlichen Ende rettete, so hielt auch die marxistische Doktrin den Zerfall des Russischen Imperiums – des Dritten Rom – auf, war aber nicht imstande, ihn abzuwenden (...)

Es ist zum Gemeinplatz geworden, im wissenschaftlichen Fortschritt die wichtigste Strömung der modernen Entwicklung und im totalen Atomkrieg die größte Bedrohung der Zivilisation zu sehen. Dabei könnte sich der wissenschaftliche Fortschritt, der von Jahr zu Jahr einen größeren Teil der Gesamtproduktion der Menschheit verschlingt, durchaus in einen Rückschritt verwandeln, wie auch der Untergang der Zivilisation ohne einen so apokalyptischen Schlag wie die Explosion einer Superatombombe möglich wäre.

Obwohl der wissenschaftliche und technische Fortschritt die Welt buchstäblich vor unseren Augen verändert, stützt er sich im Grunde genommen auf eine sehr schmale soziale Basis, und je größer die wissenschaftlichen Erfolge werden, um so krasser wird der Kontrast zwischen denjenigen, denen er zugute kommt und die ihn benutzen, und der übrigen Welt.

Die sowjetischen Raketen haben die Venus erreicht – aber in dem Dorf, in dem ich lebe, werden die Kartoffeln mit der Hand geerntet. Das soll keine komische Gegenüberstellung sein, sondern der Hinweis auf einen Riß, der sich zu einem Abgrund ausweiten kann. Dabei geht es nicht nur darum, wie man Kartoffeln aufnimmt, sondern darum, daß der Bewußtseinsstand der meisten Menschen nicht über diesem Niveau der „Handarbeit“ liegt. In der Tat, obgleich in den wirtschaftlich entwickelten Ländern die Wissenschaft nicht nur immer größere Mittel, sondern auch immer mehr menschliche Arbeitskraft erfordert, werden die Grundsätze der modernen Wissenschaft eigentlich nur von einer verschwindend kleinen Minderheit begriffen. Vorläufig nimmt diese Minderheit zusammen mit der herrschenden Elite noch eine privilegierte Stellung ein, doch wie lange kann das noch andauern?

Andrej Amalrik: Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben? Diogenes Verlag, Zürich 1970, S. 79 ff.

A. Amalrik (geb. 1938 in Moskau), Schriftsteller, war Dissident und verbrachte längere Zeit in Lagern und Gefängnissen, bis er im Juli 1976 zur Emigration gezwungen wurde. Er lehrte bis zu seinem Tod 1980 in Holland und den USA.

über die erdölträchtige Golfregion zu schaffen, was vor allem in den westlichen Industriestaaten geübt wurde. Ein wesentlicher Faktor für den Entschluß zur Intervention dürfte vielmehr die Furcht vor einer weiteren Ausweitung der „islamischen Revolution“ nach iranischem Vorbild gewesen sein, die bei einem Sieg der afghanischen Freiheitskämpfer zu drohen schien. Die sowjetische Führung sah offenbar ihre wirtschaftlichen wie strategischen Interessen in der Golfregion in akuter Gefahr. Zudem mochte sie fürchten, mit verstärkten Problemen der islamischen Bevölkerung in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken konfrontiert zu werden.

Offensichtlich hatte man allerdings im Kreml bei der Entscheidung für ein militärisches Vorgehen im Nachbarland die Folgen unterschätzt: Der Versuch zur Sicherung der eigenen Position – verbunden mit einem auch innenpolitisch dringend erforderlichen Prestigegewinn im Erfolgsfall – brachte der Sowjetunion im Endeffekt mehr Schaden als Nutzen. Die Intervention in Afghanistan versetzte der Entspannungspolitik einen erheblichen Rückschlag und belastete auch die Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt schwer, denen die Bedeutung „brüderlicher Hilfe“ drastisch vor Augen geführt wurde. Langfristig entpuppte sich das „Afghanistan-Abenteuer“ als eine Art „sowjetisches Vietnam“: Es gelang den sowjetischen Truppen in jahrelangen Kämpfen nicht, die afghanischen Widerstandskämpfer niederzuwerfen. Statt des erhofften Erfolges und des damit verbundenen Mobilisierungseffekts auf die erstarrte sowjetische Gesellschaft untergrub die Fortsetzung eines erfolglosen, verlustreichen Krieges vollends das Vertrauen der Bevölkerung in eine überalterte Führung und verkrustete Parteibürokratie, die sich als unfähig erwiesen hatte, die innenpolitischen Probleme des Landes zu lösen, und die außenpolitisch mit dem Afghanistan-Problem eine schwere Hypothek hinterließ.

Afghanische Freiheitskämpfer auf einem eroberten sowjetischen Schützenpanzer, Juli 1980.



Nikolaus Katzer

Übergang: Andropow und Tschernenko

Tiefgreifende Krise des Sowjetsystems

Seit Ende der siebziger Jahre waren die Anzeichen für eine tiefgreifende Krise des Sowjetsystems unübersehbar. Infolge abnehmender Leistungskraft der Wirtschaft sank der Lebensstandard der Bevölkerung beständig ab. Der technologische Rückstand zu den westlichen Industriestaaten vergrößerte sich zunehmend und machte sich gerade in jenen Bereichen bemerkbar, die stets bevorzugt modernisiert worden waren: im Rüstungssektor und in der Schwerindustrie. Im sozialen Bereich sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen vermochten die Behörden der wachsenden Schwierigkeiten und Mängel nicht mehr Herr zu werden. Trotzdem lockerte die Parteiführung nicht die Zügel ihres zentralistischen Kurses und hielt am Prinzip der Kommandowirtschaft fest. Die seit Jahrzehnten zu einem dogmatischen Lehr- und Lerngebäude erstarrte marxistisch-leninistische Ideologie diente weiterhin der bloßen Herrschaftslegitimation der KPdSU. Allerdings hatte die Glaubwürdigkeit der dogmatischen Lehre angesichts der offenkundig ungelösten Probleme stetig abgenommen. Verschärfend kam hinzu, daß die Sowjetunion durch eine expansionistische Außenpolitik in der „Dritten Welt“ ihren Weltmachtstatus unter allen Umständen halten wollte. Die immensen Kosten dieser Strategie standen in keinem Verhältnis zum Nutzen für das eigene Land und seine Bewohner.

Den Nachfolgern Breschnews fiel somit ein schweres Erbe zu. Die Unbeweglichkeit des Systems hatte einen Grad erreicht, der schon die Zeitgenossen von einer „Zeit der Stagnation“ hatte sprechen lassen. Trotz gelegentlich erkennbarer Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen scheuten auch Breschnews Nachfolger eine schonungslose und umfassende Bestandsaufnahme der inneren und äußeren Lage des Landes. Bis zu dem für den weiteren Gang der Dinge schicksalhaften Putschversuch einer Gruppe führender Funktionäre aus Partei, Sicherheitsapparat und Armee vom 19. August 1991 hat keiner der drei Nachfolger Breschnews ernsthaft an den tragenden Säulen des Sowjetsystems – Einparteidiktatur, marxistisch-leninistische Ideologie, zentrale Planwirtschaft, übernationales Sowjetimperium mit einer integrierten Armee – rütteln wollen. Bezeichnenderweise löste aber der letzte von ihnen, Gorbatschow, mit dem Versuch einer mutigen, aber systemerhaltend gedachten Reform jene revolutionäre Entwicklung aus, die das Sowjetreich und seine Institutionen nach sieben Jahrzehnten in nur sechs Jahren zum Einsturz brachte.

Die Hoffnung, die lähmende Atmosphäre der letzten Regierungsjahre Breschnews werde von einem Nachfolger belebt werden, erfüllte sich nicht. Kurz hintereinander fiel die Wahl der Parteispitze auf zwei Funktionäre, die mit 69 bzw. 72 Jahren beim Amtsantritt die ältesten Generalsekretäre der Parteilandschichte waren. Wie die Mehrheit der Politbüromitglieder gehörten sie einer Generation an, die entscheidend von der Stalinzeit geprägt und in ihr aufgestiegen waren. Unentschiedene Machtverhältnisse im überalterten Politbüro hatten einen sofortigen Generationenwechsel verhindert. Die Übergangskandidaten mußten trotz ihrer äußeren Machtfülle den gegensätzlichen Interessen der im obersten Parteiorgan vertretenen Herrschaftsapparate und Institutionen Rechnung tragen. Das Postulat der „kollektiven Führung“ zwang sie zum Ausgleich und begrenzte den Freiraum für Reformen.

Andropow (1982–1984)

Jurij W. Andropow (1914–1984) entstammte einer Eisenbahnerfamilie aus der Region Stawropol im Nordkaukasus. Im Jahre 1939 trat er der Partei bei und nahm im Zweiten Weltkrieg am Partisanenkampf an der Nordwestfront teil. Anfang der fünfziger Jahre wechselte er in den Apparat des ZK nach Moskau und bekleidete zwischen 1954 und 1957 den Botschafterposten in Ungarn. 1961 stieg er zum ZK-Mitglied auf und war danach mehrere Jahre als Sekretär für die Beziehungen zu den internationalen kommunistischen Parteien zuständig. Nach der Übernahme des

Vorsitzes des Komitees für Staatssicherheit (KGB) rückte er zum Kandidaten des Politbüros auf und gehörte ihm seit 1973 als Mitglied an. Wie Breschnew bekleidete Andropow in seiner kurzen Amtszeit als Generalsekretär auch den Posten des nominellen Staatsoberhauptes.

Nur in Ansätzen ließ er eine neue Politik erkennen. Eher traditionell wirkte sein Feldzug gegen Korruption, Schlendrian und Sippenwirtschaft. Die Forderung nach „Disziplin und Ordnung“ zielte aber auch auf „tiefgreifende qualitative Veränderungen“ der Produktivkräfte und auf eine „Vervollkommnung“ der Produktionsverhältnisse.

Eine Reihe von Verordnungen, nicht zuletzt die vom 18. August 1983 „Über die Maßnahmen zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Volkswirtschaft“, richtete das Augenmerk auf erhöhte Investitionen im Technologiebereich. Im Agrarsektor strebte die Führung eine bessere Abstimmung zwischen Erzeugung, Verarbeitung und Vertrieb an, wobei den unteren Ebenen mehr Entscheidungsspielraum zugestanden werden sollte.

Obgleich Andropow wegen solcher Pläne umgehend zu den „Modernisten“ gezählt wurde, verwies eine aufsehenerregende inoffizielle Analyse der Wissenschaftlerin Tatjanu Saslawskaja aus dem Jahre 1983 („Nowosibirsker Studie“) unverblümt auf die bestehenden Mängel des Systems, vor allem auf die veralteten Strukturen der bürokratischen Planwirtschaft. Die Widersprüche im sozialen Aufbau der Gesellschaft konnten demnach nur durch eine Dezentralisierung, die Zulassung begrenzter Marktverhältnisse und leistungsorientierte Arbeitsverhältnisse beseitigt werden. Aus gesundheitlichen und machtpolitischen Gründen war Andropow aber nicht imstande, ein solches für sowjetische Verhältnisse kühnes Konzept in Angriff zu nehmen.

Nikolaus Katzer

Generationswechsel: Gorbatschows Machtantritt

Aufstieg Gorbatschows

Mit Michail S. Gorbatschow (geboren 1931) erlebte die Sowjetunion bereits den vierten Generalsekretär in nur 28 Monaten. Einer bäuerlichen Familie der nordkaukasischen Region Stawropol entstammend, war er während eines Studiums der Rechtswissenschaften in Moskau zwischen 1950 und 1955 der Partei beigetreten und danach lange Jahre in Parteiorganen seiner Heimat tätig gewesen. Nach dem Abschluß eines Fernstudiums als Diplomagrnom im Jahre 1967 folgte ein rascher Aufstieg. Als erster ausgebildeter Jurist seit Lenins Zeiten stieß er 1980

Tschernenko (1984–1985)

Dies galt auch für seinen Nachfolger, Konstantin U. Tschernenko (1911–1985), dessen dreizehnmönatige, politisch konturlose Herrschaft – die er am Ende, von Krankheit und Alter gezeichnet, nicht mehr persönlich ausüben konnte – den Eindruck einer entschlußlosen Parteispitze verstärkte. Der Sohn eines sibirischen Bauern war im Jahre 1931 der Partei beigetreten. Nach dem Krieg übernahm er zunächst die Leitung der Abteilung für Agitation und Propaganda beim ZK der Kommunistischen Partei der Republik Moldawien, die unter Breschnews Führung stand. Als dessen enger Mitarbeiter gehörte Tschernenko seit 1971 dem ZK und seit 1978 dem Politbüro der KPdSU an. Nach seinem Machtantritt (Februar 1984) deuteten ein Annäherungsversuch an die Volksrepublik China im September 1984 und die Aufstellung neuer Kurzstreckenwaffen in der DDR und in der Tschechoslowakei auf ein unbedingtes Festhalten am militärischen und ideologischen Konfrontationskurs gegenüber dem Westen hin.

Gleichwohl schien auch Tschernenko begrenzten Reformen nicht abgeneigt zu sein. Zur Verbesserung der fachlichen Ausbildung von Arbeitern wurde am 10. April 1984 eine längst fällige Bildungsreform eingeleitet. Wegweisend für die folgenden Jahre sollte jedoch eine Konferenz werden, die im Dezember desselben Jahres unter dem Thema „Die Vervollkommnung des entwickelten Sozialismus“ stattfand. In einem Grundsatzartikel zu diesem Treffen lieferte Tschernenko alle Stichwörter, die vor ihm bereits Andropow, sehr viel konsequenter aber nach ihm Gorbatschow zu einem Krisenprogramm verknüpfte. Dazu zählten die „Intensivierung“ der Wirtschaft, die „Beschleunigung“ des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die „Vervollkommnung“ und „Verbesserung“ der sozialistischen Wirtschaftsführung sowie „Glasnost“ (deutsch: Öffentlichkeit, Offenheit) als Mittel zu einer geistigen Erneuerung des Landes.

in das höchste Machtorgan, das Politbüro, vor. Ein Zimmergenosse während des Jura-Studiums, Zdenek Mlynar, tschechischer Reformkommunist des „Prager Frühlings“ von 1968, erinnerte sich an Gorbatschows schon damals gezeigte Offenheit, Intelligenz, Anpassungsfähigkeit und an sein ausgeprägtes Selbstbewußtsein. Mit Geschick, Beziehungen und Glück bahnte sich der Provinzfunktionär den Weg an die Parteispitze. Seit 1970 nutzte er den Posten als Erster Sekretär des Gebietskomitees von Stawropol, um die dort zur Kur weilenden hohen Funktionäre aus Moskau auf sich aufmerksam zu machen. Als bald bürgten neben Andropow und Tschernenko auch der Chefideologe Suslow



Der Neue im Kreml:
Konstantin Tschernenko, 74.

für das Emporkommen ihres Schützlings noch zu Breschnews Zeiten. Mit Andropow verband ihn der Wunsch nach einer Verjüngung der Funktionärskader und nach einer entschiedeneren Bekämpfung der Korruption. Mit Tschernenko teilte er gemeinsame Ansichten in der Sozialpolitik. Nicht zuletzt hatte er sich aber auch als Landwirtschaftsexperte einiges Ansehen erworben.

Entscheidung über den künftigen Kurs

Diese scheinbar günstige Ausgangslage ergab jedoch zum Zeitpunkt des Machtwechsels keineswegs eindeutige Mehrheitsverhältnisse im Politbüro zugunsten des jungen, dynamischen Aufstiegers. Wie es scheint, gab bei Stimmengleichheit mit einem konservativen Gegenkandidaten das Votum des altgedienten Außenpolitikers Gromyko den Ausschlag für Gorbatschow. Der Generationswechsel an der Spitze der Sowjetunion fand somit nur „einmütig“, nicht aber „einstimmig“ wie bei den Vorgängern statt. Folgt man gewissen Hinweisen, so verbarg sich hinter dieser Kampfabstimmung weniger ein reines Machtduell, als vielmehr bereits eine Entscheidung über den künftigen Kurs. Zur Debatte stand die Alternative: entweder die Reorganisation des Landes mittels einer „Demokratisierung“, die alle Bereiche der Gesellschaft erfaßte, ohne das System preiszugeben, oder aber ein harter Stabilisierungskurs mit Rückgriffen auf stalinistische Methoden. In seiner Antrittsrede als Generalsekretär vom 11. März 1985 bekannte sich Gorbatschow zur ersten Möglichkeit und forderte:

„Wir müssen eine entscheidende Wende bei der Umstellung der Volkswirtschaft auf das Gleis der intensiven Entwicklung durchsetzen. Wir müssen in kurzer Frist die vorder-

sten Positionen in der Wissenschaft und Technik und den Welthöchststand bei der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit erreichen, ja wir sind verpflichtet dazu.“

Dahinter verbarg sich zunächst nicht mehr als eine verklausulierte Wiederholung der seit Lenins Zeiten strapazierten Formel vom „Einholen“ und „Überholen“ der westlichen Industrieländer. Auf der programmatischen Konferenz vom Dezember 1984 hatte Gorbatschow den angekündigten Kraftakt mit

der wirtschaftlichen Revolution unter Stalin verglichen:

„Der Prozeß der Intensivierung der Wirtschaft muß das Anliegen des ganzen Volkes werden und den gleichen politischen Stellenwert erlangen wie seinerzeit die Industrialisierung des Landes“.

Was der neue Generalsekretär im einzelnen mit dem radikalen „Umbau“ (russisch: *perestrojka*), meinte, ließ er nur nach und nach erkennen.

Nikolaus Katzer

Perestrojka in der Innenpolitik

Am meisten beeindruckt zeigten sich die sowjetische Bevölkerung und die westliche Öffentlichkeit von der ungewöhnlichen Ausstrahlungskraft und dem Elan des neuen Generalsekretärs. Weniger Beachtung fanden zunächst die vielfältigen Bezüge seines Programms zu ähnlichen Vorarbeiten aus der ersten Hälfte der achtziger Jahre, seine Abhängigkeit von alten Kräften in Partei und Staatsapparat und seine Verbundenheit mit den Grundprinzipien des Sowjetsystems. Diese traten unverkennbar auf dem XXVII. Parteikongreß der KPdSU (25. Februar bis 6. März 1986) zutage, dessen Reden und Debatten insgesamt einen sehr widersprüchlichen Eindruck hinterließen. Obwohl Gorbatschow die wirtschaftspolitische Strategie einer „Beschleunigung“ mit „revolutionären Veränderungen“ gleichsetzte, blieben sein Rechenschaftsbericht, die vom Parteitag beschlossene Neufassung des Parteiprogramms, das abgeänderte Parteistatut sowie die Direktiven zum Fünfjahrplan 1986–1990 und der Perspektivplan bis zum Jahr 2000 meist konkrete Antworten auf die akuten Fragen schuldig. Zwar wies der Parteitag gewisse Parallelen zum berühmten XX. Parteitag von 1956 auf, der ebenfalls eine Zwischenphase beendet und ein deutliches Signal in einer Umbruchphase gesetzt hatte. Gorbatschow drückte dem jetzigen Kongreß seinen Stempel eher durch einen flexiblen und für sowjetische Verhältnisse unkonventionellen Führungsstil als durch eine von ihm ausgegebene Generallinie mit faßbaren Ausführungsbestimmungen auf.

Alte und neue Kräfte

Die Neuwahlen zu den Parteigremien brachten Gorbatschow wenig Rücken- deckung. Unübersehbar blieb er in eine wenig verheißungsvolle Koalition mit alten Funktionären wie dem nationalkonservativen Politbüromitglied Jegor K. Ligatschow und dem als Außenminister abgelösten neuen Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet Andrej A. Gromyko eingebunden. Glaubwürdigkeit bezogen die Bekenntnisse zur Perestrojka vor allem aus der Dyna-

mik einzelner Persönlichkeiten wie dem Moskauer Parteichef und späteren Präsidenten Rußland, Boris N. Jelzin, und dem neuen Außenminister Edward A. Schewardnadse. Daneben aber erklangen unüberhörbar die drohenden Töne des KGB-Chefs Wiktor M. Tschebrikow, der vor ausländischen Agenten, „ideologischer Subversion“ und „antisozialistischen Bestrebungen“ auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft warnte. Unter einer Umgestaltung und Stärkung von Partei und Staat verstand der Vorsitzende für Parteikontrolle Michail S. Solomenzew dementsprechend eine „Säuberung ihrer Reihen“ von „schädlichen Elementen“, nicht aber eine Neubesetzung mit unverbrauchten politischen Kräften. Insgesamt herrschte der Eindruck vor, Gorbatschows Stunde sei noch nicht gekommen. Dafür sprach, daß er das neue Parteiprogramm nicht direkt mit seinem Namen verknüpft wissen wollte. Doch schon jetzt war absehbar, daß das Festhalten am kollektiven Führungsprinzip eine eigenständige, unabhängige Politik nur noch außerhalb der Partei ermöglichen würde. Einen solchen Gedanken aber wies Gorbatschow bis zu seiner Entmachtung weit von sich.

Dynamischer Wandlungsprozeß

Zwischen dem hohen Anspruch des neuen Kurses und den wirklich ergriffenen Maßnahmen klappte eine sich stetig verbreiternde Kluft. Der ungeachtet dessen einsetzende Wandlungsprozeß folgte einer eigenen Dynamik. Trotz mehrfacher Umbesetzungen entglitt der Führung unter Gorbatschow die Kontrolle über das Geschehen im Lande. In dem Bemühen, die noch bestehenden Bastionen der Partei zu halten, manövrierte sie sich in eine nur mehr reagierende Position. Konzepte für das Kernstück der Perestrojka, die Wirtschaftsreform, oder die Entwürfe für einen neuen Unionsvertrag waren meist bei der Bekanntgabe schon von den Ereignissen überholt oder wurden in fruchtlosen Debatten zerredet oder ganz zurückgezogen. Immer wieder offenbarte sich das Fehlen eines

umfassenden Gesamtkonzepts. Gorbatschows Rückhalt im eigenen Lande schwand rapide, während er sich gleichzeitig um dessen Kreditwürdigkeit im Ausland sorgte, wo er wegen seiner außenpolitischen Konzessionsbereitschaft hohes Ansehen genoß.

Entgegen allen Bekundungen zur demokratischen Legitimation der Staatsorgane nahm Gorbatschow schließlich Zuflucht zu einer weiteren Machtkonzentration in seinen Händen, ohne sich allerdings von den Fesseln der Partei freizumachen. Von dem nur teilweise frei gewählten sowjetischen Parlament, dem neugeschaffenen „Kongreß der Volksdeputierten“ mit 2250 Mitgliedern, ließ er sich am 15. März 1990 in das auf ihn zugeschnittene Amt des Präsidenten der Sowjetunion einsetzen. Mit gewisser Berechtigung konnte er auf die Unterstützung jener zählen, die nach einer „starken Hand“ verlangten. Zugleich weckte dieses Verfahren den Verdacht, er beabsichtige lediglich, die Parteidiktatur gegen die erstarkenden demokratischen Kräfte zu verteidigen. Nicht ohne Grund warf ein maßgeblich vom Staatssicherheitsdienst KGB inszenierter Putschversuch mit undurchsichtigen Zielsetzungen am 19. August 1991 lange Schatten auf Gorbatschow, weil ausgerechnet die reaktionären Kräfte, die er selbst in die Regierung berufen hatte, unter den Anführern zu finden waren. Ein „Notstandskomitee“ aus acht Verschwörern um den Vizepräsidenten Gennadij I. Janajew, Innenminister Boris K. Pugo, Verteidigungsminister Dmitrij Jasow, KGB-Chef Wladimir A. Krjutschkow und Ministerpräsident Walentin Pawlow erklärte den Ausnahmezustand und entzog dem im Urlaub befindlichen Gorbatschow die Macht. Wegen des mutigen Widerstandes der russischen Regierung unter Präsident Jelzin und wegen des Überlaufens großer Armeeteile auf deren Seite konnte Gorbatschow zwar seine Amtsgeschäfte in Moskau noch einmal aufnehmen. Doch kehrte er als ein geschlagener Mann zurück und mußte sich in sein baldiges politisches Ende und das definitive Scheitern seiner systemimmanenten Perestrojka fügen.

Unter anderem gegen die unmittelbar bevorstehende Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages gerichtet, zeitigte der Umsturzversuch ganz gegenteilige Folgen: Die Sowjetunion wurde zum Jahresende 1991 aufgelöst und mit ihr alle Zentralbehörden. Der Putsch versetzte der kommunistischen Parteiherrschaft ebenso den Todesstoß wie dem KGB, mit dem vorläufig die berüchtigte Tscheka-Tradition endete. Es mußte vielen unglaublich erscheinen, daß das Standbild ihres Begründers Dserschinskij auf dem Platz vor der gefürchteten Zentrale des Staatssicherheitsdienstes in Moskau fiel und die gesamte Organisation einer Untersuchung unterzogen werden sollte, hatte doch spätestens seit Stalins Terror die lähmende Angst vor der allgewaltigen Maschinerie zum Lebensgefühl ganzer Generationen gehört.

In Rußland und anderen Republiken wurde die Kommunistische Partei verboten und ihr gewaltiges Vermögen beschlagnahmt. Unumkehrbar hatte die nachsowjetische Geschichte begonnen.

„Glasnost“, „Demokratisierung“ oder Rechtsstaat?

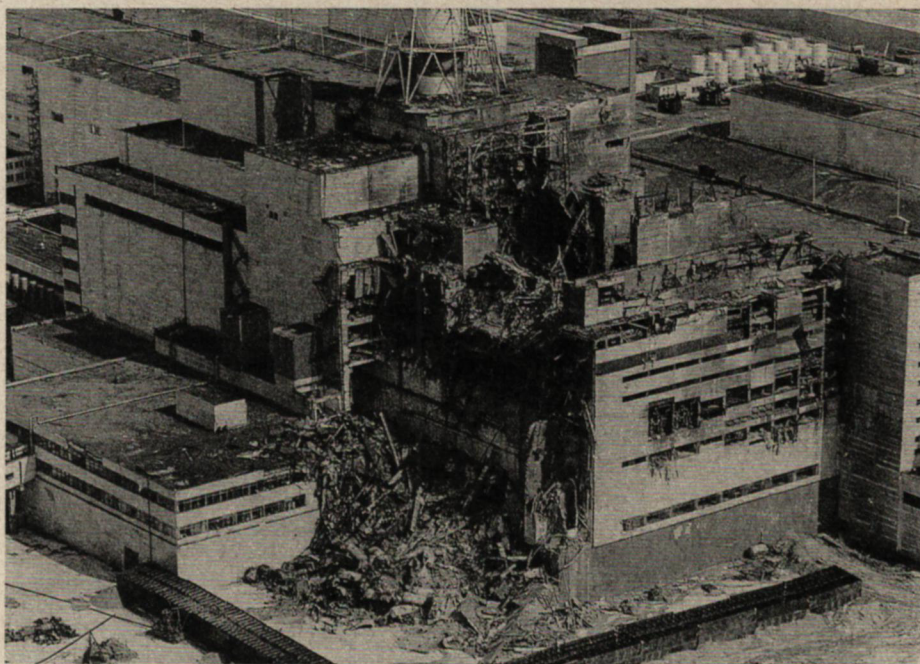
Glasnost, ein scheinbar beiläufiges Element des neuen Kurses, stellte die lähmende Balance der Kräfte im Politbüro von Beginn an auf eine harte Bewährungsprobe. Entgegen allen anderen Absichten erwies es sich als Motor des Wandels. An immer neuen Enthüllungen entzündete sich eine für den Sowjetbürger in solcher Offenheit völlig unbekannte Diskussion über Verbrechen und Fehler der eigenen Geschichte, die fast zwangsläufig in eine zunehmend schärfere Kritik an den bestehenden Mängeln des Systems mündete. Da es zuvor Aufgabe der sowjetischen Medien gewesen war, die Bevölkerung über die tatsächlichen Zustände im Lande hinwegzutäuschen und dabei die Grenzen zwischen der Selbstdarstellung des Systems und der Wirklichkeit zu verwischen, traf die erschreckende Nachrichtenflut auf ein unvorbereitetes und verunsichertes Publikum. Die Atomreaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 und die ungeschminkten Berichte von Umweltschäden größten Ausmaßes in allen Teilen der Sowjetunion untergruben das Vertrauen der Bevölkerung in die Leistungsfähigkeit und Kompetenz des Partei- und Staatsapparates.

Dilemma zwischen Freiheit und Gängelung

Auf Gorbatschows persönliche Anweisung durfte der Regimekritiker Andrej Sacharow im Dezember 1986 aus seinem Verbannungsort Gorkij (heute wieder: Nischnij Nowgorod) nach Moskau zurückkehren. Mit der Entlassung zahlreicher weiterer Dissidenten aus der Lagerhaft schien der Generalsekretär eine neue Epoche des Vertrauens in die Staatsmacht beginnen und Zeichen der Versöhnung setzen zu wollen. Darüber hinaus konnte er sich von einer Lockerung der Zensur jene zuverlässigen Daten über die aktuelle Lage versprechen, die künftige Erfolge oder Mißerfolge seiner Politik überhaupt erst meßbar machten. Jenseits dieser konkreten Nutzenanwendung war Glasnost aber kaum im Sinne westlicher Presse- und Meinungsfreiheit gemeint gewesen. Zwar ging Gorbatschow über Chruschtschows „Taufwetter“ deutlich hinaus, glaubte aber auch, den angestrebten gesellschaftlichen Pluralismus durch eine weiterhin führende Rolle der KPdSU und ihre normsetzende Ideologie bändigen zu können. Aus diesem Dilemma zwischen Freiheit und Gängelung vermochte sich Gorbatschow nicht zu lösen. Als bald wurde die neue Führungsmannschaft nicht mehr nur an den Liberalisierungen gemessen, sondern an Erfolgen in der Wirtschaftspolitik und bei der Behebung von Versorgungsengpässen. Die blieben jedoch aus.

Gorbatschows Verständnis von Demokratisierung

Kritik zog Gorbatschow auch mit dem Schlagwort von der „Demokratisierung“ auf sich, weil er darunter nicht den Weg zu ei-



Der Atomreaktor Tschernobyl nach dem Unfall am 26. April 1986.

nem parlamentarisch-demokratischen System verstand. Mit dem auf dem Plenum des ZK im Januar 1987 eingeleiteten Kurs der „Erneuerung“ wollte er lediglich „das gesamte Potential des Sozialismus mobilisieren“ und die sowjetische Gesellschaft in eine weitere Etappe der Perestrojka führen. Der Kongreß der Volksdeputierten der Sowjetunion bildete – im Unterschied zum frei gewählten Gegenstück in Rußland – nur ein halbdemokratisches Repräsentativorgan. Gleichwohl schlugen dem Präsidenten auch hier in bis dahin ungewohnter Weise kritische Töne entgegen. Bezugspunkt aller ökonomischen, sozialen und politischen Maßnahmen Gorbatschows blieb der Sozialismus sowjetischer Prägung. Entsprechend leitete er sein Verständnis von Demokratie als einer „realen und immer aktiveren Teilnahme des Volkes“ von den Absichten des ersten Sowjetführers ab und forderte die „Wiederherstellung der Leninschen Prinzipien Glasnost, der gesellschaftlichen Kontrolle, der Kritik und Selbstkritik sowie der Aufrichtigkeit in der Politik, die in der Einheit von Wort und Tat besteht“.

Die nachdrückliche Betonung einer lebenswichtigen Bedeutung der Demokratie und ihre gleichzeitige Einschränkung auf Lenins Version eröffnete wenig Handlungsspielraum. Als bald konnte die Revolution der Worte mit den eigendynamischen faktischen Veränderungen nicht mehr Schritt halten. Allenfalls die städtische Intelligenz und auch sie nur für kurze Zeit gab sich mit der Einführung von Alternativkandidaten bei Wahlen, mit der Ankündigung einer verbesserten Rechtsordnung und größerer Beteiligung der Bevölkerung am öffentlichen und staatlichen Leben zufrieden. Bürgerrechtler forderten mehr. Bis zu seinem Tod (1989) klagte der Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow unermüdlich mehr demokratische Rechte ein. Immer vernehmlicher wurde der Ruf nach einer Zurückdrängung der Parteiherrschaft und nach Parteienpluralismus.

Einen besonderen Platz im Rahmen der Glasnost nahm die anfangs sensationelle Mediendebatte über „vergessene Namen“ und „weiße Flecken“ in der sowjetischen Geschichte, in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Politik ein. Zunächst noch reglementiert, überschwemmte in kürzester Frist eine unübersehbare Fülle von Werken alter und neuer, verfemter und nur in der Fremde gewürdiger Autoren und Künstler den Presse- und Buchmarkt, darunter so bekannte Namen wie die Schriftsteller Wladimir Nabokow, Jewganij Samjatin, Michail Bulgakow, Ossip Mandelstam, Boris Pasternak, Anna Achmatowa, Alexander Solschenizyn, die Maler Marc Chagall, Wassilij Kandinsky oder auch Leo Trotzki und Nikolaj Bucharin. Als Neubeginn wurde die Wiederentdeckung des vorrevolutionären geistigen Erbes gefeiert, das über Jahrzehnte unterdrückt und vernachlässigt worden war.

Krisenstimmung

Die Versorgungskrise wirkte sich nachteilig auf das innenpolitische Klima aus und gefährdete die ohnehin labilen demokratischen Fortschritte. Berichte über das wahre Ausmaß von Kriminalität, Bandenwesen, Korruption und Umweltzerstörung erzeugten Krisenstimmung und schürten die Furcht vor Anarchie, Chaos und Bürgerkrieg. Weder Gorbatschow noch der Parteiapparat, oder die Regierungsorgane zeigten sich den Problemen gewachsen. Im Sommer 1991 fühlten sich daher jene zum Handeln berufen, die in völliger Fehleinschätzung der Lage glaubten, die Entwicklung zurückdrehen zu können. Für sie hatte Ligatschow bereits im März 1987 die Stimme erhoben und eine Ehrenrettung des sowjetischen Weges verlangt:

„Wir sind für einen ehrlichen und offenen Blick zurück, aber wir sind entschieden gegen die Verfälschung unserer glorreichen Vergangenheit und gegen die Darstellung

unserer Geschichte als einer ununterbrochenen Kette von Fehlern und Enttäuschungen“.

Die Zeit Stalins oder Breschnews sollte wieder im wesentlichen unter dem Blickwinkel der errungenen Erfolge betrachtet werden.

Pressefreiheit

Begriff und Inhalt von Glasnost durchliefen in den sechs Jahren der Perestrojka einen erheblichen Bedeutungswandel. Aus einer ursprünglich gesteuerten Meinungsbildung im Interesse der Perestrojka entfaltete sich schließlich die Pressefreiheit, die am 1. August 1990 durch ein Mediengesetz abgesichert wurde. Das Verlags- und Pressewesen veränderte völlig sein Gesicht. Die zentralen und regionalen Parteiorgane büßten ihre beherrschende Stellung ein und wurden von neuen Zeitungen und Zeitschriften oder altingesessenen überflügelt, die sich für unabhängig und überparteilich erklärten und die zum Teil hohe Millionenauflagen erreichten. Damit scheiterte der Versuch Gorbatschows, durch die Nutzung moderner Kommunikationsmittel, aber ohne freie Oppositionsorgane eine „neue moralisch-ethische Atmosphäre“ im gesellschaftlichen Leben zu schaffen. Vielmehr brach sich ein elementarer Freiheitswille Bahn, der auch vor demokratischen Grenzen nicht Halt machte. So nutzten extreme Wortführer und zunächst illegal tätige Parteien, vor allem radikal nationalistische, den Freiraum, um Emotionen und Leidenschaften anzuheizen.

Unsichere Rechtsgrundlagen

In dieser Atmosphäre drohten die Keime eines demokratischen Lebens (Wahlkampagnen, Parteien, Verbände, Vereine, Demonstrationen, Redefreiheit) früh zu ersticken. Gorbatschows erstmals auf der XIX. Parteikonferenz 1988 formulierte Perspektive eines „sozialistischen Rechtsstaats“ hatte keine Aussicht mehr auf Unterstützung. Dazu fehlte auch eine klare Stellungnahme, ob eine wirkliche Rechtsreform angestrebt und das Recht als eigenständige Instanz über der Politik stehen würde, oder ob sie lediglich Hilfsmittel beim politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbau sein sollte. Die Diskussion über ein Verfassungsgericht, dessen bloße Existenz der bisherigen Einheit der Staatsgewalt und der Allmacht der Volksvertretung zuwidergelaufen wäre, verlief ohne den nötigen Nachdruck. Dies lag nicht nur am Unwillen der Regierung oder an der Unterentwicklung des Rechtswesens, sondern auch an einem verbreiteten Desinteresse an Rechtsfragen. Die Vielzahl von Gesetzesvorhaben vor allem im Bereich der Wirtschaft, gewisse Schritte zu einer Unabhängigkeit der Gerichte, zu einer größeren Eigenständigkeit der Staatsanwaltschaft und zu einer Verwaltungsgerichtsbarkeit konnten im Zeichen des allgemeinen Verfalls nur sehr vage die Hoffnung auf eine rechtsstaatliche Entwicklung nähren. Meist hinkte die Schaffung gesetzlicher Grundlagen längst eingetretenen politischen Veränderungen hinterher.

Das Ende der KPdSU

Die seit sieben Jahrzehnten allein regierende Kommunistische Partei der Sowjetunion präsentierte sich in den Jahren des großen Reformversuches ihres letzten Generalsekretärs als unbeweglicher Koloß der Macht. Gorbatschows Veränderungswille fand in den Reihen ihrer 19 Millionen Mitglieder wenig Widerhall. Als nicht erneuerungsfähig erwiesen sich auch die Führungsgremien, die nach dem XXVII. Parteitag von 1986 noch immer zu zwei Dritteln die Besetzung aus der Breschnew-Zeit aufwiesen. Um einen Generationswechsel zu vermeiden, stockte man die Mitgliederzahl des ZK kurzerhand um jüngere Funktionäre auf und schuf dadurch das größte ZK seit Bestehen der Partei.

Es ist naheliegend zu fragen, warum sich Gorbatschow fast bedingungslos einer Staatspartei verschrieb, die einzelne Reformvorhaben hintertrieb und die sich schließlich nach dem Putschversuch vom August 1991 weitgehend widerstandslos in ihr Schicksal fügen mußte. In den meisten Republiken wurde sie verboten oder versuchte unter verändertem Namen zu überleben, ihre Konten wurden gesperrt, das allgegenwärtige Zentralorgan „Prawda“ sank nach einem vorübergehenden Verbot zur Bedeutungslosigkeit herab. Lenin-Denkmäler fielen, und die Stadt Leningrad erhielt wieder ihren alten Namen Sankt Petersburg zurück.

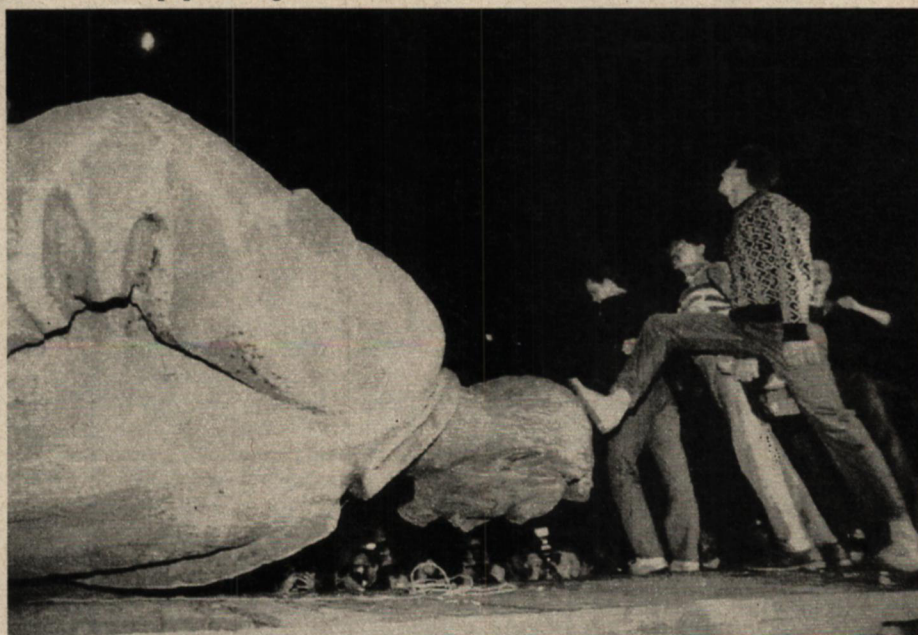
Gorbatschows Illusionen

Ausschlaggebend für Gorbatschows Parteifreunde dürfte die Einsicht gewesen sein, daß es die Logik des Sowjetsystems erforderte, Reformen aus der alles beherrschenden Par-

tei heraus zu beginnen. Er betrat den Weg der Veränderung als Kommunist und verließ ihn als solcher. Insofern spielten neben den pragmatischen Erwägungen seine Überzeugungen eine zentrale Rolle. Sie waren von Illusionen nicht frei. Beispielsweise endete der Versuch, den Parteisekretären aller Ebenen durch eine Direktwahl der Bevölkerung die demokratische Weihe zu verleihen, im Fiasko. Schon bei den halbfreien Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten im März 1989 fielen zahlreiche Gebietssekretäre durch. An seinem Glauben in die Möglichkeit einer Demokratisierung der Partei hielt Gorbatschow dessen ungeachtet fest. Daran änderte sich auch nichts, da er ein maßgeblich von ihm bestimmtes Programm, das einen „humanen, demokratischen Sozialismus“ versprach, erst auf dem XXVIII. und letzten Parteitag der KPdSU im Juli 1990 und zudem nur gegen heftigen Widerstand durchsetzen konnte. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Partei ihre maßgebende Rolle bereits eingebüßt. Da ihr kaum jemand eine wirkliche Erneuerung noch zutraute, konnte auch der Verzicht auf das verfassungsmäßig verankerte Machtmonopol den Niedergang nicht bremsen. Schon 1986 hatte man Abschied von der längst überholten Formel der „Diktatur des Proletariats“ genommen, sich aber weiterhin als „Kern des politischen Systems“ der „sozialistischen Demokratie“ verstanden. Das Spiel mit Formeln weckte zunehmend Mißtrauen und provozierte ketzerische Fragen. Jelzin etwa spottete über die Funktionsärselite:

„Hat man sich erst einmal bis zur Spitze der Parteionomenklatura hochgearbeitet, dann hat man alles – der Kommunismus ist da! ... Erinnern wir uns an das Grundprinzip der lichten kommunistischen Zukunft: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen‘ ... Von den Fähigkeiten habe ich bereits gesprochen, es sind leider nicht

Das Ende der Sowjetmacht. Die bisher allmächtige Geheimpolizei KGB ist nicht mehr in der Lage, das Denkmal ihres Gründers zu schützen. Nach dem gescheiterten Putsch im August 1991 wurde die Statue Felix Dserschinskis, des ersten Chefs der Tscheka, vor der Lubjanka, dem KGB-Hauptquartier, gestürzt.



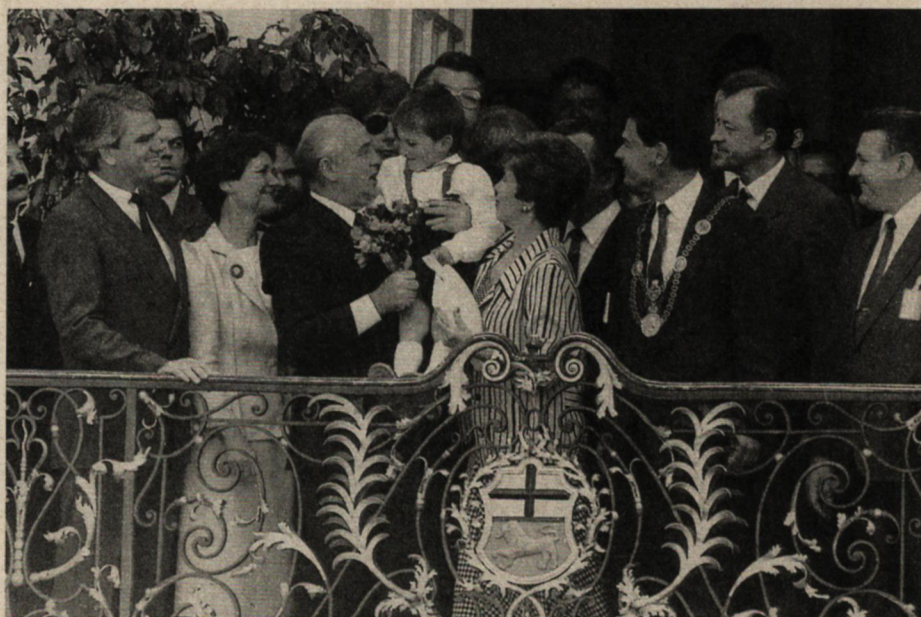
allzu viele vorhanden. Aber die Bedürfnisse! Sie sind so groß, daß man den echten Kommunismus bislang erst für zwei Dutzend Menschen errichten konnte.“

Von einer Arbeiterpartei konnte schon deshalb nicht mehr die Rede sein, weil nur etwa ein Viertel der Parteidelegierten von 1986 und nur etwa sieben Prozent der ZK-Mitglieder tatsächlich Arbeiter, untergeordnete Angestellte oder Bauern waren.

Neue Bewegungen und Parteien

Mit der von Gorbatschow gewünschten Selbstbeschränkung der Partei wollte sich die in kurzer Frist entstandene politische Öffentlichkeit nicht abfinden und geriet in Opposition zum Partei- und Staatsapparat. In das von der KPdSU hinterlassene, allmählich wachsende Vakuum stießen trotz der bis Oktober 1990 eingeschränkten Versammlungsfreiheit zahlreiche Interessengruppen, Bewegungen und Parteien vor, die ein sehr allgemeines Bekenntnis zur Demokratie und gegen den Kommunismus verband. Stellungnahmen zu konkreten, brennenden Tagesfragen bildeten eher die Ausnahme. In der Vergangenheit hatte sich Opposition – meist beschränkt auf kleine Gruppen und Einzelpersonen – vor allem aus religiösen, nationalen oder allgemein „demokratischen“ Motiven formiert. Ende der achtziger Jahre handelte es sich hingegen teilweise um spontane Massenerscheinungen.

Aus diesen Vorläufern entwickelte sich nach Gorbatschows Amtsübernahme eine bunte Palette politischer und gesellschaftlicher Vereinigungen. Allein in den drei slawischen Republiken Rußland, Ukraine und Weißrußland bestanden um die Wende zu den neunziger Jahren Dutzende von Parteien, über deren Mitgliederzahl und Programme meist aber nur spekuliert werden konnte. Nur sehr eingeschränkt ließen sich viele von ihnen mit westlichen demokratischen Maßstäben und Traditionen vergleichen, selbst wenn Namen und Losungen Ähnlichkeiten suggerierten. Das Spektrum umfaßte zahlreiche Nuancen extremer, radikaler und gemäßigter Ausrichtung, angefangen mit Nationalisten, über Sozialdemokraten, Liberale und Konservative bis zu Christdemokraten. Dazu gehörten auch demokratisch orientierte Abspaltungen von der KPdSU. Großen Einfluß übten vorübergehend spontane Massenbewegungen im Umfeld von Wahlen aus, etwa das „Demokratische Rußland“, das ohne besondere organisatorische Voraussetzungen zeitweise 1,5 Millionen Mitglieder um sich versammelte. In einzelnen Republiken stärkten überparteiliche „Volksfronten“ (wie „Sajudis“ in Litauen oder „Ruch“ in der Ukraine) die zentrifugalen Kräfte und wurden zu Sammelbecken der Unabhängigkeitsbewegung. Zur größten und am besten organisierten Partei im engeren Sinne entwickelte sich bis Anfang der neunziger Jahre die liberalkonservative „Demokratische Partei Rußlands“ (DPR) mit schätzungsweise 45 000 Mitgliedern.



Generalsekretär Michail Gorbatschow, in fast jeder Hinsicht das Gegenbild des typischen sowjetischen Apparatschiks, war im Ausland bald beliebter als in seinem Land. Bei seinem Besuch in Bonn im Juni 1989 wurde „Gorbi“ von der Bevölkerung begeistert empfangen.

Spaltungen und Fraktionsbildungen

Insgesamt hatten jene Parteien am ehesten Aussicht auf eine innere Festigung, die sich auf bestehende oder sich entfaltende soziale Gruppen und Schichten orientierten. Dazu zählen in erster Linie die national ausgerichteten Parteien, Bauernparteien, Bergarbeiterparteien und Unternehmerparteien. Ansonsten wird das Geschehen vorerst beherrscht von Spaltungen und innerparteilichen Fraktionsbildungen, die die Anzahl der Splitterparteien beständig erhöhen. Wenn gleich einzelne von ihnen, wie etwa die Konstitutionell-Demokratische Partei („Kadetten“) oder die Monarchisten an vorrevolutionäre Vorbilder oder Zustände anknüpfen wollen, dürfte ein solcher Brückenschlag wegen der längst abgerissenen Traditionen kaum gelingen. Die Zerschlagung des noch jungen Parteiwesens durch die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution von 1917 hat die ohnehin zaghaften demokratischen Ansätze radikal unterbrochen.

Nach dem Zerfall der Einparteidiktatur herrschte daher zunächst große Abneigung, sich überhaupt politisch zu betätigen. Den deshalb zwangsläufig sehr kleinen Parteien fehlte somit die soziale Verankerung, und sie blieben meist von Intellektuellen geprägt. Erst allmählich und abhängig vom Tempo der Wirtschaftsreform und der Auflösung der weiterbestehenden Strukturen in Staat und Verwaltung werden die gesellschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für ein funktionierendes Parteienwesen und eine parlamentarische Entwicklung entstehen. Möglicherweise fällt aber auch den Parteien im jetzigen Stadium die Aufgabe zu, maßgeblich am Aufbau einer Staatsbürgergesellschaft mitzuwirken. Solange aber die Verhältnisse krisenhaft und labil bleiben, droht ein Aufschwung der nationalistischen Parteien oder Gesellschaften wie „Pamjat“ (deutsch: Erinnerung), die Mitte der achtziger Jahre in

Rußland als kulturelle Organisation zur Denkmalpflege entstanden war, danach aber militante und antisemitische Züge annahm.

Einen weiteren Unsicherheitsfaktor bilden die unklaren Stimmverhältnisse in den nur teilweise frei gewählten Republiksparlamenten, die weithin intakten Verwaltungsapparate auf allen Ebenen mit den alten Kadern, der im Umbau befindliche Sicherheitsapparat sowie die Demokratiebereitschaft und -fähigkeit der Bevölkerung. Insofern hat sich zu Beginn der neunziger Jahre in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion zwar ein Meinungspluralismus, aber noch kein funktionsfähiges Mehrparteiensystem herausgebildet.

Das Aufbegehren der Nationalitäten

Unmittelbar nach den ersten Lockerungen des Sowjetsystems klagten einige der über hundert Völker und Völkerschaften die Anerkennung ihrer nationalen Rechte ein. Selbsternannte, alsbald auch durch Volksabstimmungen und Wahlen legitimierte Vertreter forderten die Beendigung der Russifizierungs- und Überfremdungspolitik, die sich hinter dem maßgeblich von Stalin entworfenen Modell „nationaler Autonomie“ verbarg. Der Protest regte sich nicht nur in den teils gewachsenen, teils künstlich gebildeten Unionsrepubliken (SSR), sondern auch in den 20 „Autonomen Republiken“ (ASSR), 8 „Autonomen Gebieten“ und 10 „Autonomen Kreisen“ der Sowjetunion. In einigen Fällen ging es um die Wiedergewinnung eines gewaltsam unterdrückten Nationalbewußtseins, in anderen um Wiedergutmachung und Rehabilitation brutal deportierter, willkürlich getrennter oder zwangsweise vereiniger und assimilierter Völker.

Das Tauziehen zwischen der Zentralgewalt und den Republiken erschütterte die bisherigen Machtstrukturen. Die auseinanderstrebenden Kräfte beschleunigten die Demokratisierung, die nicht auf der Unionebene, sondern in den Republiken konkrete Gestalt annahm. Zugleich zerbrach der erzwungene Frieden zwischen den Völkern, und es kamen alte nationale Feindseligkeiten wieder zum Vorschein, die in den Jahrzehnten der Unterdrückung weniger abgebaut als verstärkt worden waren. In einigen Republiken sahen sich die Russen nun in die Lage einer nationalen Minderheit versetzt.

Das Aufbegehren der Völker beruhte nicht allein auf nationaler Unzufriedenheit. Diese vermischte sich vielmehr mit sozialen, wirtschaftlichen, religiösen und historischen Ursachen und schuf dadurch ein gefährvolles Konfliktpotential. Erst im September 1989 befaßte sich ein lange hinausgezögertes ZK-Plenum der KPdSU mit dem Nationalitätenproblem, das es offiziell in der sowjetischen Geschichte niemals gegeben hatte. In wenigen Jahren war die Illusion eines einheitlichen „Sowjetvolkes“ in sich zusammengefallen. Letztmals hatte sich der XII. Parteitag im Jahre 1923 ausdrücklich der nationalen Frage gewidmet. Fortan galt sie als gelöst. Gemäß der Unionsverfassung von 1977 garantierte der „einheitliche wirtschaftliche Komplex“ des Gesamtstaates das Zusammenwachsen der Nationalitäten zu einer integrierten Völkerfamilie und vereinigte sie auf dem Wege zum „gemeinsamen Aufbau des Kommunismus“.

Die von der Verfassung vorgeschriebene Gleichberechtigung aller Bürger stand nicht in Einklang mit der Realität. Gegen den Versuch, eine faktisch russisch dominierte Einheitsnation zu schaffen, vermochten sich die überproportional wachsenden zentralasiatischen Völker und die selbstbewußten Völker des Baltikums und des Transkaukasus besser zur Wehr zu setzen als über die ganze Sowjetunion verstreute Minderheiten. Gorbatschow fühlte sich wie seine Vorgänger dem „Sowjetpatriotismus“ verpflichtet. Das Parteiprogramm von 1986 handelte die nicht ausdrücklich erwähnte Nationalitätenfrage wie bisher als Teil der „Sozialpolitik“ ab und hielt an den längst hohlen Formeln von der „Freiwilligkeit, Gleichheit und brüderlichen Zusammenarbeit“ fest. Analog zu anderen Bereichen der Politik strebte Gorbatschow auch in den nationalen Beziehungen lediglich eine „Vervollkommenung“ im Interesse der wirtschaftlichen Gesundung der Union an. Darunter verstand er beispielsweise den Verzicht auf eine erneute Festschreibung des Russischen als „zweiter Muttersprache“ aller Sowjetbürger. Es sollte künftig als reines „Verständigungsmittel“ dienen. In der Praxis des Schulalltags, des Behördenverkehrs und des kulturellen Lebens ließen Konsequenzen daraus allerdings auf sich warten. Allzu weitreichend hätten sie nicht ausfallen können, da die Führung mit dem „Sowjetvolk“ noch immer die Vorstellung von einer „qualitativ neuen sozialen und internationalen Gemeinschaft“ verband.



Die alten Götter sinken in den Staub, neue werden angeboten. In Kiew feiern die Menschen die Unabhängigkeit der Ukraine.

Zerfall der Sowjetunion

Die Vernachlässigung der nationalen Probleme und die lange Beschwichtigung der Öffentlichkeit führte Ende der achtziger Jahre zu einer „Explosion des Ethnischen“ in mehreren Regionen der Sowjetunion. Ende des Jahres 1986 brachen in Alma Ata (Kasachstan) blutige Unruhen nach der Neubesetzung des Parteisekretärsposten der dortigen Kommunistischen Partei aus. Im folgenden Jahr demonstrierten die im Zweiten Weltkrieg deportierten Krimtataren für eine Rückwanderung in ihre Heimat. Andere Völker meldeten territoriale Revisionsansprüche an oder forderten die Annullierung völkerrechtswidriger Verträge, die ihnen unter Stalin aufgezwungen worden waren. Seit 1988 weiteten sich die lokalen und regionalen Konfliktherde zur existentiellen Bedrohung der Sowjetunion aus. Die Republiken Estland, Lettland, Litauen, Moldova, Georgien und Armenien verlangten als erste die „Souveränität“ im Unionsverband, schließlich aber die Unabhängigkeit und das Recht auf eigene Streitkräfte. Wenig später schlossen sich die slawischen Kernlande Ukraine und Weißrußland an. Der RSFSR blieb kaum anderes übrig, als ebenfalls auf Eigenständigkeit zu pochen und damit der Sowjetunion endgültig den Boden zu entziehen. Diese führte ab 1990 einen aussichtslosen Abwehrkampf gegen den Zerfall. Die kommunistischen Symbole der Einheit – rote Fahne, Hymne, Feiertage, Hammer und Sichel, Sowjetstern, Lenin-Denkmäler – mußten nationalen weichen.

Vergeblich hatte Gorbatschow, der faktisch über kein Territorium mehr verfügte, mit der Androhung eines Präsidialregimes mit außerordentlichen Vollmachten die Machtverlagerung auf die Republiken aufzuhalten ver-

sucht. In Abhängigkeit von den letzten halbwegs funktionsfähigen Unionsorganen KGB und Armee duldete er das gewaltsame Vorgehen von Truppen des Innenministeriums gegen widerspenstige Republiken. Putschversuche des Militärs und ominöser „Komitees der nationalen Rettung“ im Baltikum untergruben das Ansehen der Zentralregierung in irreparabler Weise. Allenthalben versäumte sie es, wenigstens mit den Republiken einen Ausgleich zu finden, die prinzipiell einer erneuerten Union nicht abgeneigt waren. Immerhin schickten sich noch neun Republiken (Rußland, Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan, Turkmenistan, Tadschikistan, Aserbeidschan, Ukraine, Weißrußland) an, den letzten einer ganzen Reihe von offiziellen Unionsvertragsentwürfen am 20. August 1991 zu unterzeichnen. Darin fehlte der Begriff „Sozialismus“, und es war eine Neuverteilung der Machtbefugnisse zwischen Zentrale und Republiken vorgesehen. Ansonsten blieben aber viele Fragen offen, weshalb bezweifelt werden muß, ob die Sowjetunion auf dieser Basis eine Überlebenschance gehabt hätte. Der Putschversuch vom 19. August 1991 vereitelte nicht nur diese Möglichkeit, sondern beendete abrupt alle Diskussionen über einen neuen Bund.

Gründung souveräner Staaten

Alle offiziellen Vertragsentwürfe waren zum Zeitpunkt ihrer Bekanntgabe bereits überholt und wirkten daher wie Versuche, den Gang der Dinge zurückdrehen zu wollen. Gorbatschow hatte zwar auf dem ZK-Plenum der KPdSU im Januar 1987 das Fehlen brauchbarer Konzepte bemängelt, schreckte aber selbst vor substantiellen Zugeständnissen an den Föderalismus zurück. Dies betraf vor allem den freiwilligen Beitritt

zu einer Union und die Form der Selbständigkeit der Teile. Zwischen 1988 und 1990 erklärten sich alle Republiken für souverän, ohne durchweg gegen einen Staatenbund zu sein. Sie wollten aber künftig allein über Grund und Boden, Bodenschätze und die Produktionsmittel staatlicher Firmen verfügen. Zudem sollte Unionsrecht nicht mehr generell Republiksrecht brechen. Nach der ersten Unabhängigkeitserklärung (von Estland im Jahre 1988) und der folgenden Annullierung durch den Obersten Sowjet der Sowjetunion führte dieser Grundsatz zu einem regelrechten Krieg der Gesetze zwischen Zentralregierung und Republiksorganen. Da die erstere nicht mehr, die zweitgenannten aber noch nicht über ausreichende exekutive Gewalt verfügten, entstand ein rechtlicher Schwebezustand, der jede Reformpolitik lahmlegte.

In den Souveränitätserklärungen spiegelte sich ein noch beträchtlicher Einfluß der örtlichen Kommunistischen Parteien, die durch eine Abgrenzung von der Mutterpartei und durch Zugeständnisse in der nationalen Frage ihre Position in den Republiken zu halten versuchten. Grundsätzlich strebten sie aber ein Weiterbestehen der Union an. Mit der Wahl mehrheitlich nichtkommunistischer Republiksparlamente im Jahr 1990, die die Unabhängigkeit und damit die Loslösung von jeder Union verkündeten, verloren auch die „Nationalkommunisten“ ihre Basis. Litauen ging auf diesem Weg im März 1990 voran. Die Desintegration erfaßte nun aber auch die Republiken selbst. In Rußland etwa erklärte sich eine Reihe Autonomer Republiken und Autonomer Kreise für souverän. Tatarstan mit der Hauptstadt Kasan an der Wolga beabsichtigte sogar, den russischen Staatsverband zu verlassen. Zu einem permanenten Krisenherd entwickelte sich der Transkaukasus, wo sich Aserbeidschaner und Armenier wegen der mehrheitlich von letzteren bewohnten Enklave Nagornyj Karabach bekämpften und wo nach blutigen Unruhen zwischen Georgiern und Osseten ein Bürgerkrieg wegen des autoritären Auftretens des frei gewählten Präsidenten Georgiens ausbrach.

Fast auf den Tag genau 69 Jahre nach ihrer Gründung endete die Geschichte der Sowjetunion. In der Nacht zum 27. Dezember 1991 wurde die sowjetische Flagge über dem Kreml eingeholt und durch die russische Trikolore ersetzt. Jelzin übernahm als Präsident Rußlands das Arbeitszimmer des zurückgetretenen sowjetischen Präsidenten Gorbatschow. An die Stelle der Sowjetunion trat eine lose „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS), die freilich nichts mehr mit Gorbatschows Idee eines „gemeinsamen Hauses Sowjetunion“ gemein hat. Sie ging aus einem „Dreibund“ hervor, den die drei ostslawischen Staaten Rußland, Ukraine und Weißrußland am 8. Dezember in Minsk geschlossen hatten. Obwohl noch vor Jahresende alle ehemaligen Sowjetrepubliken mit Ausnahme Georgiens und der drei baltischen Staaten der GUS beitraten, konnte diese kaum mehr als eine Übergangslösung sein. Triebfeder der Unterzeichner war der Wunsch, mit den gewaltigen Problemen nicht allein zu stehen

und sich Rußland, von dem sie vorläufig abhängig blieben, wohlgesonnen zu erhalten. Vor allem ging es um eine einvernehmliche Regelung bei der Tilgung der enormen Auslandsschulden, bei der Aufteilung des sowjetischen Staatsvermögens und um die Verfügungsgewalt über die Atomwaffen.

Marktwirtschaft oder neuer Sozialismus

Die zentral gelenkte Planwirtschaft mit einer extremen Form der Arbeitsteilung und Spezialisierung zwischen den Republiken und Regionen gehörte zu den wichtigsten Klammern der Sowjetunion. Sie litt unter chronischen Strukturproblemen. Die Industrie mit ihren häufig veralteten Maschinenanlagen war einseitig auf Rohprodukte, Investitionsgüter und die Rüstungsproduktion ausgerichtet und stark monopolisiert, während der Anteil der Konsumgüterherstellung künstlich niedrig gehalten wurde. Nur in Ausnahmefällen konnten sowjetische Produkte auf dem Weltmarkt konkurrieren. Erheblich vernachlässigt wurde die Infrastruktur (Verkehrssystem, Wohnungsbau, Bildungs- und Gesundheitswesen). Der natürliche Reichtum an Bodenschätzen wie Erdöl, Erdgas und Kohle erschöpfte sich teilweise oder machte wegen der ungünstigen Lage hohe Investitionen erforderlich. Wegen sinkender Weltmarktpreise, aber auch wegen Mißwirtschaft und Desorganisation reduzierten sich die Deviseneinnahmen aus dem lebenswichtigen Außenhandel mit den Rohstoffen. Darüber hinaus fiel das Verbundsystem mit den osteuropäischen Staaten weg, die sich vom Sozialismus sowjetischer Prägung abkehrten und die Mitgliedschaft im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aufkündigten. In den Kollektivbetrieben der Landwirtschaft mangelte es an einer leistungsorientierten Organisation und entsprechender Motivation der Beschäftigten. Fruchtbare Böden verfielen durch Raubbau, Überdüngung oder Umweltverschmutzung.

Abgewirtschaftetes System

Anfangen von der Neuen Ökonomischen Politik Lenins zielten alle bisherigen Reformversuche auf eine größere Flexibilität und geringere Krisenanfälligkeit der Wirtschaft, ohne das sozialistische System im Kern anzutasten. Gorbatschow stellte sich ausdrücklich in diese Tradition. Auch er glaubte, das abgewirtschaftete Erbe mit einem begrenzten Programm erneuern zu können. Obwohl er die Beschlüsse des XXVII. Parteitags der KPdSU als „Wendemarke“ ausgab, blieb nicht verborgen, daß das „Herzstück“ der Reform, die Wirtschaftspolitik, konkrete Handlungsanweisungen schuldig blieb. Insofern konnten auch die irreführenden Wortschöpfungen von einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ oder einer „Plan-Markt-Wirtschaft“ nicht nur keine Perspektiven für die systemimmanente Reform eröffnen, sondern trugen mit den sie begleitenden halbherzigen, widersprüchlichen und fehlerhaf-

ten Maßnahmen erheblich zum Niedergang der Wirtschaft bei.

Dramatische Zuspitzung der Versorgungslage

Die Versorgungslage spitzte sich ab dem Jahr 1990 dramatisch zu. Felder wurden nicht rechtzeitig abgeerntet, und Nahrungsmittel verdarben wegen Desorganisation auf Eisenbahnstationen. In den staatlichen Läden blieben die Regale leer, und die Preise auf den Kolchosmärkten stiegen in für den Durchschnittsbürger unerschwingliche Höhen. Erinnerungen an Hungerkatastrophen der Vergangenheit wurden wachgerufen. Aus dem Ausland trafen umfangreiche Hilfslieferungen und Spenden ein.

Der Verfall der Rubel-Währung und des gesamten Finanzwesens machte das tägliche Leben unberechenbar und schürte soziale Spannungen. Der Schwarzmarkt blühte, und neben den staatlichen Betrieben und Verteilerorganisationen hatte sich seit längerem eine „Schattenwirtschaft“ eingerichtet. Weite Teile des ökonomischen Ablaufs gerieten in das Zwielicht krimineller Machenschaften. Durch Streiks, Nationalitätenkonflikte und Sabotage am Verkehrsnetz verwandelte sich der einstige Stabilisierungsfaktor Wirtschaft in ein Element des Zerfalls.

Gründe für den Mißerfolg der Perestrojka

Der Grund für den Mißerfolg der Perestrojka lag im System selbst. Die Planwirtschaft folgte stets politischen, nicht aber ökonomischen Prinzipien. Um sie effizienter zu machen, bedurfte es daher politischer Reformen. Sie waren in Gorbatschows Programm ursprünglich nicht vorgesehen und später nur bruchstückhaft. Vergeblich versuchte man, den entscheidenden „Faktor Mensch“ im Wirtschaftsgeschehen durch eine insgesamt konservative Politik zu mobilisieren. Weder verbesserte Planmethoden und Appelle an die Arbeitsdisziplin noch eine Anti-Alkohol-Kampagne konnten bei den Werktätigen und den Leitungskadern ein „neues Denken“ wecken. Die angestrebte „Beschleunigung“ des Wirtschaftslebens kam nicht in Gang. Deshalb wuchs unter den Beratern Gorbatschows die Bereitschaft zu kühneren Konzepten. In der Leichtindustrie und im Einzelhandel durften ab 1987 Preise frei ausgehandelt werden, um damit zu einer Selbstfinanzierung der Betriebe zu gelangen. Westlichen Unternehmen wurde gestattet, als Anteilseigner Gemeinschaftsunternehmen (joint ventures) mit sowjetischen Partnern zu gründen. In den Staatsunternehmen galt ab Juli 1988 das Prinzip der Selbstplanung, Selbstfinanzierung und Selbstverwaltung. Ein Genossenschaftsgesetz erlaubte erstmals die Gründung von Privatunternehmen. Dies bedeutete allerdings noch keine Zulassung von Privateigentum an Grund, Boden und Fabriken. Vielmehr stand ab November 1989 staatliches Vermögen lediglich zur Verpachtung frei, und im folgenden Jahr regelte ein Eigentumsgesetz nur den Besitz an Produktionsmitteln für Kollektive und Einzelpersonen. Besonders verhängnisvoll wirkte sich

Sowjetischer Alltag

Käufer sind Bittsteller

Die sowjetische Wirtschaft ist eine Kommandowirtschaft, sie basiert nicht auf Nachfrage. Sie wird von und für Produzenten geleitet, nicht für die Käufer. Marketing ist ein Fremdwort. Jahrzehntlang war der Maßstab für den Erfolg das Produktionsvolumen; Qualität oder Auswahl, die der Kunde vielleicht wünschen könnte, waren unerheblich. Millionen Tonnen Kartoffeln und anderes Gemüse verrottete auf Feldern, in Waggons oder Lagerhallen, weil das sowjetische Verteilungssystem miserabel funktioniert, und weil Zentralpläne und Zahlungsboni sich auf die Produktion beziehen und nicht auf die Lieferung an den Verbraucher. Millionen Paare Schuhe können produziert werden, doch sie bleiben in den Regalen liegen, weil die Qualität erbärmlich ist oder die Größen nicht passen. Auch hier rangiert das Interesse des Staates vor dem des Individuums.

Service ist im Sowjetsystem alles andere als selbstverständlich. Ausländer merken schnell, daß viele Kellner, Taxifahrer und Schalterbeamte in Intourist-Hotels desinteressierte, kleinliche Tyrannen sind. Meine eigenen Erfahrungen mit dieser Selbstherrlichkeit und Sturheit würde Bände füllen.

Sowjetische Verkäufer behandeln ihre Kunden mit ähnlich arroganter Gleichgültigkeit. Es gibt einfach keine Dienstleistungskultur. Zum Teil entsteht diese Arroganz aus der Situation von Angebot und Nachfrage. Die chronische Warenknappheit macht die Sowjetunion zum Verkäufermarkt; der Käufer ist nichts als ein Bittsteller. Die Verkäuferin wird von mehr Kunden belagert, als sie jemals bedienen kann. Sie fühlt sich bedrängt und hilflos. Außerdem sitzt sie am Hebel: Sie ist vom Staat mit seinen Versorgungsengpässen bevollmächtigt, die Kunden mit einem schroffen „Njet, haben wir nicht“ abzufertigen oder, bei knapper Ware, im Flüsterton eine Bestechungssumme zu fordern.

Darüber hinaus hat der regelrechte Wettkampf, zu dem sich das Einkaufen entwickelt hat, einen gehässigen Zug in die sowjetische Seele eingepflanzt. Wenn auch die Russen zu Recht für ihre Wärme innerhalb eines engen Freundeskreises und für ihre Großzügigkeit gegenüber Gästen bekannt sind, so zeigen sie doch oft einen aggressiven, grobschlächtigen Haß auf Menschen außerhalb dieses Kreises; den natürlichen Nährboden für diese Haltung liefert der chronische Ärger, den die mißlichen Umstände erzeugen. Das russische Volk hat lange Zeit gelitten und kann die Entbehrungen auch durchaus ertragen, solange allen klar ist, daß es den anderen genauso ergeht. Doch wenn es jemandem besser geht – und sei es durch ehrliche Arbeit –, dann kann der kollektive Neid gewaltig werden.

Hedrick Smith: Die neuen Russen, a. a. O., S. 215 ff.

Frauen – Lastpferde der Volkswirtschaft

Einmal in der Straßenbahn hörte ich einen Witz, den eine Frau einer anderen erzählte: „Worin liegt der Unterschied zwischen einer Frau und einem Pferd? – Nur in einem: das Pferd wird von irgendwem gefüttert, während die Frau sich selbst ihr Futter suchen und es sich zubereiten muß.“

Die Frauen lachten, nicht sehr fröhlich, über diesen Witz, und stiegen an der nächsten Haltestelle aus, wobei sie sich beim Tragen der schweren Einkaufstaschen halfen. Ich sah ihnen vom Fenster der losfahrenden Straßenbahn nach, und mir war nicht nach Lachen zumute.

Sie waren kaum über 40 gewesen, sahen jedoch unzweifelhaft älter aus. Die vom Taschentragen verzogenen Hände hatten schon lange keine richtige Pflege mehr gekannt. Die Frauen arbeiteten offensichtlich irgendwo im Zentrum von Moskau, wohnten aber in den sogenannten „Schlafbezirken“ (neue Stadtbezirke, in denen es in der Regel keine Betriebe gibt; die Menschen verlassen sie frühmorgens und kommen erst am Abend wieder zurück, zum Essen und Schlafen). Tagtäglich schlepten sie diese Taschen mit Lebensmitteln, die sie in den Arbeitspausen oder auch einfach während der Arbeitszeit hatten beschaffen können, mit sich herum. (...)

Apropos Familienleben: Zur Zeit der Glasnost veröffentlichte das Ministerium für Gesundheitswesen der UdSSR einige bislang geheimgehaltene Angaben, und zwar: 90 Prozent der Frauen in der ersten Schwangerschaft lassen abtreiben. Insgesamt unterziehen sich jedes Jahr 6,5 Millionen Frauen

einer der sinnlosesten Operationen, die je von der Zivilisation erfunden wurden.

(...)

Jedoch war die hauptsächliche Errungenschaft der „Emanzipation nach bolschewistischer Manier“ die, daß Frauen jetzt, darin den Männern gleichgestellt, auch die schwersten Arbeiten machen mußten. Dabei verwandelten sie sich nur Schritt für Schritt in jene Lastpferde, ohne die die Volkswirtschaft auf ihrem von den Bolschewisten vorgezeichneten Weg nicht weit gekommen wäre.

Aber von den Tribünen schallte es auch weiterhin herab: Freiheit für die Frauen! Frauen auf Regierungsposten.

(...)

Und während es von den Tribünen schallt: Frauen in die Politik!, läuft im Volk der Witz um: „O Jesses, wie habe ich diese Emanzipation satt! O Jesses, wenn mich doch nur irgendein Mann zur Sklavin machen würde!“ In den Ohren westlicher Feministinnen mag das wie Verrat an der Idee klingen, für die sie so viele Jahre gekämpft haben. Ich sage es gleich: es ist richtig zu kämpfen, wo man sich, wie in der zivilisierten Welt, diesen Kampf erlauben kann, weil andere „Kleinigkeiten“ wie Demokratie oder ein normales Leben schon gewährleistet sind.

Jewgenija Albaz: Monolog einer von der Emanzipation Erschöpften, in: Die Sowjetunion im Umbruch, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bonn 1991, S. 125 ff. J. Albaz arbeitet als Journalistin in Moskau.

Die Anfänge des privaten Handels: „Getränkemarkt“ in Moskau 1991.



diese Unentschlossenheit auf die Landwirtschaft, die Achillesferse des Sowjetsystems, aus. Nur eine unmißverständliche Regelung hätte hier die Furcht vor einem erneuten Umschwung und vor einer wiederholten „Entkulakisierung“ wie zu Stalins Zeiten, das heißt eine Vernichtung der Einzelbauern, vertreiben können.

Immer mehr Reformer gelangten zu der Ansicht, der Sozialismus lasse sich nicht mehr kurieren. Eine Gruppe von Ökonomen entwarf im Oktober 1990 einen „500 Tage-Plan“ zur Einführung der Marktwirtschaft. Da sich Gorbatschow diesem und ähnlichen radikalen Programmen verweigerte, entbehrten alle Einzelmaßnahmen weiterhin eines umfassenden Gesamtkonzeptes. Dies betraf auch die von der RSFSR Mitte 1990 im Alleingang eingerichteten „freien Wirtschaftszonen“, etwa in der Region Leningrad (heute: Sankt Petersburg), in denen sich marktwirtschaftliche Elemente unabhängig von der Umstellung des übrigen Landes entfalten sollten, und ebenso die Zulassung von Firmengründungen mit hundertprozentigem ausländischem Kapitalanteil, eine Bankenreform, die Lockerung des staatlichen Außenhandelsmonopols und die Einführung der Gewerbefreiheit.

Schwerer Weg zur Marktwirtschaft

Kritiker Gorbatschows wie Jelzin hatten sich zunächst auf keineswegs neue Parolen gegen die „Schwerfälligkeit“, und das „Parasitentum“ des Apparates beschränkt und damit Popularitätsgewinne erzielt. Doch herrschte auch bei ihnen keine Klarheit über die Zielrichtung und die Konsequenzen einer radikalen Wirtschaftsreform.

Auf dem Weg zur Marktwirtschaft ging der russische Präsident Jelzin mit der Freigabe der Preise, drastischen Einsparungen im Rüstungsbereich, dem Abbau staatlicher Subventionen, der Privatisierung von Staatsbetrieben und der Aufteilung des Grundbesitzes der Kolchosen und Sowchosen an Beschäftigte voran. Von Beginn an versuchte er aber, den erwarteten Unwillen in der Bevölkerung wegen der harten Auswirkungen mit flankierenden Hilfsmaßnahmen für Bedürftige abzufangen. Ein breites Absinken der Armutsgrenze dürfte auf absehbare Zeit damit nicht verhindert werden können. Zu einer Koordination der Wirtschaftsreform, der Geld-, der Finanz- und der Außenhandelspolitik – wie es die Vereinbarung zur Bildung der GUS vorsah – kam es vorerst nicht. Zu stark drängten sich nationale Interessen und die Furcht, erneut unter russische Vorherrschaft zu geraten, in den Vordergrund. Für die Regierungen der neuen Staaten wird es darauf ankommen, die Bevölkerung aus der Passivität aufzurütteln, wirtschaftliche Anreize zu schaffen und selbsttätige Kräfte freizusetzen. Ohnehin hat die Meinungsfreiheit den Blick dafür geschärft, daß die Sowjetunion ein hoffnungslos rückständiges Land war und daß auch die Nachfolgestaaten trotz der ererbten Atomrüstung und Kernenergieanlagen wirtschaftlich auf der Stufe von Ländern der Dritten Welt stehen.

Nikolaus Katzer

Die Revolution der Außenpolitik

Abkehr von der Weltmachtpolitik

Wenngleich solchen Kritikern nicht entgangen sein konnte, daß auch Gorbatschow sich fürs erste in traditionellen ideologischen Bahnen bewegte, erwarteten sie vor allem von seinem Bekenntnis zu „allgemeinmenschlichen Interessen“ und von der Idee eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ aller Nationen, einschließlich der Sowjetunion, gefährliche Auswirkungen auf ihre konfrontative Weltsicht. Der schmachvolle Rückzug aus Afghanistan, die Lockerung und schließliche Auflösung des Wirtschafts- und Militärbündnisses mit den europäischen „Bruderstaaten“ und das Disengagement in Mittelamerika (Nicaragua, Kuba), in Afrika (Äthiopien, Mocambique, Namibia) und Asien (Vietnam, Mongolei) waren Bestandteile eines Rückzugs auf der ganzen Linie aus der Position einer Weltmacht. Er war Voraussetzung für eine mehr als nur atmosphärische Verbesserung der Beziehungen zur westlichen Führungsmacht Amerika. Doch erschöpften sich die Intentionen nicht darin. Vielmehr wurde mit der Wiederaufnahme einer Reihe lange unterbrochener diplomatischer Beziehungen, mit der Anerkennung des allgemeinen Völkerrechts und mit dem Wunsch, sich politisch und wirtschaftlich in die Weltgemeinschaft zu integrieren, tatsächlich ein neues Blatt in der Geschichte der sowjetischen Außenpolitik aufgeschlagen. Es konnte nun nicht mehr von einer nur absichernden Funktion der Außenpolitik im Rahmen der Perestrojka die Rede sein. Sie wurde zu deren revolutionärem Bestandteil – entgegen Gorbatschows ursprünglicher Absicht. Die Sowjetunion gab ihren Einzigkeitsanspruch als führendes sozialistisches Land auf. Sobald die Außenpolitik einmal nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip bilanziert war, hatten jene, die an der bisherigen Weltmachtspolitik festhalten wollten, kaum noch überzeugende Argumente zu bieten. Trotz beträchtlicher militärischer und finanzieller Hilfe für einige Staaten der Dritten Welt hatte sich die Sowjetunion dort keine dauerhafte Position sichern können. Vielmehr vergrößerten die immensen unrentablen, ruinösen internationalen Verpflichtungen den ohnehin beispiellosen hohen Rüstungsetat um weitere unproduktive Ausgaben.

Das „neue Denken“ in der Außenpolitik prägte bis zum Dezember 1990 maßgeblich der Georgier Edward Schewardnadse als Außenminister. Wegen massiver Kritik von konservativer Seite und in Kenntnis interner Vorbereitungen für eine Diktatur trat er unter Protest von seinem Amt zurück. Eine vollständige Kehrtwende in der Außenpolitik war nicht mehr möglich. Inzwischen hatten sich einzelne Republiken um eigene internationale Kontakte bemüht – den baltischen Staaten folgten wenig später die Ukraine und

Ein Bruch mit der traditionellen These von der Spaltung der Welt in zwei feindliche Lager, wie sie auch in den ersten Jahren der Perestrojka noch Gültigkeit besaß, mußte revolutionäre Folgen haben. Tatsächlich gestaltete sich die sowjetische Außenpolitik nach 1985 als eine Abfolge atemberaubender Ereignisse, die den Kalten Krieg beendeten und die politische Teilung Europas überwinden. Die ostmittel- und südosteuropäischen Staaten wurden aus dem sowjetischen Block entlassen, Deutschland erhielt seine Einheit zurück und die Sowjetunion erklärte sich bereit, umfassend mit dem Westen zusammenzuarbeiten und die Beziehungen zu Westeuropa und den Vereinigten Staaten von Amerika auf eine neue Basis zu stellen.

Darüber hinaus zog sie sich aus ihrem überdehnten Engagement in der Dritten Welt zurück, das sich in aller Regel auf militärische Entwicklungshilfe, Rohstofflieferungen und wirtschaftliche Großprojekte beschränkte. Außerdem bekannte sie sich unzweideutig zur friedensstiftenden Funktion der Vereinten Nationen und machte vor allem außerordentliche Zugeständnisse in der Abrüstungs- und Sicherheitspolitik. Ihre Führung beteiligte sich aktiv und konstruktiv an der internationalen Krisenbewältigung, sei es in Kambodscha, im Nahen Osten, im irakisch-iranischen Krieg, in Namibia, Nicaragua oder nach dem irakischen Überfall auf Kuwait (Golfkrieg).

Ökonomische Zwänge

Die Frage nach den Gründen für die Öffnung nach außen und die Hinwendung zu einer pragmatischen Gestaltung der internationalen Beziehungen führt zurück auf die Wurzeln der Perestrojka. Vor allem innere ökonomische Zwänge veranlaßten die Sowjetunion zu einer neuen außenpolitischen Strategie. Unter Verweis auf ein Lenin-Wort über den Vertrag von Brest-Litowsk im Jahre 1918 sprach Gorbatschow zunächst nur von einer „Atempause“, die die Sowjetunion für einen wirtschaftlichen Aufschwung im Inneren und für eine Sicherung ihres Weltmachtstatus nach außen benötigte.

Ungeachtet dieser klaren Einschränkung warnten Kritiker in Partei, Armee, KGB und Rüstungswirtschaft unentwegt vor zu großen Konzessionen und einem Ausverkauf sowjetischer Interessen. Sie führten Klage über die „ideologische Kapitulation“ und den zunehmenden Verlust des eindeutigen, jahrzehntelang gepflegten Feindbildes. Armee Generäle sprachen von einer kampfflosen Vertreibung aus jenen Ländern, die „unsere Väter vom Faschismus befreiten“. Andere glaubten gar an eine internationale Verschwörung gegen die Sowjetunion.

Kasachstan – und damit waren ohnehin die Kompetenzen eines sowjetischen Außenministers in Frage gestellt. Zwar hielten die Regierungen der westlichen Staaten aus sicherheitspolitischen Erwägungen an Gorbatschow als Verhandlungspartner fest, innenpolitisch hatte dieser aber keinen Rückhalt mehr.

Abrüstung und Sicherheit

Die Rüstungsausgaben der Sowjetunion standen seit den sechziger Jahren in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zum äußeren Schutzbedürfnis. Wegen der akuten Wirtschaftsprobleme und im Zeichen von Glasnost geriet das Übermaß an Streitkräften und Waffensystemen in die öffentliche Diskussion. Es war von einer Verschwendung wertvoller Ressourcen die Rede, die dringend für die wirtschaftlich-technische Entwicklung des Landes benötigt würden. Vor allem aber wurde erstmals eingestanden, daß der Rüstungsetat etwa ein Viertel des Bruttosozialprodukts verschlang. Auch Gorbatschow legte deshalb 1987 mit der Formel von einer „hinlänglichen Verteidigung“ eine Rüstungsbegrenzung und eine Verringerung der Streitkräfte nahe.

Abkehr von der ideologischen Außenpolitik

Zu den wirtschaftlichen Beweggründen kamen neue Akzente im Sicherheitsdenken. Stärker als seine Vorgänger betonte Gorbatschow die Notwendigkeit, einen atomaren Krieg zu verhindern, da er beiden Seiten keinen Vorteil verschaffen und allgemeine Vernichtung bringen würde. Damit war die ideologische Sicht der Außenpolitik entscheidend durchbrochen. Darüber hinaus anerkannte seine Führung westliche Wertmaßstäbe wie das Völkerrecht, die Menschenrechte und nationale Einzelinteressen. Nach einem Gipfeltreffen mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan in Reykjavik im Oktober 1986 blieben zwar noch Zweifel, ob Gorbatschow tatsächlich konkrete Vertragsabschlüsse oder nur eine Erschütterung der westlichen Allianz anstrebte, zumal er nicht von der Doppelstrategie in der Außenpolitik abrückte und über die Antikriegs- und Anti-atombewegung sowie durch das Schüren anti-amerikanischer Stimmungen Einfluß auf die Öffentlichkeit in den westlichen Staaten zu nehmen versuchte. Doch löste er sich rasch aus der in der KPdSU gängigen formelhaften Sicht der Außenpolitik und gewann mit einer Anpassung an internationale Sprach- und Denkgewohnheiten sowie mit zunehmender Rücksichtnahme auf das differenzierte Meinungsbild im Westen an Glaubwürdigkeit. Mit dem Konzept eines „wechselseitig annehmbaren Systems gemeinsamer Sicherheit“ zwischen Ost und West unterließ er nicht nur die NATO-Strategie gegenseitiger nuklearer Abschreckung, sondern übernahm zeitweise eine Vorreiterposition in der Abrüstungsdebatte und in den sowjetisch-amerikanischen Kernwaffenverhandlungen.

Ende der atomaren Abschreckung

Wegweisend für weitere Erfolge waren die Beschlüsse der Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa (KVAE) im September 1986 über gegenseitige Kontrollmaßnahmen, Manöverbeobachtungen und Notenwechsel bezüglich geplanter Truppenbewegungen. Die Bereitschaft, einen Vertrag über die Reduzierung der strategischen Atomwaffen und der Mittelstreckenraketen (START, INF) auch ohne den vorherigen Verzicht der Amerikaner auf ihr Programm einer Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) zu unterzeichnen, der Rückzug aus Afghanistan, die Ankündigung einseitiger sowjetischer Truppenverringering um 500 000 Mann im Jahr 1989, die erhebliche Minderung des Engagements in der Dritten Welt, die stärkere Betonung des defensiven Charakters der Verteidigung und schließlich der Verzicht auf die Breschnew-Doktrin verbesserten in einzigartiger Weise die Beziehungen zu den westlichen Staaten. Diese Entspannung ermöglichte es Gorbatschow Anfang 1989, eine Reduzierung der Rüstungsproduktion um knapp 20 Prozent anzukündigen. Im Jahre 1990 mehrten sich noch einmal Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion den am 19. November in Paris geschlossenen Vertrag über Abrüstung und Begrenzung der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) durch die Verlagerung großer Mengen militärischen Geräts hinter den Ural unterlaufe und damit eine Einigung bei den START-Verhandlungen gefährdete. Gleichwohl hatten das „Wunder von Wien“, wo die Vereinbarungen über die konventionellen Streitkräfte getroffen worden waren, und der zielstrebige Dialog über den Abbau der Atomarsenale unwiderrufliche Zeichen gesetzt. Der Kalte Krieg ging zu Ende, als die sowjetischen Armeen aus den Ländern Ost-

europas und aus Deutschland abgezogen wurden und das bisherige System der nuklearen Abschreckung mit dem Zerfall der Sowjetunion hinfällig geworden war.

Neue Bedrohungen

Die europäische Sicherheit stand seitdem allerdings vor Bedrohungen neuer Art. Einerseits entbrannte in und zwischen den Nachbarstaaten der Sowjetunion ein Streit über die künftigen Standorte, die Verfügungsgehalt, die Kontrolle und Verwahrung bzw. Vernichtung der Kernwaffen sowie über die Anteile an der in Auflösung begriffenen Sowjetarmee. Andererseits schufen die „Demilitarisierung“ der auf den Rüstungsbereich ausgerichteten Volkswirtschaft und der kurzfristig zu bewältigende Abzug der Sowjetarmee aus dem Ausland unkalkulierbaren gesellschaftlichen Zündstoff. Wenig Erfolg zeigten fürs erste Bemühungen, die Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion, etwa den Landmaschinenbau, umzustellen, weil sie durch Art und Anlage dafür ungeeignet waren, oder weil sich die Unternehmensleistungen dem widersetzen. Nicht nur der Wegfall des Feindbildes (die „Militärhistorische Zeitschrift“ versuchte es Ende 1990 mit dem Abdruck von Hitlers „Mein Kampf“ zu retten), sondern auch der vielfache Tabubruch bei der bislang nur als heroisch bekannten Vergangenheit und Gegenwart der Sowjetarmee riefen Unsicherheit und Empörung in militärischen Kreisen hervor. Ans Licht kamen beispielsweise schwere Fehler der politischen und militärischen Führung im Zweiten Weltkrieg, die vielen Soldaten den vermeidbaren Tod brachten, oder die erschreckenden Zustände in den Kasernen der Gegenwart, die zahllosen Desertionen, das Ausmaß des Desasters in Afghanistan und die Rücksichtslosigkeit der Truppeneinsätze bei den Unruhen in Aserbeidschan und

Die Sowjetarmee zieht sich aus dem bisherigen Glacis zurück. Die letzten Soldaten verließen im Frühjahr 1992 Thüringen.



Georgien oder in den baltischen Staaten. Im Offizierskorps hielt sich trotzdem die Überzeugung, es müsse eine zentrale Kommandostruktur erhalten bleiben, was jedoch mit dem Begehren der Einzelstaaten nach Nationalarmeen unvereinbar war.

Ende der Sowjetarmee

Die zügige Auflösung der militärischen Strukturen in der Sowjetunion und in Osteuropa hinterließen eine gewaltige, zu großen Teilen funktionslose Armee und ein immer schwerer kontrollierbares Waffenarsenal. Beide drohen in der nachsowjetischen Epoche eine möglicherweise verhängnisvolle Rolle zu spielen, sei es durch Waffenschiebereien oder durch bewaffnete Konflikte zwischen den Nationalitäten oder durch frei vagabundierende Armeeteile. Zu den wichtigsten Fragen zählte, ob die Nachfolgestaaten die Verträge über die Abrüstung und Nichtverbreitung von Kernwaffen übernehmen würden oder ob sie überhaupt in der Lage wären, für deren Einhaltung zu garantieren. In jedem Fall ging die Geschichte der im Jahre 1990 knapp vier Millionen Mann zählenden Sowjetarmee zu Ende. Seit der Unterzeichnung einer „Charta für ein neues Europa“ auf dem KSZE-Gipfeltreffen in Paris im November 1990 rückte die Vorstellung einer gewandelten NATO als übergreifendes Sicherheitssystem in den Blickpunkt. Ob die Aufnahme aller GUS-Staaten in den Nordatlantischen Kooperationsrat in Brüssel ein Schritt in eine solche Richtung sein könnte, bleibt ungewiß.

Zusammenbruch des Sowjetsystems in Osteuropa

Für die Sowjetunion bildeten die osteuropäischen Staaten nicht nur das strategisch wichtige Vorfeld gegenüber Westeuropa, sondern auch den Kern des sogenannten sozialistischen Weltsystems. Mit ihnen war sie durch bilaterale Freundschafts- und Kooperationsverträge, vor allem aber durch die militärische Organisation des Warschauer Paktes (seit 1955) und durch den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (seit 1949) eng verbunden. Die Stationierung sowjetischer Truppen und die führende Rolle der kommunistischen Parteien bildeten die Stützpfeiler der jahrzehntelangen Vorherrschaft.

Krise des Paktsystems

Eine erste Bestandsaufnahme der gegenseitigen Beziehungen nach Gorbatschows Amtsübernahme förderte auf einer Tagung des ZK im April 1985 eine ganze Reihe krisenhafter Erscheinungen politischer, wirtschaftlicher, sozialer und ideologischer Art zutage. Insbesondere bei der Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik und hinsichtlich einer effizienten Gestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bestanden erhebliche Mängel. So hatten etwa ungarische Parteifunktionäre von den kleineren Ländern Mitteleuropas ein größeres Zusammenwirken



Die Unabhängigkeit löst die meisten Probleme nicht. In Georgien kam es Ende 1991 zu einem blutigen Bürgerkrieg. Die Kämpfer einer Partei haben auf ihrem Panzerwagen die Worte „Entschuldigen Sie die Störung“ gemalt.

über die Blockgrenzen hinweg gefordert. Rumänien brachte sich mit Initiativen für ein kollektives Sicherheitssystem in Europa ins Gespräch, während Bulgarien eine kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan befürwortete und kein Interesse zeigte, auf seinem Territorium sowjetische Raketen zu stationieren. In der DDR warb der Staatsratsvorsitzende Honecker für eine „Schadensbegrenzung“ in den Ost-West-Beziehungen und eine deutsch-deutsche „Koalition der Vernunft“. Solche uneinheitlichen Vorstöße waren Folge vernachlässigter Paktbeziehungen unter Gorbatschows Vorgängern, die sich weitgehend auf bilaterale Absprachen beschränkt hatten. Der neue sowjetische Generalsekretär wollte dagegen wieder auf die Geschlossenheit der sozialistischen Staaten setzen. In den Jahren bis 1988 zielte seine Politik daher vornehmlich auf eine „Vervollkommnung“ der gegenseitigen Abstimmungsmechanismen und neue Maßnahmen zur besseren wirtschaftlichen Integration im Rahmen des RGW. Gorbatschow glaubte, der Zusammenhalt der Gemeinschaft und ihre Bereitschaft zur Erneuerung würde durch begrenzte Reformen erhöht werden.

Den sechs unterschiedlich und teilweise weiter als die Sowjetunion entwickelten Staaten Osteuropas mußte man dazu allerdings eigene Krisenprogramme zugestehen, ohne daß das Bündnis selbst gefährdet würde. Da die Führung unter Gorbatschow offensichtlich Schwierigkeiten erwartete, setzte sie vorsorglich am 26. April 1985 noch einmal eine Verlängerung des auslaufenden Warschauer Vertrages in unveränderter Form um zwanzig Jahre durch. Danach aber war Gorbatschow bemüht, bei Besuchen in den Hauptstädten der Bündnispartner deren Gleichberechtigung zu betonen. Entsprechend verstand man dort die Perestrojka nicht als nachahmenswertes Vorbild, sondern als Aufforderung, eigene Reformwege zu finden. Diese reichten von systemerhaltenden Teilreformen bis zur Infragestellung des gesamten Systems wie etwa in Polen. Gorbatschows Reformimpuls führte somit nicht zu einer Stabilisierung des Bündnisses,

sondern unterstrich die vorhandenen Unterschiede zwischen den Mitgliedern und verstärkte sie in einer Weise, daß sie zu Faktoren des Zerfalls der alten Ordnung wurden.

Ende der Parteiherrschaft

Dies kam in einem sehr ungleichen Reformeifer der einzelnen Staaten zum Ausdruck. Polen und Ungarn spielten die Rolle risikobewußter Vorreiter. Polen befand sich ohnehin schon seit der Gründung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ Ende der siebziger Jahre im Umbruch. Die Wahlen zum polnischen Parlament (Sejm und Senat) vom 4. und 18. Juni 1989 besiegelten schließlich erstmals das Ende der Parteiherrschaft in einem Lande des Ostblocks. Nach der Absetzung des langjährigen Parteichefs J. Kadar im Mai 1988 strebte auch die neue ungarische Führung eine grundlegende Veränderung des Gesellschaftssystems an. Eine neue Verfassung auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft, gleichberechtigten Eigentumsformen und Parteienpluralismus schrieb die neuen Verhältnisse fest. Wegweisend und folgenreich für das Schicksal des östlichen Bündnisses war die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze für Tausende von Flüchtlingen aus der DDR im September 1989. Im Jahr darauf durften die Ungarn zum ersten Male seit 1946 wieder frei wählen.

Weit weniger reformfreudig zeigten sich Bulgarien und die Tschechoslowakei, die die Entwicklung in den Nachbarstaaten aufmerksam beobachteten und einige Veränderungen mit vorsichtiger Zurückhaltung nachvollzogen. Einer Reform verweigerten sich völlig die DDR und Rumänien. Sie gerieten damit ebenso in Gegensatz zu Gorbatschows Politik wie jene, die der Sowjetunion durch entschlossene Reformen weit vorauseilten.

Gorbatschow: Freiheit der Völker und Staaten

Diese dramatische Wende der Nachkriegsgeschichte gelang letztlich nur deshalb auf ver-

Gorbatschows Abschiedsrede

Verehrte Landsleute! Mitbürger!

Angesichts der Situation, die nach der Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten entstanden ist, beende ich meine Tätigkeit als Präsident der UdSSR. Diese Entscheidung treffe ich auf Grund meiner Prinzipien. Ich trat immer fest ein für die Selbständigkeit und die Unabhängigkeit der Völker, die Souveränität der Republiken. Aber gleichzeitig war ich auch für die Erhaltung des Unionsstaates und des ganzen Landes. Die Ereignisse haben sich in eine andere Richtung entwickelt.

Ich spreche zu Ihnen das letzte Mal als Präsident der UdSSR. Deshalb halte ich es für notwendig, meinen seit 1985 gegangenen Weg einzuschätzen. Und dies um so mehr, da es darüber nicht wenig oberflächige, widersprüchliche und nicht objektive Wertungen gibt. Das Schicksal hat es so gefügt, daß es sich bereits bei meiner Amtsübernahme zeigte, daß es im Land Probleme gab. Gott hat uns viel geschenkt: Land, Erdöl, Gas und andere Naturreichtümer. Und auch viele talentierte und kluge Menschen. Und dabei leben unsere Menschen schlechter als in den anderen entwickelten Ländern. Wir bleiben sogar immer weiter hinter ihnen zurück. Der Grund dafür war schon zu sehen – die Gesellschaft befand sich in der Schlinge eines bürokratischen Kommandosystems. Die Gesellschaft mußte der Ideologie dienen und dabei die furchtbare Last des Wettrüstens tragen. Die Gesellschaft gelangte an die Grenze ihrer Möglichkeiten. Alle Versuche von halbherzigen Reformen – und ihrer gab es nicht wenige – scheiterten nacheinander. Das Land verlor immer mehr an Perspektive. So konnte man nicht weiterleben. Es mußte alles grundlegend verändert werden. Ich habe es deshalb niemals bereut, daß ich meine Funktion als Generalsekretär nicht dafür mißbrauchte, nur um ein paar Jahre zu „herrschen“. Das hätte ich als verantwortungslos und unmoralisch angesehen. Mir war klar, daß die Einleitung von solchen großen Reformen in einer solchen Gesellschaft wie der unseren eine äußerst schwere und auch in bestimmter Hinsicht eine riskante Sache ist. Und auch heute bin ich noch von der historischen Richtigkeit der demokratischen Reformen überzeugt, die im Frühjahr 1985 eingeleitet wurden.

Der Prozeß der Erneuerung des Landes und der grundlegenden Veränderungen in der Weltgemeinschaft hat sich komplizierter erwiesen, als man voraussagen konnte. Trotzdem muß man das Vollbrachte gebührend einschätzen. Die Gesellschaft wurde frei. Und das in politischer und geistiger Hinsicht. Und das ist die größte Errungenschaft. Sie wird bei uns jedoch noch nicht gebührend gewürdigt. Und wahrscheinlich deshalb, weil wir es immer noch nicht gelernt haben, die Freiheit richtig zu nutzen. Trotzdem wurde eine Arbeit von histori-

scher Bedeutung geleistet: Es wurde ein totalitäres System beseitigt, das ein weiteres Aufblühen und Wohlergehen des Landes verhinderte. Es wurde ein Durchbruch zu demokratischen Veränderungen vollzogen. Freie Wahlen, eine freie Presse, Religionsfreiheit, wirkliche Machtorgane und ein Mehrparteiensystem wurden zur Realität. Die Menschenrechte wurden als oberstes Prinzip anerkannt. Es wurde mit dem Übergang zu einer vielseitigen Wirtschaft begonnen. Alle Formen des Eigentums werden als gleichberechtigt anerkannt, im Rahmen der Bodenreform ist die Bauernschaft wiedererstanden. Farmen wurden gegründet, Millionen Hektar Land werden an Land- und Stadtbewohner übergeben. Die wirtschaftliche Freiheit des Produzenten wurde gesetzlich verankert. Das Unternehmertum, die Gründung von Aktiengesellschaften und die Privatisierung gewannen immer mehr an Kraft. Es muß daran erinnert werden, daß der Übergang zur Marktwirtschaft im Interesse des Menschen erfolgt. In dieser schweren Zeit muß alles für einen sozialen Schutz getan werden. Das gilt vor allem für die alten Menschen und die Kinder.

Wir leben in einer anderen Welt: Der „Kalte Krieg“ ist vorbei. Das Wettrüsten wurde gestoppt. Die wahnsinnige Militarisierung unseres Landes, die unsere Wirtschaft, das gesellschaftliche Bewußtsein und die Moral zugrunde richtete, wurde beendet. Die Gefahr eines Weltkrieges wurde beseitigt. Ich möchte noch einmal betonen, daß von meiner Seite in der Übergangsperiode alles für eine zuverlässige Kontrolle der Kernwaffen getan wurde. Wir öffneten uns der Welt und verzichteten auf die Einmischung in fremde Angelegenheiten sowie auf den Einsatz von Truppen außerhalb unseres Landes. Und man antwortete uns mit Vertrauen, Solidarität und Respekt. Wir wurden zu einer der wichtigsten Stützen bei der Umgestaltung der modernen Zivilisation auf friedlicher und demokratischer Basis. Die Völker und Nationen haben die reale Freiheit erhalten, den Weg ihrer Entwicklung selbst zu bestimmen. Die Suche nach einer demokratischen Reformierung unseres Vielvölkerstaates führte uns an die Schwelle eines neuen Unionsvertrages. Ich möchte von ganzem Herzen all jenen danken, die in all diesen Jahren mit mir für die gerechte und gute Sache eingetreten sind. Sicherlich war eine Reihe von Fehlern vermeidbar. Vieles hätte man besser machen können. Aber ich bin überzeugt, daß unsere Völker in einer aufblühenden und demokratischen Gesellschaft leben werden. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

Sowjetunion heute/Wostok, Nr. 1, Februar 1992, Ansprache des ehemaligen Staatspräsidenten der Sowjetunion M. Gorbatschow, am 25. 12. 1991 zu seinem Rücktritt und dem Ende der Sowjetunion.

gleichsweise friedlichem Wege, weil Gorbatschow das Mitte des Jahres 1988 auf der XIX. Allunionskonferenz der KPdSU verkündete Prinzip der „Freiheit der Völker und Staaten“ bei der Wahl ihres Gesellschaftssystems tatsächlich einzuhalten bereit war. Damit und durch eine Erklärung der Außenminister des Warschauer Vertrages vom 26./27. Oktober 1989 wurde die „Breschnew-Doktrin“ von 1968 widerrufen und folgerichtig der Einmarsch in die Tschechoslowakei offiziell verurteilt.

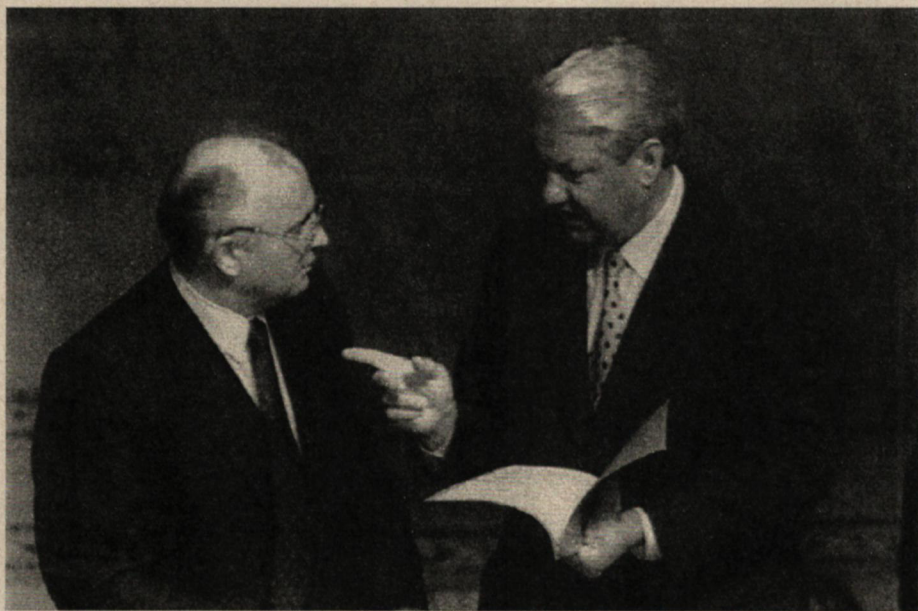
Gorbatschows Entscheidung, den Bündnispartnern die Freiheit zu gewähren, sich aus eigenen Kräften zu sanieren, zielte darauf, sie künftig freiwillig als erneuerte, teilweise pluralistische, aber weiterhin kommunistisch dominierte Staaten an die Sowjetunion zu binden. Obwohl sich dies als Illusion erwies, fügte er sich in den Lauf der Dinge, als im Spätherbst 1989 das SED-Regime mit der Öffnung der Berliner Mauer zusammenbrach, die Tschechoslowakei die Parteidiktatur abschüttelte, sich in Bulgarien die Opposition gegen Parteichef Todor Schiwkow sammelte und die Rumänen den Diktator Nicolae Ceausescu gewaltsam stürzten. Es erwies sich, daß das kommunistische System nirgendwo – mit gewissen Einschränkungen allerdings in Rumänien und Bulgarien – so tief wurzelte, um einer existentiellen Krise standzuhalten. Ohne Basis im eigenen Lande fiel eine Bastion nach der anderen. Es spricht für die politische Weitsicht Gorbatschows und seiner außenpolitischen Berater, nicht Zuflucht zu einem militärischen Eingreifen gesucht zu haben, wie es Gegner der Perestrojka in Partei und Armee analog dem blutigen chinesischen Beispiel vom Sommer 1989 befürworteten. So beklagte etwa ein Admiral der Pazifikflotte in einer Rede vor dem XXVIII. Parteitag der KPdSU im Juli 1990 mit einem dramatischen Vergleich den Verlust aller Positionen der Sowjetunion in der Welt:

„Im Westen haben wir unsere Verbündeten verloren, im Osten haben wir keine, und damit sind wir zur Situation von 1939 zurückgekehrt“.

Außenminister Schewardnadse erkannte zwar die neuen Gefahren, die sich aus der Entstehung möglicherweise instabiler Staaten im Herzen Europas für den ganzen Kontinent ergeben konnten. Zugleich schloß er aber die Aufrechterhaltung eines Bündnissystems aus, das sich allein auf Gewalt, Panzer, Bajonette und Blut stützte. Der außenpolitische Realismus zeigte sich vor allem hinsichtlich der DDR, die an der Nahtstelle zwischen Warschauer Pakt und NATO und zudem als ein Teilstaat stets die Bedeutung eines besonders wichtigen Vorpostens innehatte. Mit dem Befehl an die dort stationierten 500 000 sowjetischen Soldaten, unbedingt in den Kasernen zu bleiben und nicht in das Geschehen einzugreifen, entzog Gorbatschow der DDR die letztlich entscheidende Rückendeckung.

Auflösung des Paktsystems

Der mißglückte Systemwandel in Osteuropa mündete in einen Systemwechsel, den zunächst nur teilweise demokratisch legitimierte Übergangsregierungen vorangetrieben



Die Position Gorbatschows ist durch den Putsch erschüttert. Der neue starke Mann, Boris Jelzin, gibt schon die Richtung an.

hatten. Den Bekenntnissen zur Marktwirtschaft und zu einer pluralistischen parlamentarischen Demokratie folgten in kurzen Abständen praktische Schritte. Da aber das Erbe der kommunistischen Herrschaft und der Planwirtschaft nicht mit einem Federstrich abgestreift werden konnte, geriet die einst weisungsbefugte Vormacht Sowjetunion reformerisch weit ins Hintertreffen. Die Demokratisierung in den ostmitteleuropäischen Staaten trug nicht unwesentlich zur Formierung nationaler Bewegungen in den Sowjetrepubliken bei, die schließlich dazu übergingen, eigenständige Kontakte zu jenen aufzunehmen und sogar Verträge abzuschließen. Für die Sowjetunion und später für ihre Nachfolgestaaten ging es fortan darum, einen Interessenausgleich mit diesen Ländern auf völlig neuer Basis zu finden.

Mit dem fundamentalen Wandel verloren Warschauer Pakt und RGW ihre Daseinsberechtigung. Sie ließen sich nicht in ein Bünd-

nis „souveräner, gleichberechtigter Staaten“ überführen. Am 25. Februar 1991 wurde ein letzter Versuch unternommen, nach der für den 31. März angekündigten Auflösung der Militärorganisation wenigstens ein politisches Koordinierungsorgan in Form eines Konsultativkomitees für die Abrüstungsverhandlungen mit der NATO zu retten. Dies gelang nicht einmal für die kurze Zeitspanne bis zum Frühjahr 1992. Bereits im Sommer 1991 erlosch der Pakt. Abgesehen von Deutschland, waren die letzten Soldaten aus den einstigen Ostblockstaaten abgezogen worden.

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe wurde am 5. Januar 1991 auf Beschluß des Exekutivkomitees in Moskau aufgelöst. Auch hier mißlang die Umwandlung in eine neue Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die für den Folgemonat geplante Gründungssitzung kam wegen der Absage einiger Regierungen nicht mehr zustande.

Nikolaus Katzer

Bilanz und Ausblick

Am Beginn des letzten Jahrzehnts des zwanzigsten Jahrhunderts hatte sich die Wandelbarkeit des maroden Sowjetsystems erschöpft. Mit dem großen Reformversuch „Perestrojka“ gelang weder eine Überwindung der tiefen Krise noch gar eine Anpassung an das technologische Niveau der führenden Industriestaaten. Vielmehr stürzte das Sowjetreich in ein wirtschaftliches Desaster und zerfiel in seine Bestandteile. Für den eurasischen Halbkontinent begann eine völlig neue Epoche seiner Geschichte. Auf dem Boden des untergegangenen, vorerst letzten Weltreiches der Geschichte erhoben sich 15 Staaten, die teilweise erstmals eine eigene Staatlichkeit erlangten.

Der Zusammenbruch trat für die Bevölkerung fast völlig unvermittelt ein, da das Geschehen seit 1985 widersprüchlich und unübersichtlich war und es zunächst schien, daß der Gesamtstaat in irgendeiner Form die Krise überdauern würde. Erst seit dem Spätsommer 1991 vermochten die Verfechter eines radikalen Bruchs mit der kommunistischen Vergangenheit, einschneidende Reformschritte anzubahnen und die Entwicklung in eine neue Richtung zu lenken. Obwohl noch ungewiß ist, ob mit der Zergliederung der einstigen Sowjetunion in 15 unabhängige Staaten der Zerfallprozeß bereits an seinem Ende angelangt ist, fällt den einstigen Teilrepubliken eine entscheidende Rolle bei der

Neugestaltung zu. Mit dem Jahresbeginn 1992 übernahmen sie die ungewohnte Aufgabe, die vielfältige nationale Bevölkerung ihres jeweiligen Territoriums in eine ungewisse Zukunft zu führen. Die zur Abwicklung des sowjetischen Erbes geschaffene „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS) erscheint zu schwach, um die Rolle einer wirklichen Nachfolgeorganisation der Sowjetunion spielen zu können.

Zur neuen Leitfigur stieg der im Westen lange mißachtete und im Schatten Gorbatschows stehende Präsident des größten Nachfolgestaates der Sowjetunion auf. Boris N. Jelzin (geboren 1931), der in der Familie eines Uralbauern aufwuchs, hatte nach einem Studium des Bauingenieurwesens die Leitung eines Baukombinats übernommen und war 1976 zum Ersten Sekretär des Gebietskomitees der Partei von Swerdlowsk (heute wieder Jekaterinburg) ernannt worden. Gorbatschow berief den impulsiven ZK-Sekretär und Kandidaten des Politbüros 1985 zum Parteichef von Moskau, wo er wegen seiner forschenden Maßnahmen gegen Korruption und Amtsmissbrauch für Unruhe im Parteiapparat und Aufsehen in der Bevölkerung sorgte. Drei Jahre später verlor er sowohl den Kandidatensitz im Politbüro als auch den Sessel des Moskauer Parteisekretärs. Gleichwohl nahm damit seine Karriere erst ihren Anfang. Sie gipfelte im Amt des ersten frei gewählten Präsidenten Rußlands am 12. Juni 1991. Bereits im Sommer des Vorjahres war er aus der Partei ausgetreten und hatte sich danach bei der demokratischen Bewegung den Ruf eines Radikalreformers erworben. Ob er diesen zu Recht trägt, kann er erst seit dem Verschwinden der Sowjetunion unter Beweis stellen.

Die Sowjetunion hat ihren Erben schwere Hypotheken hinterlassen. Auf ihnen lastet die Verantwortung für die komplizierte, aber lebensnotwendige Wirtschaftsreform, die ohne eine Auflösung der alten Strukturen und die Anbahnung funktionsfähiger ökonomischer Beziehungen nicht gelingen kann. Selbst für radikale Reformen wird es äußerst schwierig sein, den Prinzipien von Selbständigkeit, Eigenverantwortung und Weltoffenheit zum Durchbruch zu verhelfen, die für die Entstehung von Marktelementen und privatem Unternehmertum unumgänglich sind. In weiten Teilen der Bevölkerung hält sich ein tiefes Mißtrauen gegen den „Kapitalismus“ des Westens und seine individualistischen Grundüberzeugungen.

Das beträchtliche Maß an Freiheit, das Gorbatschows Reformpolitik, vor allem aber ihr wesentlichster Teil, die Glasnost brachte, forderte seinen Preis. Er bestand im Verlust vertrauter oder vermeintlicher Gewissheiten, die eine überaus einseitige Bildung und Erziehung vermittelt hatten. In der Bevölkerung breiteten sich mit der plötzlichen Informationsflut Orientierungslosigkeit und schließlich resignative Übersättigung aus. Die Faszination des Neuen in Presse, Funk, Fernsehen, Theater, Film, Malerei und Zeitschriftenkultur wich der Passivität. In der Folge zeigte sich ein steigendes Desinteresse an Politik, an seriöser Literatur und Information. An deren Stelle traten Skandalgeschich-

ZEITTADEL

1953–1964: „Ära Chruschtschow“.

- 6. 3. 1953:** G. M. Malenkov wird Vorsitzender des Ministerrats.
- 13. 9. 1953:** N. S. Chruschtschow wird Erster Sekretär des ZK der KPdSU.
- 8. 2. 1955:** Rücktritt Malenkows; N. A. Bulganin Vorsitzender des Ministerrats.
- 14. 5. 1955:** Gründung des Warschauer Pakts.
- 15. 5. 1955:** Abschluß des Staatsvertrags mit Österreich.
- 2. 6. 1955:** Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien.
- 18.–23. 7. 1955:** Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte in Genf.
- 13. 9. 1955:** Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland.
- 27. 10.–16. 11. 1955:** Konferenz der Außenminister der vier Mächte in Genf.
- 14.–25. 2. 1956:** XX. Parteitag der KPdSU; „Geheimrede“ Chruschtschows.
- Oktober 1956:** „Polnischer Oktober“; Beginn des Aufstands in Ungarn.
- 4. 10. 1957:** Start des ersten Erdsatelliten „Sputnik“.
- 27. 3. 1958:** Rücktritt Bulganins; Chruschtschow wird Vorsitzender des Ministerrats.
- 27. 11. 1958:** Berlin-Ultimatum.
- 13. 5.–20. 6./13. 7.–5. 8. 1959:** Konferenz der Außenminister der vier Mächte in Genf.
- 15.–27. 9. 1959:** Besuch Chruschtschows in den USA.
- 16./17. 5. 1960:** Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz.
- 3./4. 6. 1961:** Treffen Chruschtschow–Kennedy in Wien.
- 13. 8. 1961:** Bau der Berliner Mauer.
- 17.–31. 10. 1961:** XXII. Parteikongreß bestätigt neues Parteiprogramm und -statut.
- 22.–28. 10. 1962:** Kuba-Krise.
- 5.–20. 7. 1963:** Sowjetisch-chinesische Ausgleichverhandlungen in Moskau.
- 25. 7. 1963:** Atomteststop-Abkommen.
- 14. 10. 1964:** Sturz Chruschtschows.

1964–1982: „Ära“ Breschnew.

- 14. 10. 1964:** L. I. Breschnew Erster Sekretär des ZK der KPdSU; A. N. Kossygin Ministerpräsident.
- 29. 3.–8. 4. 1966:** XXIII. Parteikongreß.
- 27. 1. 1967:** Sowjetisch-amerikanisches Abkommen über die friedliche Nutzung des Weltraums.
- Juni 1967:** Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel.
- 21. 8. 1968:** Intervention in der Tschechoslowakei.
- März/April 1969:** Grenzzwischenfälle am Ussuri.
- 17. 11. 1969:** Beginn der SALT-Gespräche.
- 12. 8. 1970:** Abschluß des Moskauer Vertrags mit der Bundesrepublik.
- 3. 9. 1971:** Unterzeichnung des Viermächteabkommens über Berlin.
- 22. 11. 1972:** Beginn der KSZE in Helsinki.
- 18.–22. 5. 1973:** Besuch Breschnews in der Bundesrepublik.
- 30. 10. 1973:** Beginn der MBFR-Verhandlungen in Wien.
- 1. 8. 1975:** KSZE-Schlußakte unterzeichnet.
- 15. 3. 1976:** Ägypten kündigt Freundschaftsvertrag mit UdSSR.

- 24. 5. 1977:** Neue Verfassung der UdSSR.
- 26./27. 12. 1979:** Beginn der Intervention in Afghanistan.
- 15. 9. 1981:** Ausweisung des sowjetischen Botschafters aus Ägypten.
- 29. 6. 1982:** Beginn der START-Verhandlungen in Genf.
- 10. 11. 1982:** Tod Breschnews.
- 12. 11. 1982:** J. W. Andropow wird Generalsekretär.
- 15. 8. 1983:** Andropow fordert Wirtschaftsreform und Kampf gegen Disziplinlosigkeit.
- 10. 2. 1984:** Tod Andropows.
- 13. 2. 1984:** K. U. Tschernenko wird Generalsekretär.
- 3. 10. 1984:** Aufstellung neuer Kurzstreckenraketen in der DDR und der ÖSSR als Reaktion auf die Stationierung von Pershing-Raketen in Westeuropa.
- 10. 3. 1985:** Tod Tschernenkos.
- 1985–1991:** Die Regierung Gorbatschows und das Ende der Sowjetunion.
- 1. 3. 1985:** Michail S. Gorbatschow wird Generalsekretär.
- März–Mai 1985:** Ablösung zahlreicher Parteifunktionäre; Antialkoholikampagne.
- 16. 8. 1985:** Vorlage eines Vertragsentwurfs zur friedlichen Nutzung des Weltraums.
- 19.–21. 11. 1985:** Treffen Gorbatschow–Reagan in Genf.
- 15. 1. 1986:** Erklärung Gorbatschows zur Abrüstung und Beseitigung aller Kernwaffen bis zum Jahr 2000.
- 25. 2.–6. 3. 1986:** XXVII. Parteitag der KPdSU.
- 26. 4. 1986:** Reaktorunfall in Tschernobyl.
- September 1986:** Gorbatschow fordert „Glasnost“.
- 11./12. 10. 1986:** Treffen Gorbatschow–Reagan in Reykjavik.
- 27. 1. 1987:** Grundsatzreferat Gorbatschows vor dem ZK-Plenum zur Umgestaltung (Perestrojka) der Gesellschaft.
- 28. 2. 1987:** Vorschlag eines Abkommens über den Abbau der Mittelstreckenwaffen in Europa.
- 10. 4. 1987:** Vorschlag zum Verbot aller chemischen Waffen und Einbeziehung von Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite in Abrüstungsverhandlungen (doppelte Null-Lösung für Europa).
- 28. 6.–2. 7. 1988:** 19. Parteikonferenz der KPdSU.
- 15. 2. 1989:** Beendigung des sowjetischen Truppenrückzugs aus Afghanistan.
- 9. 4. 1989:** Blutige Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Armee in Tiflis.
- 3./4. 6. 1989:** Programe gegen Mescheten in Usbekistan.
- 10. 7. 1989:** Beginn der Streiks in den Kohlerevieren im Donbass und Kusbass.
- 9. 11. 1989:** Öffnung der Berliner Mauer.
- Februar 1990:** Verzicht der KPdSU auf ihr Machtmonopol.
- 11. 3. 1990:** Unabhängigkeitserklärung Litauens.
- 12.–15. 3. 1990:** Wahl Gorbatschows zum Präsidenten der UdSSR durch den Kongreß der Volksdeputierten.
- 29. 5. 1990:** Wahl Jelzins zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets der RSFSR; XXVIII. Parteitag der KPdSU; Parteiaustritt Jelzins.
- 20. 12. 1990:** Rücktritt des Außenministers Schewardnadse.
- 19. 8. 1991:** Putschversuch in Moskau.
- 8. 12. 1991/21. 12. 1991:** Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

ten, Kriminalromane und seichte Unterhaltung. Viele wandten sich in dieser Lage der Kirche und Religion zu, in der Hoffnung, diese würden helfen, den geistigen Leerraum zu füllen. Doch erstand die lange unterdrückte und auf den liturgischen Bereich eingeschränkte Russische Orthodoxe Kirche keineswegs in strahlendem Licht. Dies lag nicht nur daran, daß Verstrickungen von Geistlichen mit dem Sicherheitsapparat publik wurden. Vielmehr schickte sie sich an, an die Traditionen einer staatsnahen Institution anzuknüpfen und sich Gorbatschow und später Jelzin als Hüterin von Sittlichkeit und Moral anzudienen. Insofern scheinen weder sie noch die zweigeteilte Kirche der Ukraine (die mit Rom unierte Griechisch-Katholische und die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche) noch andere Konfessionen und Religionen darauf vorbereitet zu sein, auf alle drängenden Fragen der Menschen eine Antwort zu geben. Dies gilt sowohl für die Vermittlung einer weltoffenen Religiosität als auch für die Achtung demokratischer Grundsätze. Während ein Religionsgesetz im Jahre 1990 die Glaubens-, Bekenntnis- und Gewissensfreiheit rechtlich verankerte, deutete wenig darauf hin, daß die Orthodoxe Kirche den Weg einer unabhängigen integrierenden Kraft beschreiten würde.

Die von den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erwartete Durchsetzung der Menschen- und Bürgerrechte hängt von vielen Unwägbarkeiten ab. In der Mehrzahl verfügen jene nicht oder über nur geringe rechtsstaatliche und demokratische Traditionen. Für sie wird es darauf ankommen, das wirtschaftliche Chaos zu beheben und dabei politische Reformen nicht aus dem Auge zu verlieren. Zu den unbewältigten Problemen zählt ferner die nationale Frage, die schon jetzt zu blutigen Zusammenstößen und bürgerkriegsähnlichen Zuständen in einigen Regionen geführt hat. Gebietsansprüche, Minderheitenprobleme und soziale Ungleichheit bieten auch längerfristig gefährliche Reibungsflächen zwischen den Völkern der neuen Staaten. Schließlich haben diese mit den Folgen unermesslicher Umweltzerstörung und der Hochrüstung zu kämpfen.

Fragt man trotz der Negativbilanz des Sowjetsystems nach den direkten oder indirekten Erfolgen der Perestrojka, so wird man im Inneren die Meinungsfreiheit und – bei aller Vorsicht – auch eine Tendenz zur Demokratisierung verbuchen können. Profitiert haben im Rahmen der ehemaligen Sowjetunion sicherlich die Nationen, die in die Freiheit entlassen wurden. Doch ist dies wie auch die Unabhängigkeit der Staaten Ostmittel- und Südosteuropas und die Vereinigung Deutschlands eher eine unbeabsichtigte Folge des neuen Kurses gewesen. Mit dem Zugeständnis eigener Entwicklungswege löste sich Gorbatschow aber aus der Tradition Stalins und führte die Sowjetunion aus der internationalen Isolation heraus. Obwohl er den Widerspruch zwischen sowjetischem Staatsinteresse und Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht aufheben konnte, befähigte ihn seine Pragmatik zu einer herausragenden außen- und weltpolitischen Leistung. Zur Tragik seiner Amtszeit gehörte es, daß dieser Erfolg nur um den Preis des Weltmachtstatus und

schließlich sogar des Zerbrechens der Sowjetunion zu erzielen war. Innenpolitisch kam die Perestrojka über ein bloßes Krisenmanagement nicht hinaus, das meist hektisch auf unvorhergesehene Entwicklungen reagierte. Die „Reform von oben“ scheiterte somit nicht nur an der mangelnden Vorbereitung der Bevölkerung, sondern auch an den Defiziten der Reformen selbst, die bei der Diagnose und Therapie vor einschneidenden Konsequenzen zurückschreckten.

Die Widersprüche in Gorbatschows Erneuerungsprogramm ergaben sich nicht nur aus dem prinzipiellen Festhalten am Sowjetsystem, sondern auch daraus, daß der Blick nicht nach vorn auf bislang unbeschränkte Wege gerichtet wurde. Vielmehr erhoffte man sich von vermeintlichen Alternativen der frühen Sowjetzeit Fingerzeige aus der Misere. Doch weder vor ihnen noch vor dem bis zuletzt von jeder Kritik abgeschirmten Werk Lenins machte schließlich die Demontage durch die öffentliche Meinung halt. Nun erschien die gesamte Sowjetgeschichte von Anbeginn an als ein Irrweg. Insofern kommt die Zäsur des Jahres 1991 am ehesten der des Jahres 1917 nahe, und zwar im Sinne eines völligen, wenngleich unwägbareren Neubeginns. Weder die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik von 1921 noch die gewaltsame „Revolution von oben“ nach 1928 noch die „Tauwetter“-Periode nach 1953 weisen einen vergleichbaren Wendepunktcharakter auf. Das Zeitalter der kommunistischen Diktatur ist zu Ende gegangen. Im Unterschied zum Jahre 1917 fehlen in der Gegenwart allerdings eine den Bolschewiki vergleichbare revolutionäre politische Kraft und eine integrierende Idee. Mit dem Wegfall der alles erklärenden und legitimierenden Ideologie des Marxismus-Leninismus ist ein geistiges Vakuum entstanden, das schwer zu füllen sein wird, es sei denn durch einen unberechenbaren Nationalismus. Die Demokratiebewegung ist schwach, schillernd und so vielfältig, wie die neuen Staaten und ihre Bewohner. Wegen der fehlenden oder den nur geringen demokratischen Traditionen und sozialökonomischen Voraussetzungen bestehen vorerst keine günstigen Bedingungen für funktionsfähige parlamentarische Mehrparteiensysteme. Möglicherweise ebnet daher die weitere Entwicklung autoritären Regimes den Weg und begünstigt starke, charismatische Persönlichkeiten.

Literaturhinweise

Allgemeines

Bütow, Hellmuth G. (Hrsg.): *Länderbericht Sowjetunion*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 230, Bonn 1987.

Informative Darstellung von Geschichte, geographischen Gegebenheiten, politischem Rechtssystem, Sozial- und Wirtschaftsstruktur, Außenpolitik, Bildungswesen und Kultur der Sowjetunion (mit Tabellen und Karten.)

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Beziehungen (Hrsg.): *Sowjet-*

union 1990/91. Krise – Zerfall – Neuorientierung. Carl Hanser Verlag, München 1991.

Seit 1973 in zweijährigem Abstand erscheinende Bilanz des renommierten Kölner Instituts mit prägnanten Analysen von Innen- und Außenpolitik sowie Wirtschaft der Sowjetunion (mit zahlreichen Tabellen und Übersichten).

Hosking, Geoffrey: *Sowjetunion. Eine Weltmacht am Scheideweg*. Bouvier Verlag, Bonn/Berlin 1991.

Fundierte Analyse des britischen Rußlandhistorikers über den politischen Wandel in der Sowjetunion unter Gorbatschow.

Plessix Gray, Francine du: *Drahtseilakte. Frauen in der Sowjetunion*. Kindler Verlag, München 1990.

Sehr lebendiges, oft überraschendes Porträt von Frauen in der Sowjetunion.

Simon, Gerhard (Hrsg.): *Weltmacht Sowjetunion. Umbrüche, Kontinuitäten, Perspektiven*. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1987.

Sammelband mit Aufsätzen von ausgewiesenen Kennern der sowjetischen Geschichte und Gegenwart zu verschiedenen Bereichen der Innen- und Außenpolitik; übergreifende Fragestellung ist die nach der Wandlungsfähigkeit des Sowjetsystems.

Smith, Hedrick: *Die Neuen Russen*. Rowohlt Verlag, Reinbeck 1991.

H. Smith, 1971 bis 1974 Leiter des Moskauer Büros der New York Times und Autor des Weltbestsellers „Die Russen“, hat in den letzten Jahren ausgedehnte Reisen in die UdSSR unternommen. Er zeichnet ein Porträt eines Landes in tiefgreifendem Wandel.

Wein, Norbert: *Die Sowjetunion*. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 1983.

Eine umfassende Einführung in die Wirtschaftsentwicklung der Sowjetunion. Unter wirtschaftsgeographischen Aspekten werden Themen wie Raum und Bevölkerung, Landwirtschaft, Industrie usw. behandelt. Zahlreiche Abbildungen und Tabellen illustrieren die Themenkomplexe.

Die Sowjetunion im Umbruch. Eine Zwischenbilanz 1991, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991.

Bilanz der Reformjahre in der Sowjetunion unter Gorbatschow und Versuch erster Prognosen über deren künftige Entwicklung nach dem Ende des kommunistischen Zentralstaates.

Innenpolitik von Chruschtschow bis Gorbatschow

Adomeit, Hannes/Höhm, Hans-Hermann/Wagenlehner, Günther (Hrsg.): *Die Sowjetunion unter Gorbatschow*. Kohlhammer Verlag, Stuttgart/Berlin/Köln 1990.

Ausgewiesene Sowjetunionexperten erörtern die Entwicklungen seit Beginn der Perestrojka: in Ideologie, Partei, Medien, den Streitkräften und Nationalitäten, im wirtschaftlichen Bereich und in der Außenpolitik.

Anweiler, Oskar/Kuebart, Friedrich/Meyer, Klaus: *Die sowjetische Bildungspolitik von 1958 bis 1973*. Dokumente und Texte. Quelle & Meyer Verlag, Berlin 1976.

Ausführlich eingeleitete Quellensammlung zu den verschiedenen Bereichen des sowjetischen Bildungswesens von Chruschtschow zu Breschnew.

Leonhard, Wolfgang: *Kreml ohne Stalin*. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln/Berlin 1963.

Darstellung des nachstalinistischen Transformationsprozesses in der Sowjetunion zwischen dem XIX. (1952) und dem XXI. Parteitag (1959) der KPdSU mit innenpolitischem Schwerpunkt.

Lewytskij, Boris: *Politische Opposition in der Sowjetunion 1960–1972*. München 1972.

Schilderung von Entstehung und Tätigkeit der Dissidentenbewegung mit Übersicht über die verschiedenen politischen und nationalen oppositionellen Gruppierungen (mit umfassendem Dokumententeil und biographischen Angaben über die führenden Dissidenten).

Löwenthal, Richard/Vogel, Heinrich (Hrsg.): *Sowjetpolitik der 70er Jahre*. Kohlhammer, Stuttgart 1972.

Beiträge zur Außen-, Innen- und Literaturpolitik sowie zur Wirtschafts- und Sozialpolitik geben einen guten Überblick über die erste Phase der Regierungszeit Breschnews; eine Erörterung der Möglichkeit von Reformen rundet den Band ab.

Meissner, Boris: *Rußland unter Chruschtschow*. Oldenbourg, München 1960.

Umfassender Überblick über die Veränderungen in der Sowjetunion in Partei, Staat, Militär, Wirtschaft, Ideologie und Recht nach Stalin (mit Dokumentenanhang).

ders.: *Sowjetgesellschaft am Scheideweg*. Beiträge zur Sozialstruktur der Sowjetunion. Markus Verlag, Köln 1985.

Gesammelte Aufsätze aus den Jahren 1966 bis 1985 bilanzieren – veranschaulicht durch ein Fülle von Daten – den Wandel in der sozialen Struktur der Sowjetgesellschaft und insbesondere der KPdSU. Den Abschluß bildet eine Erörterung der möglichen gesellschaftlichen Veränderungen kurz nach dem Amtsantritt Gorbatschows.

ders.: *Die Sowjetunion im Umbruch*. Historische Hintergründe, Ziele und Grenzen der Reformpolitik Gorbatschows. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1988.

Sachkundige Darstellung von Zielen und Grenzen der Reformpolitik Gorbatschows unter Berücksichtigung des Werdegangs der Sowjetgesellschaft seit der Oktoberrevolution von 1917.

Ruge, Gerd: *Der Putsch. Vier Tage, die die Welt veränderten*. Fischer TB, Frankfurt a. M. 1991.

Darstellung der dramatischen Ereignisse des August 1991 in Reportagen und Dokumenten (mit zahlreichen Photos und einer Chronik).

Schewardnadse, Eduard u. a.: *Revolution in Moskau. Der Putsch und das Ende der Sowjetunion*. rororo 13122, Reinbek 1991.

Aus der Perspektive unmittelbar nach dem gescheiterten Putsch im August 1991 ziehen deutsche und sowjetische Autoren eine Bilanz des Wandels in verschiedensten Bereichen des sowjetischen Lebens seit der Amtsübernahme Gorbatschows (mit einer Chronik der Perestrojka bis zum September 1991).

Biographien, Memoiren

Gorbatschow, Michail: *Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*. Droemer Knaur, München 1987.

Der Schöpfer der Perestrojka schildert Anfänge, „Wesen und revolutionären Charakter“ und Zielsetzungen der veränderten sowjetischen Politik, die in seiner Sicht einen vom Wettüben befreiten, „friedlichen Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Gesellschaftssystemen“ ermöglichen sollte.

Jelzin, Boris: *Aufzeichnungen eines Unbequemen*. Droemer Knaur, München 1990.

Persönliche Erinnerungen des russischen Präsidenten über seinen politischen Werdegang vom Lokalpolitiker in Swerdlowsk ins Machtzentrum Moskau.

Medwedjew, Roy: *Chruschtschow. Eine politische Biographie*. Seewald Verlag, Stuttgart/Herford 1984.

Beispiel einer unkritischen Würdigung Chruschtschows durch einen Moskauer Historiker, der sich den in der Sowjetunion gemeinhin gültigen parteikonformen Normen der Geschichtsschreibung nicht verpflichtet fühlte.

Sacharow, Andrej: *Mein Leben*. Verlag Piper, München 1991.

Die Erinnerungen des sowjetischen Friedensnobelpreisträgers, den das norwegische Preiskomitee „das Gewissen der Welt“ nannte, „an die Welt der Wissenschaften, an die Welt des ‚Objekts‘, an die Welt der Dissidenten und einfach an das Leben“ (Sacharow im Vorwort).

Schewardnadse, Eduard: *Die Zukunft gehört der Freiheit*. Rowohlt Verlag, Reinbek 1991.

Der Architekt der „Umgestaltung“ in der Außenpolitik zieht persönliche Bilanz, die als Antwort auf seine Kritiker und als Rechenschaftsbericht zugleich gedacht ist.

Schmidt-Häuer, Christian: *Michail Gorbatschow*. Serie Piper 642, München/Zürich 1988.

Darstellung des Werdegangs Gorbatschows und der Anfänge seiner Politik bis zum XXVII. Parteitag (1986) aus der Feder eines Journalisten mit langjähriger Sowjetunionerfahrung.

Nationalitätenpolitik

Beckhörn, Eberhard: *Pulverfaß Sowjetunion. Der Nationalitätenkonflikt und seine Ursachen*. Knaur TB 4815, München 1990.

Eingängige Darstellung der Nationalitätenkonflikte in der UdSSR und der Hintergründe für den beginnenden Zerfall des Zentralstaates.

Mark, Rudolf: *Die Völker der Sowjetunion*. Ein Lexikon. Westdeutscher Verlag, Opladen 1989.

Nachschlagewerk mit Informationen auch über die kleinsten der 120 bis 140 Völkernschaften der ehemaligen UdSSR.

Außenpolitik

Adomeit, Hannes: *Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten. Verhaltensmuster, Handlungsprinzipien, Bestimmungsfaktoren*. Nomos Verlag, Baden-Baden 1983.

In Fallstudien analysiert der Verfasser Verhaltensmuster und Bestimmungsfaktoren (Ideologie, Sicherheitsinteressen, militärische Stärke, innenpolitische Faktoren) der sowjetischen Außenpolitik in Krisensituationen und sucht daraus bestimmte Handlungsprinzipien abzuleiten.

Geyer, Dietrich (Hrsg.): *Osteuropa-Handbuch. Sowjetunion*. Außenpolitik. Bd. II. Böhlau Verlag, Köln/Wien 1976.

Wissenschaftliches Standardwerk zu allen Bereichen sowjetischer Außenpolitik seit Mitte der 50er Jahre (mit umfangreichen Quellen- und Literaturhinweisen im Anmerkungsapparat).

Meissner, Boris: *Außenpolitik und Völkerrecht der Sowjetunion. Ausgewählte Beiträge*. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1987.

Aufsätze des Ostrechtsexperten zu Theorie und Praxis von Außenpolitik und Völkerrecht der UdSSR mit Erläuterungen zu Konzeptionen (u. a. „friedliche Koexistenz“, „sozialistischer Internationalismus“) und Darstellungen zur sowjetischen Deutschlandpolitik, zur Intervention in Afghanistan sowie zur sowjetischen Haltung zur KSZE.

Vogel, Heinrich (Hrsg.): *Die sowjetische Intervention in Afghanistan*. Nomos Verlag, Baden-Baden 1980.

Verschiedene Autoren schildern historische und aktuelle Hintergründe des ersten direkten sowjetischen Eingreifens in einem Staat außerhalb des Ostblocks und die ersten Reaktionen in „Bruderländern“, im Westen und in der Dritten Welt.

Wolf-Rüdiger Größl

Das Thema im Unterricht

Seit dem Abkommen von Alma Ata am 21. 12. 1991, durch das die „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS) gegründet wurde, gibt es die Sowjetunion als Staat nicht mehr.

Daß in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion die „Errungenschaften“ der bolschewistischen Revolution in Frage gestellt werden, zeigt neben den häufig gewalttätig ausgetragenen Nationalitätenstreitigkeiten, den stürzenden Denkmälern von „Revolutionshelden“ auch, daß Städte wie Swerdlowsk, Gorki, Kirow, Kuibischew, Leningrad ihre vor-

revolutionären Namen wieder erhielten (Jekaterinburg, Nishni Nowgorod, Wjatka, Sankt Petersburg). Sogar der einst hochgefeierte Tag der Oktoberrevolution, der 7. November, ist heute ein ganz normaler Arbeitstag.

Um aber die aktuellen Veränderungen in der ehemaligen UdSSR und in Osteuropa verstehen zu können, ist es unabdingbar, die Ursprünge der Sowjetunion zu untersuchen, zumal in den heutigen revolutionären Veränderungen auch eine Anti-Revolution gegen die Ereignisse von 1917 gesehen werden kann.

In den Lehrplänen hat deshalb immer noch die Geschichte der UdSSR ihren berechtigten Platz. Die Wahl der Schwerpunkte sollte allerdings den heutigen Veränderungen Rechnung tragen und die möglichen Ursachen der Probleme innerhalb und zwischen den Nachfolgestaaten der einst so mächtigen, nach außen hin monolithisch gesehenen Sowjetunion erklären helfen.

Die vorliegende Unterrichtsskizze soll Vorschlag und Anregung sein. Sie ist ein Modell, das je nach Schwerpunktbildung, Klassenstufe und Klassensituation veränderbar ist.

Es orientiert sich zum einen am Text der beiden Hefte, zum anderen an den derzeit geltenden Lehrplänen. Mit I wird auf die *Informationen zur politischen Bildung* Nr. 235, mit II auf die *Informationen zur politischen Bildung* Nr. 236, jeweils mit Seitenzahl, verwiesen.

Einstieg und Problematisierung:
Materialien: Bilder I, S. 1; I, S. 41.

Die Schüler vergleichen die beiden Bilder hinsichtlich ihrer zentralen Aussage und nennen Ursachen für die jeweils andere Sichtweise. Dadurch werden aktuelle Kenntnisse zum Beispiel, aus den Medien in den Unterricht eingebracht, weiterhin wird den Schülern das Spannungsverhältnis deutlich, in dem die Menschen in der ehemaligen Sowjetunion leben.

Baustein A:

„Rußlands Weg in die Moderne“

Die gesellschaftlichen Grundlagen

Schwerpunkt/Leitthese:

Die Gesellschaft des zaristischen Rußland war agrarisch geprägt und spätféudal, daher rückständig. Mit den Anforderungen der modernen Zeit konnte sie nicht fertig werden („Modernisierungstheorie“).

Material: Abbildung zur sozialen Schichtung I, S. 3 und Bilder I, S. 2.

Teilergebnisse:

– Rußland verfügt nur über ein wenig entwickeltes Bürgertum, das wirtschaftlich und politisch progressiv gewesen wäre. Die Bauern und Arbeiter lebten in völligem Elend. Allerdings waren auch die meisten Adligen hoch verschuldet (allgemeine Gesellschaftskrise).

– Bis 1861 lebten die Bauern, die überwältigende Masse der Bevölkerung, in völliger Leibeigenschaft und auch nach der Bauernbefreiung weiterhin in wirtschaftlicher Abhängigkeit.

– Zusammen mit dem Analphabetentum haben die mangelnde Investitionsbereitschaft der Grundbesitzer und die Einbindung der Bauern in die kollektive Dorfgemeinschaft (Mir) eine Modernisierung der Landwirtschaft und damit eine höhere Produktivität verhindert.

– Die russische Landwirtschaft steckte in einer Dauerkrise mit sich wiederholenden Hungersnöten, Massensterben und Bauernrevolten.

– Der Versuch Stolypins, der 1906 begann, durch eine Agrarreform die fortschrittshemmende Mir aufzulösen, Land zu privatisieren, wurde auch wegen des Krieges nicht zu Ende geführt.

– Auch das Industrieproletariat, ohne das es nach Marx keine sozialistische Revolution geben konnte, war zahlenmäßig nicht sehr groß; es erhielt aber seine politische Sprengkraft durch die Konzentration an wenigen industriellen Zentren wie Sankt Petersburg.

Die erste Industrialisierung Rußlands

Schwerpunkt/Leitthese:

Die Forderung nach „Einholen und Überholen“ war nicht erst seit Stalin Motto der russischen Wirtschaftspolitik, denn Rußland begann vor der Revolution eine Industrie aufzubauen.

Teilergebnisse:

– Die erste Industrialisierung sollte die notwendige Modernisierung Rußlands vorantreiben, und sie sollte, wie später die zweite unter Stalin, durch Agrarexporte finanziert werden, was die Versorgungsprobleme aber nur noch verschärfen mußte.

– Sie litt unter einem enormen Kapitalmangel und brachte das Land daher in die Abhängigkeit von ausländischem Kapital.

– Die Industrie war ebenso wie die Landwirtschaft unproduktiv und steckte wegen der ausländischen Konkurrenz und wegen der Qualitätsmängel trotz niedrigster Löhne in einer Dauerkrise mit hoher Arbeitslosigkeit und Verelendung der Arbeiterschaft.

Das Nationalitätenproblem

Schwerpunkt/Leitthese:

Schon das zaristische Rußland war ein Vielvölkerreich, in dem die nationalen Kulturen in dauerndem Spannungsverhältnis mit der politisch-militärischen Vorherrschaft Rußlands standen. Aktuelle Probleme zwischen den Nationalitäten haben ihre Wurzeln in der Zeit vor der Revolution, sind also nicht nur Folge der Politik Stalins.

Materialien: Karte I, S. 11.

Teilergebnisse:

– Rußland war ein Vielvölkerstaat in einer Zeit des Nationalismus und daher ein „Koloß

auf tönernen Füßen“ – nur rund 40 Prozent waren Russen.

– Schon das zaristische Rußland begegnete dem Nationalismus seiner zahlreichen Minderheiten durch eine Russifizierungspolitik, durch kulturelle und sprachliche Unterdrückung, deren Helfer die orthodoxe Kirche war. Stalin hat diese Politik später radikalisiert.

Rußland zwischen Autokratie und parlamentarisch-demokratischen Ansätzen

Schwerpunkte/Leitthese:

Industrialisierung und wirtschaftliche Modernisierung verlangten eine neue politische Struktur, der die Autokratie nicht gerecht wurde. Hungersnöte und Bauernunruhen schufen zusammen mit der Niederlage im Krieg gegen Japan den revolutionären Boden für die Revolution 1905, dem Prolog für die Revolution 1917 (Trotzki).

Materialien: Flugblatt und Petition I, S. 3.

Teilergebnisse:

– Die Kritik der Arbeiter und Bauern richtete sich weniger gegen den Zaren, sondern hauptsächlich gegen Adel, Unternehmer, vor allem aber gegen die Bürokratie. Eine Volksvertretung sollte nicht ohne, sondern zusammen mit dem Zaren das Land regieren.

– Erst der „Blutsonntag“ zerstörte das Vertrauen in den Zaren.

– Das Ergebnis der Revolution von 1905 war ein „Scheinkonstitutionalismus“, eine „konstitutionelle Autokratie“.

– Der Widerspruch zwischen Staatsmacht und Emanzipationsstreben verschärfte sich, da nun in der Duma ein Forum bestand und politische Organisationen als Träger bereit standen.

Baustein B:

Die Revolution 1917

„Februarrevolution“ und „Doppelherrschaft“

Schwerpunkt/Leitthese:

Die Revolution von 1917 war in ihrer Gesamtheit eine politische und zugleich soziale Revolution. Sie begann mit der spontanen „Februarrevolution“, die das autokratische Regime des Zaren stürzte und eine Republik schuf. Diese Phase war eine politische Revolution, die die sozio-ökonomischen Verhältnisse nicht verändern wollte.

Sie mündete in eine „Doppelherrschaft“ von Provisorischer Regierung als Organ der bürgerlich-liberalen Demokratie und den Sowjets als Organe der sozialen revolutionären Demokratie.

Teilergebnisse:

– Das konstitutionelle Experiment nach 1905 scheiterte am Zarismus und seiner hemmenden Bürokratie, aber auch an der Schwäche der konstitutionellen Kräfte.

– Zwischen 1906 und 1914 wurde eine „repressive Pazifizierungsstrategie“ (Dietrich Geyer) betrieben, die ab 1915 in einen diktatorischen Ausnahmezustand mündete.

– Zu den Bauernunruhen (1902; 1905–07; 1917) kam ab Mitte 1915 eine sich bis 1917 radikalisierte Streikbewegung, die sich durch die industrielle Krise und die Versorgungskrise verschärfte.

– Die Niederlagen im Ersten Weltkrieg ließen die nationale Euphorie verfliegen und offenbarten schonungslos die Schwäche des Systems, das nun auch seine wichtigste Stütze, die Armee, verlor.

– Ab 1915 entstand eine Massenbewegung, deren revolutionäres Potential durch den „Ausnahmestaat“ verstärkt wurde. Somit war der Krieg „Beschleuniger im Dekompositionsprozeß“ (Dietrich Geyer).

– Dennoch kam die „Februarrevolution“ überraschend; sie war spontan, ungelenkt und ohne einheitliches politisches Programm. Die radikalen Parteien hatten auf ihren Ausbruch keinen Einfluß, auch die Bolschewiki nicht.

– Dem Ende der Monarchie folgte eine „Doppelherrschaft“, so daß es zwei Machtzentren mit unterschiedlichen Zielen gab.

„Oktoberrevolution“ – Staatsstreich der Bolschewiki

Schwerpunkt/Leitthese:

Die Provisorische Regierung erwies sich als zu schwach, die Probleme zu lösen, und die Sowjets verweigerten den Einstieg in die Regierungsverantwortung. Da die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen sich verschärften, gewannen in Laufe des Sommers 1917 die Bolschewiki immer mehr an Zustimmung. Ihre Partei wurde als die Kraft angesehen, die die Interessen der Arbeiter am besten vertrat.

Die „Oktoberrevolution“ war ein Staatsstreich der Bolschewiki, der durch den Macht- und Autoritätsverfall der Regierung und durch die Handlungsunfähigkeit der Räte erleichtert wurde. „Die Macht fiel den Bolschewiki zu, weil niemand sie ihnen streitig machte“ (Hans-Peter Höpfner).

Damit „setzte sich (...) eine von verschiedenen denkbaren Alternativen durch“ (Nikolaus Katzer), und die Revolution mündete in einen blutigen Bürgerkrieg. Mit der Oktoberrevolution begann eine politische, eine ökonomische und eine soziale Revolution, die bis Stalin andauerte.

Teilergebnisse:

– Der Provisorischen Regierung entglitt nach den gescheiterten Offensiven und dem Kornilow-Putsch immer mehr die Unterstützung durch die Soldaten und Arbeiter.

– Im Petrograder Sowjet und im Moskauer Sowjet errangen die Bolschewiki, die sich als einzige Alternative präsentierten, die Oberhand.

– Lenin gelang es im April 1917, die Partei auf einen kompromißlosen Konfrontationskurs einzuschwören. Gegen Sinowjew und Kamenew setzte er im Oktober den Beschluß zum gewaltsamen Umsturz durch.

– Die Provisorische Regierung scheiterte, weil sie am Krieg festhielt, sie wegen der Aufschiebung der versprochenen Wahlen unglaubwürdig wurde, sie in der Agrarfrage untätig blieb und sie am Zentralismus und an der Dominanz des Russischen festhielt. Ihr fehlte daher die Massenbasis im Volk.

– Da die Räte eine Regierungsbeteiligung ablehnten, trieb das Land in eine Anarchie, wodurch es der Partei Lenins erleichtert wurde, die Macht zu übernehmen. Für die Bolschewiki kam es nun darauf an, die Macht zu sichern und auszubauen.

Baustein C: Der Kampf um die Macht im Staat

Bürgerkrieg und ausländische Intervention

Schwerpunkt/Leitthese:

An allen innerrussischen Fronten tobte im Sommer 1918 der Bürgerkrieg, und das von den Bolschewiki beherrschte Gebiet wurde immer kleiner. Einige Nationalitäten begannen sich unter Berufung auf die „Deklaration über die Rechte der Völker Rußlands“ (November 1917) abzuspalten. Ausländische Truppen intervenierten, wenn auch halbherzig, zugunsten der Opposition; Polen wollte die Stunde nutzen, um Gebietsansprüche durchzusetzen.

Materialien: Karte I, S. 12.

Teilergebnisse:

– Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 25. November (8. Dezember) 1917 zeigte sich, daß die Bolschewiki zwar die Mehrheit bei den Soldaten und Arbeitern besaßen, nicht aber in der Bevölkerung.

– Lenin sah sich daher in seiner Auffassung bestätigt, daß eine Umgestaltung Rußlands nur durch Gewalt möglich war. Daher ließ er die Verfassungsgebende Versammlung auflösen; anschließend betrieb er eine „duale Politik“:

– Einmal kam er dem Wunsch nach Frieden nach und setzte in seiner Partei den demütigenden Frieden von Brest-Litowsk durch; auch erfüllte er den Wunsch nach einer Agrarreform zugunsten der landlosen und der kleinen Bauern; er ließ Armee und Betriebe „demokratisieren“.

– Andererseits schuf er mit der Tscheka ein Unterdrückungsinstrument, das sich nicht erst seit Stalin zum Organ des staatlich organisierten und legalisierten Terrors entwickelte.

– Ansätze für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurden beseitigt, die „Räte“, angeb-

lich Basis des neuen Staates, für die Partei instrumentalisiert.

– Lenins Wille, Rußland schnell in einen sozialistischen, ja kommunistischen Staat umzuwandeln und ein neues „zentralistisches System“ zu schaffen, führte zum Bürgerkrieg „um Räteherrschaft, demokratisch-parlamentarische Republik, Monarchie oder Militärdiktatur“ (Nikolaus Katzer) und zur Intervention Englands, Frankreichs, Japans, der USA und Polens, ferner zur Abspaltung der Nationalitäten.

Gründe für den Sieg der Bolschewiki

Schwerpunkt/Leitthese:

Der bolschewistische Sieg ist nicht nur militärisch zu begründen oder durch die Uneinigkeit der Opposition oder die Halbherzigkeit der ausländischen Intervention; eine monokausale Erklärung scheidet aus.

Teilergebnisse:

– Die militärische Opposition der „Weißen“ war gespalten, rivalisierte miteinander, bekämpfte sich zum Teil sogar.

– Die Gegenkräfte boten keine politische, soziale oder wirtschaftliche Alternative; sie standen vielmehr im Verdacht, die alten Verhältnisse zu wollen.

– Ein großer Teil der Soldaten und selbst der Bauernschaft halfen den Bolschewiki, weil diese die „wildern“ Landaneignungen duldeten, was sich allerdings später als Trugschluß herausstellte und zur Bauernopposition und zu den Bauernkriegen führte.

– Die ausländische Intervention war halbherzig, stärkte eher den russischen Nationalismus.

– Den Bolschewiki gelang es vor allem dank Trotzki, eine straff organisierte und ideologisierte „Rote Armee“ aufzubauen, die sich ganz der Partei unterordnete.

Baustein D: Lenin an der Macht

Der „Kriegskommunismus“ und der Kronstadter Aufstand

Schwerpunkt/Leitthese:

Die Maßnahmen des „Kriegskommunismus“ zwischen 1918 und 1921 waren nur zum Teil Folgen des Bürgerkrieges. Sie waren vielmehr in erster Linie Ausdruck einer ideologischen „Entwicklungspolitik des Sozialismus“, ein dogmatisches Programm, den Sozialismus rasch aufzubauen.

Der Bürgerkrieg und der Widerstand der Bauern zwangen dann die Bolschewiki zu einer „Militarisierung“ der Wirtschaft und zum Aufbau einer „Ernährungsdiktatur“ mit „proletarischer Naturalwirtschaft“. Diese Politik endete in einer Katastrophe für das Land, besonders aber für die als Ausbeutungsobjekte betrachteten Bauern.

Sie bewirkte den Aufstand der Kronstadter Matrosen, der zum Schlußpunkt für das „sozialistische Experiment“ wurde.

Materialien: Quellentexte zum Kronstadter Aufstand I, S. 16.

Teilergebnisse:

– Der Kriegskommunismus entsprang der Ansicht Lenins, Rußland in „sechs Monaten“ sozialistisch umgestalten zu können.

– Die „Versorgungs-“ oder „Ernährungsdiktatur“ mit staatlichem Getreidemonopol und Requirierungen wurde zum Krieg gegen die Bauern (Lenin: „Schonungsloser Krieg gegen die Kulaken“).

– Das Ende des Marktprinzips und der Geldwirtschaft führte zum Zusammenbruch der Produktion und damit in eine tödliche Versorgungskatastrophe.

– Dagegen erhoben sich die Matrosen von Kronstadt. Sie forderten unter anderem die Wiederherstellung des alten Rätegedankens mit einer Basisdemokratie, politische Freiheiten, Zulassung von Gewerkschaften, von Bauernvereinigungen und linkssozialistischen Parteien, die bäuerliche Verfügungsgehalt über Land und Vieh. Gegen die spätere Interpretation in der UdSSR wollten sie aber keine Rückkehr zum bürgerlichen Kapitalismus, sondern nur die Beseitigung der Parteidiktatur und die Herstellung einer Basisdemokratie.

– Dennoch ließ Lenin den Aufstand als „weißgardistisch“ blutig niederschlagen.

Kehrtwendung durch die „Neue Ökonomische Politik“ NEP

Schwerpunkt/Leitthese:

Die Behandlung der NEP ist auch deshalb notwendig, weil sie Gorbatschow als Vorbild für seine Politik diente.

Die NEP war innerhalb der Geschichte der Sowjetunion eine relativ liberale Zwischenphase zwischen zwei gewaltsamen Sozialisierungswellen, der Lenins 1918/21 und der Stalins ab 1929. Lenin hat angesichts der wirtschaftlichen Katastrophe gegen Widerstände in der eigenen Partei auf dem X. Parteikongreß 1921 die NEP durchgesetzt. Sie war ein taktischer und nur vorläufiger Friedensschluß mit den Bauern und bedeutete eine begrenzte Rückkehr zu einem Kapitalismus unter staatlicher Kontrolle.

Wesentliches Ziel neben der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion war die Industrialisierung; schon Lenin wollte die westlichen Industriestaaten „einholen und überholen“.

Teilergebnisse:

– Die NEP war ein „Staatskapitalismus“ (Lenin) mit einer teilweisen Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien vor allem bei Lebensmitteln und Konsumgütern, mit der Wiedereinführung der Geldwirtschaft und leistungsbezogener Löhne.

– Parallel dazu aber vollzog sich der Ausbau der zentralen staatlichen Planung und Len-

kung („Staatliche Planungskommission“ GOSPLAN).

– Ziel war vor allem die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion und eine forcierte Industrialisierung, die „Neugestaltung der Wirtschaftszweige auf der Basis der elektrischen Energie“.

– Gerade hier aber behielt der Staat die Zügel fest in der Hand, die Schlüsselindustrien sowie die Banken und der Außenhandel blieben staatlich.

– In der Agrarpolitik tolerierte man widerwillig den Privatbesitz, hielt aber am staatlichen Eigentum über Land, Wasser, Wälder fest. Die Partei schürte den ländlichen „Klassenkampf“ und propagierte und förderte den unpopulären Ausbau des Genossenschaftswesens.

– Die NEP leitete einen Wirtschaftsaufschwung ein; an den folgenden zwei Mißerten trug sie keine Schuld.

Das Sowjetsystem unter Lenin

Schwerpunkt/Leitthese:

Die scheinbare Liberalisierung in der Wirtschaft war gekoppelt an eine verschärfte Innenpolitik, deren Ziel es war, jede Opposition innerhalb und außerhalb der Partei auszuschalten.

Die im Dezember 1922 von Rußland, der Ukraine, Weißrußland und Transkaukasien gegründete UdSSR verstand sich zwar als föderativer Staat und stand den Republiken das Recht zu, die Union wieder zu verlassen. In Wahrheit aber schuf die 1923 in Kraft getretene Verfassung eine „zentralistische Befehlsstruktur“, begann ein heftiger Kampf gegen den „bürgerlichen Nationalismus“. Stalins Politik baute später auf diesen schon unter Lenin entstandenen Ansätzen auf.

Teilergebnisse:

– Mit dem X. Parteitag 1921 wurde jeder Ansatz zur innerparteilichen Demokratie durch das „Fraktions- und Plattformverbot“ verhindert.

– Die Partei wurde einer ersten Säuberung unterworfen und zu einer Kaderpartei umgewandelt, streng nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, das heißt mit „zentralistischer Befehlsstruktur“.

– Die „diktatorische Einparteiherrschaft“ wurde durch das Verbot der noch übrig gebliebenen Menschewiki und Sozialrevolutionäre endgültig etabliert. Damit entstand eine Parteiorganisation mit Tendenz zur Überbürokratisierung – ein Leiden der ehemaligen UdSSR bis zu ihrem Ende.

– Die gewerkschaftliche Bewegung der „Arbeiteropposition“ wurde verboten, die Gewerkschaften zu Hebeln der Partei degradiert.

– Staat und Gesellschaft wurden ganz der Partei unterworfen.

– Trotz einer Straffung der Parteiorganisation begann sich die Partei zu bürokratisieren,

entstanden Ansätze zu einer Nomenklatura.

– Die Rechte der Nationalitäten, vor der Revolution und noch 1918 garantiert, wurden in der neuen Verfassung der UdSSR „durchlöchert“, der Nationalismus zum Relikt bourgeoisen Denkens erklärt.

– Die Verfassung garantierte weder die Grundrechte noch die Unabhängigkeit der Justiz; die Kommunistische Partei war „an keiner Stelle faßbar“, wodurch es ihr erleichtert wurde, alle Fäden in der Hand zu halten – die Diktatur der KPdSU war nicht eine Erfindung Stalins.

– Die „proletarische Demokratie“ war in Wirklichkeit die zentralistische Diktatur der Kommunistischen Partei, die kein Abweichen erlaubte, auch kein nationales.

Baustein D:

Diktatur Stalins – Stalinismus

Auseinandersetzungen um die Herrschaft in der Partei

Am Anfang sollte eine kurze Bilanz der Ära Lenin stehen, denn vieles von dem, was später geschah, wurde schon unter Lenin vorbereitet.

Im innerparteilichen Streit nach dem Tod Lenins 1924 ging es um den neuen Weg in der sowjetischen Wirtschaftspolitik, in erster Linie aber ging es um Macht. Noch war die Kommunistische Partei keine monolithische Partei, in der es keine wirklichen Diskussionen mehr gab; dazu hat sie erst Stalin gemacht. Aus dem Machtkampf ging Stalin als Sieger hervor, der mit wechselnden Koalitionen, gestützt auf einen großen Teil der Parteibürokratie, seine Gegner ausschaltete.

Teilergebnisse:

Die Bilanz der Lenin-Ära war:

– Ein „dämonisierendes Feindbild“ in bezug auf die Bauern.

– Die Absicht, daß Gewalt ein notwendiges und legitimes Mittel der Politik sei.

– Die Unterordnung von Bedürfnissen des Volkes unter eine Staats- und Parteiraison, das heißt der Ansatz zum Totalitarismus.

– Der Föderalismus als bloßes Etikett; in Wahrheit war die UdSSR ein „zentralistischer Einheitsstaat großrussischer Prägung“.

– Innerhalb der Partei stritt man sich um den richtigen Weg zu einer „sozialistischen Ökonomie“ anstelle der NEP.

Kollektivierung und „zweite Industrialisierung“

Schwerpunkt/Leitthese:

Stalins Wirtschaftspolitik ist für den Unterricht auch deshalb wichtig, weil hier gezeigt werden kann, wie sich die mit der Revolution

ursprünglich verbundenen Hoffnungen auf mehr Demokratie und Selbstbestimmung, auf die versprochene „Befreiung des Menschen“ ins Gegenteil verkehrte: Nicht mehr Demokratie und mehr Freiheit, statt dessen Zwangskollektivierung, Terror, Unrecht, eine neue Privilegienordnung einer Nomenklatura und noch mehr starre, lähmende Bürokratie. Ferner bedeutete sie die Unterordnung der anzustrebenden Weltrevolution unter die „national“-sowjetische Entwicklung. Sie war eine „Revolution von oben“ ohne Rücksicht auf die Bevölkerung; ihre Basis war der staatlich organisierte und legitimierte Terror, der „Archipel Gulag“, die Vernichtung ganzer Bevölkerungsteile, ein Krieg gegen die Bauernschaft.

Materialien: Quellentexte I, S. 26 f; Bilder I, S. 25; I, S. 27, Quellentexte S. 42 f.

Teilergebnisse:

– Im Gegensatz zu Trotzki's „permanenter Revolution“ und seiner Vorstellung von der Priorität der Weltrevolution trat Stalin auch aus außenpolitischen Gründen („kapitalistische Einkreisung“) für einen „Sozialismus in einem Lande“ ein; er ordnete die Weltrevolution der Entwicklung der UdSSR unter.

– „Sozialismus in einem Lande“ bedeutete die Abkehr von der NEP und ihren begrenzten Freiheiten, bedeutete Zwangskollektivierung und forcierte Industrialisierung, Dominanz der Schwerindustrie.

– Die mit dem 1. Fünfjahrplan (1928/29–1932/33) eingeleitete Kollektivierung war eine „Revolution von oben“, durch die die alte bäuerliche Zwergwirtschaft durch den kollektiven Großbetrieb endgültig abgelöst werden sollte.

– Im Zusammenhang damit entfachte Stalin zwischen 1930 und 1933 einen „Bauernkrieg“, einen Vernichtungsfeldzug gegen echte und angebliche Kulaken – der Begriff wurde nie genau definiert!

– Die Zwangskollektivierung wurde begleitet von einer entsetzlichen Hungerkatastrophe, die insbesondere in der Ukraine gewollt und bewußt gefördert wurde.

– Parallel zur Kollektivierung der Landwirtschaft und auf deren Kosten wurde eine „zweite Industrialisierung“ „durchgepeitscht“, verbunden mit einer brutalen Disziplinierung der Arbeiter.

– Dies führte bereits 1928 zu ersten politischen Prozessen gegen Vertreter abweichender Wirtschaftsvorstellungen (Schachty-Prozeß).

Stalinismus – neue Verfassung und grausame Realität

Schwerpunkt/Leitthese:

Bis heute lastet Stalins Schatten über der ehemaligen Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten, und dies nicht nur wegen des „ersten sozialistischen Genozid(s) des 20. Jahrhunderts“ (M. Heller).

Stalin begründete eine diktatorische Herrschaftsform, die das politische, wirtschaftli-

che und gesellschaftliche Leben der UdSSR im Grunde bis zur Reformpolitik Gorbatschows bestimmte und ohne die die heutige Entwicklung auf dem Boden der ehemaligen UdSSR nur schwer verständlich wäre.

Der Stalinismus entfremdete die „werk tätigen Massen von der Macht“ (Dimitrij Wolokogonow), lieferte das Volk einer dogmatisch erstarrten Ideologie und einer lähmenden, unproduktiven Bürokratie aus und machte den Zwang zum legalen Mittel der Politik. Die unter Lenin geschaffenen Grundlagen einer Parteidiktatur wurden von Stalin ausgebaut, blutige Säuberungen zum politischen Disziplinierungsinstrument eingesetzt, schließlich die Willkürherrschaft einer Person errichtet.

Gesellschaftliche Merkmale waren Ungleichheit und Ausbeutung, die Herrschaft des Apparates und einer Nomenklatura, das Entstehen einer „Schattenwirtschaft“, hemmungsloser Personenkult und „großrussischer Chauvinismus“ gegenüber den Nationalitäten.

Materialien: Quellentexte I, S. 32 f.; I, S. 41.

Teilergebnisse:

– 1936 erhielt die UdSSR eine neue Verfassung, die bis 1977 galt. Sie gliederte die Sowjetunion neu und betonte das föderative Prinzip.

– Zugleich führte sie dieses Prinzip wieder ad absurdum durch eine repressive Nationalitätenpolitik.

– Mit dem propagierten „Sowjetpatriotismus“ wurde eine „patriotische Reichsgesinnung“ geschaffen. Sie half, jede Opposition zu Verrätern zu erklären, und erklärte als Integrationsideologie den regionalen Nationalismus zum Landesverrat und zum Verrat am Sozialismus.

– Die Verfassung etablierte ausdrücklich die Vorherrschaft der KPdSU, der auch die Grundrechte unterworfen wurden; sie legalisierte zugleich die „Parteilichkeit des Rechts“.

– Eine „wahnsinnige Terrorwelle“ überflutete das Land in immer neuen blutigen Säuberungen; die Angst wurde zum Herrschaftsinstrument; der „Archipel Gulag“ zum Kennzeichen – die ganze Sowjetunion war ein Gefängnis.

– So entstand eine Parteibürokratie, die sich der Partei und ihrem Generalsekretär unterordnete, die keine Eigeninitiative entwickeln wollte und konnte und die darauf bedacht war, ihre Privilegien zu behalten; („Kasernehof-Sozialismus“, so Trotzki).

– Ein hemmungsloser Personenkult war weiteres Kennzeichen.

Die Beurteilung des Stalinismus

Anhand der Texte I, S. 44, sollen die Schüler die Herrschaft Stalins beurteilen und erklären können, warum diese heute als Trauma bezeichnet wird.

Baustein A:

Versuch einer vorsichtigen Entstalinisierung durch Chruschtschow

Schwerpunkt/Leitthese:

Der Tod Stalins am 5. März 1953 schien die Möglichkeit einer inneren Reform der Sowjetunion zu eröffnen, „Tauwetter“ schien angesagt. Chruschtschow leitete aber nur eine begrenzte Entstalinisierung ein, die an den Machtverhältnissen nichts änderte.

Materialien: Chruschtschows Geheimrede I, S. 33, Text S. 9, Karikatur S. 2.

Teilergebnisse:

– Malenkows Reform, oft „stille Entstalinisierung“ genannt, bewirkte keine nachhaltige Verbesserung der Lage in der Landwirtschaft.

– Chruschtschow warf allein Stalin die Schuld an der Terrorherrschaft vor; Ideologie, die Partei und deren Monopolstellung blieben ebenso unangetastet wie Lenins „demokratischer Zentralismus“.

– Eine Opposition außerhalb der Partei wurde weiterhin als gefährlich bezeichnet, die Partei sei zur „Selbstreinigung“ fähig, was eine zumindest vorläufige Lockerung des Fraktionsverbots bedeutete.

– Innenpolitisch ließ Chruschtschow die Straflager auflösen, einen Rechtsstaat schuf auch er nicht.

– Es gab mehr kulturelle Freiheit.

– Seine wirtschaftlichen Reformversuche, insbesondere die verstärkte Dezentralisierung, schlugen fehl. Statt dessen wuchs die Einflußnahme durch den Parteiapparat, weil Chruschtschow die Wirtschaft im Rahmen des 1928/29 geschaffenen Systems reformieren wollte und weil der Apparat kein Interesse an Reformen besaß.

– Gesamtpolitisch scheiterte er an der Widerspruchlichkeit seiner Politik und am Widerstand des militärisch-industriellen Komplexes sowie am auf seinen Privilegien beharrnden Apparat.

Baustein B:

Ära Breschnew – Restalinisierung und Stagnation

Schwerpunkt/Leitthese:

Die Zeit zwischen 1964 und 1982 gilt heute als Zeit der Stagnation, vielen sogar als Rückschritt. Die Politik Breschnews zielte vor allem darauf ab, die Stellung der Nomenklatura zu sichern. In der neuen Verfassung 1977 wurde das Machtmonopol der KPdSU verfassungsrechtlich festgelegt. In diesem Sinne war die Zeit Breschnews eine Fortsetzung der Stalin-Ära, was sich auch in einer

verschärften Politik gegen Dissidenten und in der Kunst zeigte, wenn auch zu den Methoden der Stalinzeit nur bedingt – etwa durch das Wiederaufleben der Verbannung – zurückgegriffen wurde. Mehr als unter Chruschtschow war die UdSSR von ihrem Anspruch, eine „sozialistische Demokratie“ zu sein, entfernt. Reformansätze, die anfangs durchaus vorhanden waren, wurden durch einen ausufernden Wirtschaftsapparat verhindert.

Materialien: II, Texte S. 7, 11, 12, 17, 25.

Teilergebnisse:

– Durch das verfassungsrechtlich verankerte Machtmonopol der KPdSU beugte Breschnew einem Legitimationsproblem der Partei vor.

– Die Ineffizienz des zentralistischen Planungs- und Verwaltungssystems wurde eher erhöht, die Diktatur eines hemmenden Apparates verstärkt.

– Landwirtschaft und Transportwesen steckten in einer Dauerkrise; die Versorgungslücke wurde nicht kleiner, sondern immer größer.

– Eine extensive Wirtschaftsform führte zur Erschöpfung der Produktionsfaktoren und der Produktionsmittel.

– Das begrenzte „Taufwasser“ der Chruschtschowzeit wurde rückgängig gemacht, Andersdenkende und Kritiker verfolgt, der „sozialistische Realismus“ wieder propagiert.

– In der Nationalitätenpolitik gab es keinen Bruch: Breschnew ging wie sein Vorgänger vom „Sowjetvolk“ aus; die Verfassung von 1977 erwähnte die Souveränität der Unionsrepubliken nicht mehr; offen wurde eine Russifizierungspolitik betrieben.

Baustein C:

Gorbatschows Reformpolitik und die Auflösung der UdSSR

Schwerpunkt/Leitthese:

Seit dem Ende der siebziger Jahre befand sich die UdSSR in einer sich stetig verschärfenden wirtschaftlichen und technologischen Krise. Alle Reformversuche waren letztlich gescheitert, der Staat stand vor dem Ruin. Es gab zwei Möglichkeiten: Rückkehr zu stalinistischen Methoden oder Demokratisierung. Gorbatschow versuchte einen dritten Weg: Er beabsichtigte eine Reorganisation des Landes mittels einer „Demokratie“, ohne das System preiszugeben. Seine Politik der Öffnung und Umgestaltung war eine „Revolution von oben“, die sich bald verselbständigte und zu einer „Revolution von unten“ wurde, die ihn und die Sowjetunion wegspülte.

Seine Strategie bestand in Uskorenien (Beschleunigung), Glasnost (Öffnung) und Perestroika (Umgestaltung). Doch zwischen den Ansprüchen und der Realität klappte eine zu

große Kluft, zumal es Gorbatschow an echten Konzepten mangelte.

Der Putschversuch vom 19. August 1991 leitete dann das Ende der UdSSR ein, die formell im Dezember 1991 aufgelöst wurde.

Materialien: II, Texte S. 25, 34, 38; Bilder S. 30, 32.

Teilergebnisse:

– Gorbatschow wollte weder die Auflösung der Sowjetunion noch das Ende des Sozialismus. Er wollte vielmehr einen „demokratischen, humanen Sozialismus“ mit einer neuen, effektiven Wachstumsstrategie.

– Seine wirtschaftlichen Dezentralisierungs- und Demokratisierungspläne stießen auf den Widerstand der alten Kader.

– Mittel, diesen Widerstand zu überwinden, war Glasnost, zugleich der Motor des Wandels und der Verselbständigung der „Revolution von oben“ in eine „Revolution von unten“.

– Gorbatschow hielt an der KPdSU als Staatspartei fest, wollte sie aber reformieren.

– Kritik und Reform ja, echte Demokratie und Abschaffung des Sozialismus nein; an diesem revolutionären Widerspruch mußte Gorbatschow scheitern; aus der geförderten Kritik an Stalin wurde eine ungewollte Kritik am Sozialismus schlechthin.

– Die Volksmeinung, befreit von den Fesseln der Angst, radikalisierte sich.

– Am 13. März 1990 wurde der Artikel 6 der sowjetischen Verfassung geändert und die Monopolstellung des Marxismus-Leninismus und der KPdSU beseitigt.

– Gorbatschows Kurs der Perestroika und von Glasnost bewirkte ein Aufleben des regionalen Nationalismus.

– Gorbatschow hat keines seiner wirtschaftlichen Ziele erreicht. Das alte System ist zusammengebrochen, ein neues nicht entstanden; im Grunde herrscht ökonomisches Chaos.

– In Rußland sind die alten Konflikte zwischen „Westlern“ und „Slawophilen“ wieder aufgebrochen.

Baustein A:

Außenpolitik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

„Zwischen Weltrevolution und Staatsräson“

Schwerpunkt/Leitthese:

In den frühen zwanziger Jahren erwarteten die Bolschewiki die Weltrevolution, auf die sie mit Hilfe der Komintern hinarbeiteten. Die Weltrevolution blieb jedoch aus, kommunistische Umsturzversuche, unter anderem in Deutschland, blieben erfolglos.

Ideologisch basierte die Außenpolitik Lenins auf seiner „Imperialismustheorie“, auf seiner Vorstellung vom „gerechten Krieg“ und auf der frühen, später fortentwickelten „Zwei-Lager-Theorie“.

Materialien: Zitate I, S. 21 f.

Teilergebnisse:

– Die von den Bolschewiki erwartete Weltrevolution trat nicht ein; statt dessen wurde das bolschewistische Rußland weitgehend isoliert.

– Ideologische Basis war die Vorstellung, daß mit dem kapitalistischen „Bürgerkrieg“ (Erster Weltkrieg) der Sozialismus unmittelbar bevorstünde.

– Das von US-Präsident Wilson propagierte „Selbstbestimmungsrecht“ erhielt von Lenin „eine globale revolutionäre Perspektive“.

– Lenin vertrat die Theorie vom „gerechten Krieg“, der zur Befreiung des Menschen von Ausbeutung und zur Beseitigung der Klassen führen sollte – diese Ansicht blieb Kern des sowjetischen Denkens.

– Das bolschewistische Rußland sah sich von den kapitalistischen Staaten bedroht.

– Die NEP bedurfte deshalb der äußeren Absicherung. Daher entstand die „These von der zeitweisen Parallelexistenz des Sowjetstaates mit den kapitalistischen Ländern“, aus der dann die spätere „Zwei-Lager-Theorie“ erwuchs.

– Dies führte zu einer „zweigleisigen Außenpolitik“ und zur Zusammenarbeit mit Deutschland.

– Dennoch blieb es das Ziel, den Völkern klarzumachen, „daß es für sie keine andere Rettung gibt als die Sowjetrepublik“ (Lenin, 1920)

Die sowjetische Außenpolitik unter Stalin

Schwerpunkt/Leitthese:

Unter Stalin entstand der absolute Führungsanspruch der KPdSU, der dann später seinen dogmatischen Höhepunkt in der „Breschnew-Doktrin“ finden sollte.

Am Beginn standen außenpolitische Rückschläge. Dies führte zu einer neuen Flexibilität in der sowjetischen Außenpolitik. Einerseits schloß die UdSSR herkömmliche Nichtangriffspakte. Andererseits entwickelte sie die Konzeption der „kollektiven Sicherheit“, die 1938 scheiterte. So kam es zur Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland und zum Abschluß des „Hitler-Stalin-Paktes“ 1939.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges hatte zum Ergebnis die Sowjetisierung Ostmittel- und Südosteuropas und den Aufbau eines sowjetisch kontrollierten Systems von Satellitenstaaten als Ausdruck des sowjetischen Sicherheitsbedürfnisses – Stalin ging von einem Dritten Weltkrieg aus. 1946 zerbrach die Anti-Hitler-Koalition offiziell, und Schdanow verkündete die „Zwei-Lager-Theorie“.

Materialien: Hitler-Stalin-Pakt I, S. 36; Zitate S. 21.

Teilergebnisse:

– Grundlinie der sowjetischen Außenpolitik bis in die achtziger Jahre war die Furcht vor einer kapitalistischen Einkreisung; daraus erwuchs ein enormes Sicherheitsbedürfnis der UdSSR.

– 1927 formulierte Stalin den absoluten Führungsanspruch der KPdSU, dem sich alle anderen kommunistischen Parteien zu unterwerfen hatten.

– Die Sowjetunion sah in der japanischen Aggression in China und in der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland den Beginn eines „zweiten imperialistischen Krieges“ (Litwinow).

– Dies führte zu einer neuen flexiblen Außenpolitik: Abschluß traditioneller Nichtangriffspakte (1932 mit Finnland, Polen, Frankreich und anderen) und Beistandspakte (1935 mit Frankreich und der Tschechoslowakei) verbunden mit der Konzeption der „kollektiven Sicherheit“, eine Variante der „Koexistenzpolitik“.

– Diese Politik scheiterte 1938 an der ablehnenden Haltung des Westens.

– Stalins Konzeption ab 1937/38 hatte drei Merkmale: Ablehnung jeder internationalen Friedensverantwortung; Betonung der eigenen Sicherheitsinteressen; Heraushalten aus allen internationalen Konflikten, solange sowjetische Interessen nicht betroffen waren.

– Eine Folge davon war die Annäherung an Deutschland und der Abschluß des „Hitler-Stalin-Paktes“, der der Sowjetunion das Tor nach Ostmitteleuropa öffnete.

– Auch nach dem Zusammengehen mit den Westalliierten nach dem deutschen Überfall am 22. Juni 1941 bestimmte Mißtrauen gegenüber dem Westen Stalins Politik.

– Stalin dachte nicht daran, in seinem Einflußgebiet wirklich demokratische Staaten zuzulassen; statt dessen verfolgte er eine strikte Sowjetisierung und den Aufbau eines Systems von sowjetisch kontrollierten Satellitenstaaten aus Sicherheitsgründen.

– Schdanow verkündete 1946 das Ende der „Anti-Hitler-Koalition“ und die „Zwei-Lager-Theorie“, eine zweigeteilte Welt, in der das sozialistisch-antiimperialistische Lager gegen das kapitalistisch-imperialistische Lager zur Befreiung der Völker kämpfte.

Baustein B:

Von Chruschtschow bis Gorbatschow

Außenpolitik unter Chruschtschow

Schwerpunkt/Leitthese:

Die Außenpolitik unter Chruschtschow bietet aus heutiger Sicht ein eher verwirrendes

Bild. Einerseits war er 1955 bereit, verschiedene Wege zum Sozialismus zuzulassen, andererseits festigte er das Machtmonopol im Ostblock durch die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes.

Im Verhältnis zum Westen wurde die Politik der „friedlichen Koexistenz“ bestimmend. Doch auch hier Widersprüchlichkeit: Einerseits Anerkennung der Tatsache, daß im Zeitalter der Atombombe kein Krieg gewonnen werden könne, andererseits offensive Deutschlandpolitik (Berlin-Ultimatum 1958, Mauerbau 1961), Raketenrüstung, Provokationen der Kuba-Krise.

Im Unterricht könnten zwei Schwerpunkte gesetzt werden:

Bau der Berliner Mauer und Kuba-Krise.
Materialien: II, Karikatur S. 2; Bild S. 5.

Außenpolitik unter Breschnew – Politik der Entspannung?

Unter Breschnew hielt die UdSSR fest am Prinzip der „friedlichen Koexistenz“. Ferner bemühte sie sich einerseits um Rüstungsabkommen mit den USA und um ein „System der kollektiven Sicherheit in Europa“, andererseits forcierte sie die Aufrüstung unter Inkaufnahme der damit einhergehenden Überstrapazierung der eigenen Ressourcen.

Die Hinwendung zu einer dualen Politik von Hochrüstung und Entspannung zeigte sich auch in der Deutschlandpolitik (Moskauer Vertrag, Abkehr von der „Ulbricht-Doktrin“).

In der Politik gegenüber den „sozialistischen Bruderländern“ ließ die UdSSR zwar verstärkte Handelsbeziehungen mit dem Westen zu, bestand aber weiterhin auf der Warnung sowjetischer Sicherheitsinteressen und auf der Dominanz der KPdSU; Breschnew sprach von „der begrenzten Souveränität sozialistischer Länder“ (Breschnew-Doktrin 1968).

In leninscher Tradition (Lehre vom „gerechten Krieg“) unterstützte die UdSSR Umbewegungen in der Dritten Welt.

Materialien: II, Text S. 23; Bilder S. 23 und S. 24.

Teilergebnisse:

– Die Politik der Entspannung war in der Ära Breschnew Teil der alten Grunddoktrin von der „friedlichen Koexistenz“; sie beinhaltete daher sowohl Interessenwahrung als auch Kooperation.

– Angesichts der nuklearen Vernichtungsdrohung suchte man die Zusammenarbeit mit dem Westen vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet; aber man hielt fest an der politischen Abgrenzung und an ideologischen Offensiven.

– 1979 wurde die Breschnew-Doktrin erstmals auf ein Land „sozialistischer Prägung“ außerhalb des Ostblocks angewandt, auf Afghanistan.

Gorbatschows außenpolitische Perestroika

Schwerpunkt/Leitthese:

Durch Gorbatschows neue Außenpolitik wurde der Ost-West-Konflikt beendet, die deutsche Teilung überwunden, eine Demokratisierung in den früheren Ostblockstaaten ermöglicht.

Andererseits entstanden neue Konfliktherde auf dem Balkan und auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion, ohne daß Gorbatschow diese beabsichtigt oder bewußt verschuldet hätte.

Materialien: II, Text S. 38; Bilder S. 36 und 37.

Teilergebnisse:

– Gorbatschows Abkehr von der „Zwei-Lager-Theorie“ und die Aufgabe des Anspruchs, nur der Sozialismus sei die humane Lehre, bedeutet das Ende des Ost-West-Konflikts.

– Der Rückzug aus Afghanistan 1988 leitete eine neue Phase der Entspannung ein, die mit der Auflösung des Ost-West-Gegensatzes endete.

– Gorbatschow anerkannte das Völkerrecht nicht nur pro forma, wie seine Vorgänger; er wollte vielmehr die UdSSR politisch und wirtschaftlich in die Völkergemeinschaft integrieren.

– Er gab daher den „Einzigartigkeitsanspruch“ auf und öffnete den Weg zur deutschen Einheit und zur Demokratisierung Ostmitteleuropas.

– Er verzichtete auf eine ideologische Außenpolitik und nahm Abschied von der traditionellen Militärdoktrin der UdSSR.

– Aber die Auflösung des kommunistischen Machtmonopols und der alten militärischen Strukturen hinterließ auf dem Boden der früheren UdSSR ein Machtvakuum, in dem die Gegensätze der Nationalitäten zu blutigen Auseinandersetzungen führten.

Informationen

zur politischen Bildung



Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Hannegret Homberg, Horst Pötzsch (verantwortlich), Carola Schüller.

Manuskripte und Mitarbeit: Prof. Dr. Alexander Fischer, Bonn; Wolf-Rüdiger Gröbl, Filderstadt; Hannegret Homberg, Bonn; Dr. Mechthild Lindemann, Bonn; Dr. Nikolaus Katzer, Bonn; Horst Pötzsch, Bonn; Regina Pohl, Bonn; Dr. Werner Ripper, Darmstadt; Carola Schüller, Bonn.

Titelbild: dpa.

Fotos: Bundesbildstelle (S. 5, 25, 31); dpa (S. 6, 15, 22, 24, 32, 36, 37); Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen (S. 18); Jürgens Ost + Europa Photo (S. 11, 13, 14, 19 unten, 29, 34); Süddeutscher Verlag (S. 1, 3, 4, 7, 9, 10, 20, 23, 30, 39); Ullstein (S. 19 oben, 26).

Karikaturen: (S. 2) entnommen aus: J. Eberle (Hrsg.): Im Trüben gefischt, Karikaturen der Stuttgarter Zeitung aus zwei Jahrzehnten 1949–1970, Stuttgart 1970, S. 38; Pepsch Gottscheber (S. 27).

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis-Druck GmbH, Karlstraße 35, 8000 München 2.

Druck: Bruckmann, München.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich.

ISSN 0046-9408. Auflage: 1,3 Millionen.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: Juli 1992.

Anforderungen (nur Informationen zur politischen Bildung)

sind (nur schriftlich) an Franzis-Druck GmbH, Postfach 15 07 40, 8000 München 15, zu richten (Berufsangabe erforderlich). Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).

Für telefonische Auskünfte (keine Bestellungen) steht der INFO-Service unter Tel. 0 89/2 73 01 93 von Montag bis Freitag in der Zeit von 10–13 Uhr zur Verfügung.

B 6897 F – Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

Informationen zur politischen Bildung
Franzis-Druck GmbH, Vertrieb,
Postfach 370140, 8000 München 37